

12. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die ostdeutschen Hochschulen als Elemente einer Problemlösungskonstellation Ost

Peer Pasternack

Mit dem absehbaren Ende der hohen Finanztransfers für die öffentliche Wohlfahrt und die Stützung großer Teile der privaten Wirtschaft in Ostdeutschland sind künftig vornehmlich endogene Entwicklungspotenziale zu erschließen. Dazu gehören als zentrale Schaltstellen der Regionalentwicklung die Hochschulen. Nehmen die ostdeutschen Hochschulen diese Herausforderung an, haben sie die Chance, sich einen gesamtdeutschen Vorteil als Agenturen gesellschaftlicher Innovation zu verschaffen. Drei in den kommenden Jahren besonders virulente Probleme werden die Studienkapazitätsauslastung der Ost-Hochschulen, die wissenschaftlichen wie wirtschaftlichen Nachwuchsprobleme in den öBL und die Rolle der ostdeutschen Hochschulen innerhalb regionaler Innovationssysteme sein. Hierzu werden im Schlußteil dieses zusammenfassenden Beitrags Bausteine für systematisierte Handlungskonzepte geliefert.¹

Der „Aufbau Ost“ ist nach den gegenwärtigen Planungen bis 2019 befristet. Dann läuft der Solidarpakt aus. 30 Jahre nach dem Umbruch in der DDR und dem Beginn des deutschen Neuvereinigungsprozesses soll die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Ostdeutschland wieder „selbsttragend“ sein. Derzeit läuft die zweite Phase dieses Ost-Aufbaus. Da ab 2008 die Solidarpakt-Zuschüsse degressiv gestaltet werden, fungiert die zweite Aufbauphase gleichzeitig als Gewöhnungsprozess an das absehbare Ende der Transferfinanzierung. Hinzu treten weitere Umstände, welche die Haushaltssituation der ostdeutschen Länder dramatisch verschärfen werden.²

¹ Für Gegenlesung des Artikels und Anregungen Dank an Reinhard Kreckel, HoF.

² vgl. oben Kapitel 1. Die Ost-Hochschulen: Teil des Problems oder der Problemlösung?

Bislang sind selbsttragende Entwicklungen in den östlichen Bundesländern nur als vereinzelte Inselphänomene zu beobachten.³ Als nachhaltig wirkende öffentliche Anstrengungen, solche Entwicklungen über die bestehenden Inseln hinaus zu fördern, kommen in einer ökonomisch fokussierten Perspektive drei Aktivitäten infrage: (1) Infrastrukturentwicklung, um private Investitionsnotwendigkeiten zu reduzieren und damit Ansiedlungen zu erleichtern; (2) kapitalschwächenausgleichende Förderprogramme, um Investitionen zu ermöglichen bzw. Investitionsrisiken abzufedern, sowie (3) Bildung und Forschung. Andere öffentlich induzierte Maßnahmen – etwa die Unterhaltung sekundärer Beschäftigungssektoren oder Sozialleistungen – sind kurzfristige Reparaturen oder Abmilderungen aktueller Problemlagen. Sie können als solche auch ihre Berechtigung haben, etwa um individuelle Härten zu mildern oder den sozialen Frieden zu sichern, sollen hier jedoch nicht unser Gegenstand sein.

Die ostdeutsche Infrastruktur ist weitgehend entwickelt und weist – da auf dem aktuellen Modernitätsniveau ausgebaut – vielfach Vorsprünge vor westdeutschen Ausstattungsüblichkeiten auf. Förderprogramme, welche die Unterkapitalisierung ostdeutscher Unternehmen auszugleichen suchen, gab und gibt es zahlreiche; gleichwohl zeigt der Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft, dass Investitionserfordernisse noch längere Zeit bestehen werden und die bisherigen Förderungen die Eigenkapitalschwäche der ostdeutschen Unternehmen auch noch nicht substanziell beheben konnten.⁴

So bleibt – nicht zuletzt im Hinblick auf den Abbau des Produktivitätsrückstands – die Frage nach Entwicklungsstand und Leistungsfähigkeit von Bildung und Forschung in Ostdeutschland. Dabei wiederum spielen die Hochschulen (neben den sonstigen öffentlich unterhaltenen Wissenschaftspotenzialen) eine besondere Rolle. Denn die Hochschulen stellen in den öBL das wichtigste Element öffentlicher Stützung der regionalen Innovationsstrukturen dar:

³ vgl. BMBF (2006); Jakszentis/Hilpert (2005); Prognos AG (2007)

⁴ „Die ostdeutsche Wirtschaft und hier vor allem das Verarbeitende Gewerbe befindet sich aktuell in einer dynamischen Aufwärtsentwicklung. Neben konjunkturellen Einflüssen ist hierfür auch eine deutlich gestiegene Wettbewerbsfähigkeit verantwortlich. Allerdings beruht die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu einem erheblichen Teil auf Lohnstückkostenvorteilen ostdeutscher Anbieter; im Verarbeitenden Gewerbe liegen die produktivitätsbereinigten Arbeitskosten inzwischen um fast 15 % unter dem westdeutschen Niveau. Dies hat seinen Grund aber nicht in produktivitätssteigernden Innovationen, sondern in den niedrigen Arbeitnehmerentgelten; die Produktivität liegt im Verarbeitenden Gewerbe nur bei knapp 80 % des westdeutschen Wertes.“ (Ragnitz 2007)

- Anders als zeitlich befristete Förderprogramme sind sie auf *Dauerhaftigkeit* angelegt.
- Anders als in den westdeutschen Ländern ist die privat finanzierte FuE mit nur unterkritischen Potenzialen in Ostdeutschland vertreten. Daher fällt hier den Hochschulen eine *Kompensationsfunktion* zu.⁵
- Und anders als die osteuropäischen Transformationsstaaten gehört der Osten Deutschland, trotz innerdeutsch geringerer Masseneinkommen, zu den Hochlohngebieten in Europa. *Hochlohngebiete* funktionieren auf Dauer nur, wenn sie wesentlich von hochqualifikationsbasierter Wirtschaftstätigkeit getragen sind.

Insofern gewinnen Hochqualifikations- und Forschungsangebote in den ostdeutschen Regionen zusätzliche Bedeutung, die über ihren allorts bestehenden öffentlichen Auftrag deutlich hinausgeht.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, welche Rolle den Hochschulen zufällt, wenn es um die *gesellschaftliche* Bewältigung des Bruchs vom traditionellen industriellen Wachstumsmodell zu einer postfordistischen Produktionsweise geht.⁶ Hier dürfte Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland weniger ein Entwicklungsdefizit haben als vielmehr einen *Problemvorsprung*: Zeitlich versetzt stehen die Probleme der Schrumpfung und Veralterung, der Aufrechterhaltung öffentlicher Infrastruktur in entsiedelten Gebieten, der Neubestimmung des Verständnisses von Erwerbstätigkeit oder der Veränderung individueller Lebensverlaufsregimes auch in den westlichen Bundesländern auf der Tagesordnung. Es geht daher, wie es in einem Bericht des „Netzwerks Ostdeutschlandforschung“ heißt, nicht darum, „über einen Transformationspfad auf einen bereits vorhandenen und im Kern bekannten Entwicklungspfad einzuschwenken, sondern in Transformation und Umbruch einen neuen Entwicklungspfad zu finden und praktisch durchzusetzen“ (Busch/Land 2006: 7).

Soll der Osten aus diesem Problemvorsprung auch einen *Problemlösungsvorsprung* generieren, dann wird dies wesentlich eine Aufgabe der Hochschulen sein: als Agenturen nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch sozialer Innovation.

⁵ Dabei ist allerdings auch vor Überforderungen zu warnen: Die Hochschulen werden die fehlende privat finanzierte FuE nicht vollständig substituieren können. Dafür ist der Umfang des Defizits zu groß.

⁶ Der wissenschaftliche und politische Mainstream hingegen zielt auf eine „Reorganisation des fordistischen Entwicklungstyps durch Modernisierung“. Die defizitäre Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland z.B. erscheint dann als schlichtes Versäumnis, auch große Unternehmen gegründet zu haben bzw. zu gründen. (Busch/Land 2006: 8)

Eine Gesamtbetrachtung der einzelnen Studien des vorliegenden Bandes ergibt einige Auffälligkeiten, die zunächst resümierend referiert werden (nachfolgend Punkt 12.1.). Sodann finden sich die Potenziale erörtert, die Hochschulen zu Innovationsagenturen prädestinieren (12.2.). Abschließend werden Handlungsoptionen für drei zentrale Herausforderungen, vor denen die ostdeutschen Hochschulen stehen, entwickelt. Diese stellen Operationalisierungen einer vorrangigen Mobilisierung *endogener* Potenziale, die durch die ostdeutschen Hochschulen zu leisten sein wird, dar: Auslastung der Studierendenkapazitäten (12.3.1.), Lösung der ostdeutschen Nachwuchsprobleme (12.3.2.) sowie die aktive Gestaltung eines Zusammenhangs von Hochschulen und regionalen Innovationssystemen (12.3.3.).

12.1. Zentrale Untersuchungsergebnisse

Hochschulstruktur:

- Die Struktur der ostdeutschen Hochschullandschaft ist im letzten Jahrzehnt weitgehend unverändert geblieben. Der *öffentlich finanzierte Hochschulsektor* in Ostdeutschland setzt sich heute zusammen aus 15 Universitäten mit sieben Medizinischen Fakultäten, dem universitären Internationalen Hochschulinstitut in Zittau, neun künstlerischen Hochschulen, 21 Fachhochschulen, acht Verwaltungsfachhochschulen sowie als Sonderfall (da keine Hochschulen, aber dem tertiären Sektor zugehörig) zwei Berufsakademien.
- Lediglich die Zahl der Hochschulen in privater Trägerschaft hat sich im letzten Jahrzehnt mehr als verdoppelt (2007: acht Einrichtungen) – bei unverändert geringer quantitativer Bedeutung der dort angebotenen Studienplätze.
- Nach einer euphorischen Aufbauphase zu Beginn der 90er Jahre korrigierten Landesregierungen und Hochschulen seit der Jahrtausendwende ihre Hochschulentwicklungspläne: Aufgrund der erwarteten demografischen Entwicklung und der verfügbaren finanziellen Mittel wurde der *Ausbau der Studienkapazitäten*, gemessen an den ursprünglichen Planungen, deutlich gedämpft.

Studium und Studierende:

- Die ostdeutschen Länder verfügen über rund 155.400 flächenbezogene *Studienplätze*. Im Mittel unterhalten die ostdeutschen Länder rund 11,6 Studienplätze je 1.000 Einwohner (gesamtdeutscher Durch-

schnitt: 13 Studienplätze). Sachsen liegt mit rund 14 Studienplätzen je 1.000 Einwohner über dem Bundesdurchschnitt.

- Bedingt durch stark gestiegene Studierendenzahlen bei gleichzeitigem Rückgang der Stellen für wissenschaftliches Personal haben sich die *Betreuungsrelationen* an den ostdeutschen Hochschulen deutlich verschlechtert. Seit etwa 2004 wird eine Annäherung der Lehrenden-Studierenden-Kontaktdichte an den ost- und westdeutschen Hochschulen sichtbar. Setzt sich dieser Trend fort, dann schwindet für Studieninteressierte aus den westdeutschen Ländern ein gewichtiges Motiv für ein Studium an einer ostdeutschen Hochschule.
- Trotz anhaltender Bevölkerungsabwanderung stieg die Stärke der für den Hochschulzugang relevanten Altersjahrgänge im letzten Jahrzehnt deutlich an; ebenso stiegen die Studienberechtigtenquoten. Beides führte zu einem deutlichen Anstieg der *Studienanfängerzahlen*. Inzwischen liegt die Zahl der *Studierenden pro 1.000 Einwohner* in den ostdeutschen Flächenländern nur geringfügig unter dem Wert der westdeutschen Flächenländer (2004: 21,2 gegenüber 22,5).
- Allerdings sind auch die *Effekte der Altersstruktur* der Bevölkerung zu berücksichtigen. Für Ostdeutschland erfolgte die Planung der Studienplatzkapazitäten Anfang der 90er Jahre auf Basis der Annahme relativ stabiler Bevölkerungs- und Geburtenzahlen. Durch Abwanderung und stark rückläufige Geburten hat sich die Einwohnerzahl in den Flächenländern um rund ein Zehntel verringert, während aber die im gleichen Zeitraum sehr geburtenstarken Jahrgänge ein Studium aufnahmen.
- Im internationalen Vergleich besteht gesamtdeutsch ein *Rückstand bei der Studierquote*. In Ostdeutschland studieren zudem im Vergleich zu den westdeutschen Ländern deutlich weniger Jugendliche pro Altersjahrgang. Infolgedessen hat Ostdeutschland einen kumulierten Standortnachteil, was das Angebot an qualifizierten Hochschulabsolventen angeht: einen im internationalen und einen im innerdeutschen Vergleich.
- Künftig wird der Rückgang der Geburtenzahlen seit 1990 – in einigen ostdeutschen Regionen auf weniger als die Hälfte – die ostdeutschen Hochschulen vor die Aufgabe stellen, anders als bisher nicht Zuwachs zu bewältigen, sondern *Auslastung zu organisieren*.
- Diese Auslastung der Studienkapazitäten hat zweierlei *Trendumkehrungen zur Voraussetzung*: Zum einen muss die generelle Mobilitätsneigung der Studieninteressierten gesteigert werden: Bislang wählen in Gesamtdeutschland lediglich 13 % der Studierenden einen Hochschulort, der nicht in ihrem oder einem benachbarten Bundesland liegt. Zum anderen muss ein verfestigter Mobilitätstrend von ostdeutschen Studieninteressierten umgekehrt werden: In den letzten Jahren

war die Wanderungsbilanz zwischen ost- und westdeutschen Ländern unausgeglichen, da deutlich mehr Studienberechtigte Ostdeutschland verlassen haben als aus Westdeutschland zugewandert sind.

- Bei der anzustrebenden Auslastung der Studienkapazitäten geht es jedoch nicht allein um eine formale Auslastung, sondern ebenso darum, den *Bedarf der regionalen Arbeitsmärkte* an hochqualifizierten Absolventen in Ostdeutschland dauerhaft zu befriedigen. Mit Ende des laufenden Jahrzehnts wird sich das bisherige Verhältnis auf dem Arbeitsmarkt umkehren: Deutlich mehr Personen werden ihn aus Altersgründen verlassen als neue Personen eintreten.
- Bislang verlassen vor allem leistungsstarke Abiturienten und Hochschulabsolventen die ostdeutschen Länder, und in dieser Gruppe ist der Anteil junger Frauen besonders hoch. Mittelfristig werden dadurch in Ostdeutschland deutlich weniger hochqualifizierte junge Frauen heimisch sein, die durch die Geburt von Kindern zur *Bildungsreproduktion* beitragen. Damit wird in den ostdeutschen Ländern die Anzahl der Kinder aus bildungsnahen Schichten sinken. Dies führt zu der Gefahr, dass mittelfristig die Studierwilligkeit und die Bruttostudierquote zurückgehen bzw. langsamer ansteigen als in den westdeutschen Ländern.
- Einstweilen jedoch zeichnet sich hinsichtlich der *studentischen Sozialstruktur* im Ost-West-Vergleich eine von zwei Seiten erfolgende Annäherung ab: Während im Westen der Anteil der Studierenden aus sozial schwächeren und/oder bildungsferneren Schichten sinkt, steigt er im Osten. Die soziale Zusammensetzung der Studierenden in Ostdeutschland hat sich in den letzten 10 bis 15 Jahren tendenziell nach ‚unten‘, in den westdeutschen Ländern jedoch nach ‚oben‘ verschoben.
- In Rankings schneiden die ostdeutschen Hochschulen bei den Themen *Lehre, Studierendenbetreuung und -zufriedenheit* sowie *Studiendauer* vergleichsweise gut ab und belegen z.T. auch Spitzenplätze. Allerdings baut sich ihr deutlicher Vorsprung, den sie diesbezüglich bis zum Anfang des Jahrzehnts vor den westdeutschen Hochschulen hatten, inzwischen spürbar ab. Im Zeitverlauf stabile positive Einschätzungen bestehen bis heute immer dann, wenn die Studierenden die *Ausstattungen* der ostdeutschen Hochschulen bewerten.

Hochschulsteuerung:

- Die Hochschulsteuerung in den ostdeutschen Ländern spiegelt in unterschiedlichem Maße die für Gesamtdeutschland typischen Hoch-

schulreformaktivitäten. Charakteristisch aber ist für alle ostdeutschen Länder eine gemeinsame Differenz: Einerseits wird überall das politische Ziel proklamiert, die *Hochschulautonomie* zu stärken; andererseits findet sich dieses Anliegen in den Hochschulgesetzen vergleichsweise zurückhaltend umgesetzt, wenn es darum geht, Entscheidungskompetenzen an die Institutionen abzugeben. Die Landesgesetzgeber sind eher wenig risikogeneigt, was an zahlreichen Rückversicherungen durch Erprobungs- und Übergangsklauseln erkennbar wird.

- In der *Landeshochschulstrukturentwicklung* wird zugleich mit neuen Steuerungsverfahren – Zielvereinbarungen und leistungsorientierter Mittelverteilung – gearbeitet und auf traditionelle Instrumente – Hochschulentwicklungskommissionen und staatliche Vorgaben – zurückgegriffen. In einigen Ländern finden sich Ziel- und Leistungsvereinbarungen noch nicht in den Hochschulgesetzen oder sind Gegenstand von Erprobungsklauseln und damit unverbindlich. Gleichwohl wurden in allen öBL mittlerweile vertragsförmige Vereinbarungen zwischen der jeweiligen Landesregierung und den Hochschulen geschlossen.
- Die *Hochschulstrukturplanungen* sind sehr auf die jeweiligen Landesgrenzen beschränkt. Hochschulplanungen über die Landesgrenzen hinweg gibt es nicht.
- Vier der fünf ostdeutschen Länder erlegten ihren Hochschulen deutliche *Einsparungen* bei den seit 1990 eben erst aufgebauten Hochschulstrukturen auf. Einzig Brandenburg konnte den insgesamt langsamer begonnenen Aufbau noch weiter fortsetzen. In zwei Ländern – Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen – sind im Zusammenhang mit Einsparungen und dazu nötigen Strukturveränderungen die Verhandlungen über Zielvereinbarungen jeweils einmal gescheitert.
- Die *Haushalte der Hochschulen* werden unterschiedlich bewirtschaftet: in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt als verbindlich geregelte budgetierte Globalhaushalte, in Sachsen gibt es Budgetierung im Rahmen einer Erprobungsklausel, in Brandenburg und Thüringen gilt das traditionelle Modell.
- Außer in Sachsen wird in allen Bundesländern die Möglichkeit eröffnet, von der bisherigen *Rechtsform* – Körperschaft öffentlichen Rechts und zugleich staatliche Einrichtung – abzuweichen und neue Organisationsmodelle anzuwenden bzw. zu erproben.
- Die *Berufung von Professoren* erfolgt in vier Ländern durch die zuständigen Ministerien auf Vorschlag der Hochschulen. In Thüringen übt der jeweilige Leiter der Hochschule das Berufungsrecht aus.

- In allen öBL sind *Hochschulräte* bzw. Kuratorien installiert. Sie beraten die Hochschulen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und der Entwicklungsplanung, nehmen Stellung zur Hochschulentwicklung und haben z.T. auch Entscheidungsbefugnisse. In Sachsen können ihnen ministerielle Befugnisse widerruflich übertragen werden. In Thüringen verfügen sie über weitreichende Kompetenzen, u.a. die Wahl der Hochschulleitung und die Bestätigung der Strukturplanung. In Brandenburg gibt es auch einen *Landeshochschulrat*.

Hochschul- und Wissenschaftsfinanzierung:

- Die von den Hochschulen in Anspruch genommenen *laufenden Grundmittel je Studierendem* in Ostdeutschland sind mittlerweile unter den Durchschnittswert der westdeutschen Flächenländer gesunken. Sie betragen ca. 92 Prozent des entsprechenden Betrags in den westdeutschen Flächenländern. Mitte der 90er Jahre waren sie noch fast doppelt so hoch. Darin spiegelt sich vor allem die deutliche Steigerung der Studierendenzahlen und das Auslaufen der HEP-Sondermittel.
- Ins Verhältnis zum BIP gesetzt, ist jedoch der Aufwand der ostdeutschen Länder zur *Finanzierung* ihrer Hochschulen noch deutlich höher als in Westdeutschland. Die laufenden Grundmittel betragen in den ostdeutschen Flächenländern durchschnittlich 7,6 Promille des Bruttoinlandsprodukts, gegenüber 6 Promille in den westdeutschen Flächenländern. Damit wird eine nach wie vor bestehende haushalterische Prioritätensetzung zugunsten der Hochschulen erkennbar.
- *Studiengebühren* werden in allen östlichen Bundesländern bislang für das Erststudium nicht erhoben. Für ein Zweitstudium können überall Gebühren erhoben werden.
- In allen öBL werden *leistungsorientierte Mittelverteilungssysteme* eingesetzt. Brandenburg verteilt 95 % der staatlichen Haushaltsmittel nach einem Indikatorensystem an die Hochschulen. Auch in Thüringen wird mit 15 % inzwischen ein nennenswerter Anteil der Haushaltsmittel anhand des Indikatorsystems verteilt. In Mecklenburg-Vorpommern sind es 2,5 %.
- Die ostdeutschen *Pro-Kopf-Ausgaben* sehen im Vergleich zu den gesamtdeutschen Daten folgendermaßen aus: Universitäten: 96 € (Ost) : 110 € (Durchschnitt aller Bundesländer); Hochschulmedizin: 24 : 32€; Fachhochschulen: 27 : 27 €; öffentlich finanzierte außeruniversitäre Forschung: 49 : 29 €. In der *Summe* ergibt sich daraus für die öffentli-

chen Wissenschaftsaufwendungen ein ausgewogenes Verhältnis von € 196 (Ost) : 198 (Durchschnitt aller Bundesländer).

- Insgesamt erreicht der *öffentliche Finanzierungsanteil* der ostdeutschen Länder für die Wissenschaft – Hochschulen und außeruniversitäre Forschung zusammen – mit 15,9 % der Aufwendungen aller Länder fast den Prozentwert des ostdeutschen Bevölkerungsanteils (16,3 %). Dabei ist der Ost-Anteil an der Finanzierungsleistung der Länder für die öffentlich unterhaltene außeruniversitäre Forschung mit 27,6 % stark überproportional. Das wiederum ist wesentlich durch den hohen Anteil an WGL-Instituten begründet.
- Fast alle ostdeutschen Länder (Ausnahme: Brandenburg) liegen bei den *öffentlichen Wissenschaftsausgaben pro Kopf der Bevölkerung* nahe beim oder über dem Bundesdurchschnitt. Insgesamt sorgt die öffentliche Hand in den östlichen Bundesländern dafür, dass 16,4% des gesamtdeutschen *öffentlich finanzierten Wissenschaftspersonals* an ostdeutschen Einrichtungen tätig sind. Dies entspricht dem ostdeutschen Anteil an der gesamtdeutschen Bevölkerung.
- In der privat finanzierten *Industrieforschung* werden lediglich 4,3 % der entsprechenden bundesweiten Aufwendungen in den östlichen Bundesländern getätigt. Pro Kopf betragen die Ausgaben für privat finanzierte Industrieforschung in Ostdeutschland 122 Euro. Der gesamtdeutsche Durchschnitt beträgt zu 461 Euro.
- Werden die *öffentlichen und die privaten Wissenschaftsaufwendungen* summiert, so ergibt sich eine Pro-Kopf-Relation von 318 : 659 € zu ungunsten der fünf östlichen Bundesländer. Die Finanzierungsschwäche der ostdeutschen Wirtschaft im Bereich der Forschung bewirkt, dass die ostdeutschen Gesamtaufwendungen für die öffentlichen und privaten Wissenschaftseinrichtungen und Forschungsunternehmen zusammen lediglich 7,8 % der Aufwendungen in allen Bundesländern erreichen. Hinsichtlich der Personalbeschäftigung beträgt der ostdeutsche Anteil am bundesdeutschen Gesamt – öffentlich und privat finanzierte Wissenschaft zusammengenommen – 10,7 %.
- Lediglich ein Bundesland (Brandenburg) hat deutlich unterproportionale *Wissenschaftsaufwendungen* im Verhältnis zu seinem Anteil am gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt. Alle anderen ostdeutschen Länder wenden dagegen deutlich mehr aus öffentlichen Kassen für die Wissenschaft auf, als dies ihr BIP erwarten ließe – am deutlichsten Sachsen mit einer Differenz von 2,5 Prozentpunkten zwischen BIP-Anteil (3,9%) und Anteil an den öffentlichen Wissenschaftsausgaben aller Bundesländer (6,4%). In der Pro-Kopf-Betrachtung öffentlicher Wissenschaftsausgaben gelangt das bevölkerungsarme Mecklenburg-

Vorpommern auf Platz 2 der ostdeutschen Länder – während es bei den absoluten Ausgaben den fünften Platz einnimmt.

- Aus der Zusammenschau der Daten lassen sich zweierlei Informationen entnehmen: Einerseits räumen vier der ostdeutschen Länder – Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – der Wissenschaft in ihrer Ausgabenpolitik einen hohen Stellenwert ein. Andererseits vermag es selbst diese Ausgabenpolitik nicht, den dramatisch geringen Umfang der ostdeutschen Industrieforschung zu kompensieren.

Hochschulpersonal und -personalstruktur:

- Das hauptberufliche wissenschaftliche und künstlerische *Personal* an den ostdeutschen Hochschulen hat zwischen 1995 und 2004 insgesamt leicht zugenommen. Allerdings wurde diese Entwicklung sowohl durch *Stellenabbau* als auch stark ansteigende Studierendenzahlen flankiert. Zwischen 1997 und 2004 wurden die Wissenschaftlerstellen an ostdeutschen Hochschulen um 4,7% reduziert. Insofern war die Entwicklung der *Personalausstattung* an den ostdeutschen Hochschulen zwischen 1995 und 2004 von zwei gegenläufigen Tendenzen bestimmt: steigende Zahlen beim hauptberuflich *beschäftigten* wissenschaftlichen und künstlerischen Personal einerseits, sinkende Zahlen bei den *Personalstellen* andererseits.
- In Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt wurden etwa 10 % der *Hochschulpersonalstellen* reduziert. In Mecklenburg-Vorpommern wurde 2005 ein Stellenabbau von 18% innerhalb 12 Jahren angekündigt. Einzig Brandenburg hat auf großflächige Stellenkürzungen bisher verzichten können, da es bereits seit Mitte der 90er Jahre deutlich weniger Geld für die Hochschulen ausgibt als die anderen Länder.
- Der prozentuale Anteil des an ostdeutschen Hochschulen *beschäftigten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals* ist im bundesdeutschen Vergleich konstant geblieben (1995: 16,0%; 2004: 15,6%). Der Anteil der Professoren und Professorinnen an ostdeutschen Hochschulen beträgt 2004 15,7 % des gesamtdeutschen Wertes.
- Das quantitative *Verhältnis des (sonstigen) wissenschaftlichen Personals zu Professoren* hat sich dem westdeutschen Schnitt angepasst (2004: 3,3 WMA je Professur).
- *In Relation zu sozioökonomischen Referenzdaten* variieren die Ergebnisse: Im Verhältnis zu ihrem Anteil an der gesamtdeutschen Bevölkerung sind die ostdeutschen Hochschulen fast proportional mit wissenschaftlichem Personal ausgestattet; im Verhältnis zu ihrem Anteil an

der deutschen Erwerbsbevölkerung – mit Ausnahme Sachsens – unterdurchschnittlich. Bezogen auf ihren Erwerbstätigenanteil hingegen sind sie überdurchschnittlich aufgestellt.

- *Auffällige Merkmale* der ostdeutschen Hochschulpersonalstruktur sind im gesamtdeutschen Vergleich höhere relative Anteile der Ingenieurwissenschaften an der Personalausstattung (so gehören knapp 21 % aller deutschen Universitätsprofessoren der Fächergruppe *Ingenieurwissenschaften* ostdeutschen Universitäten an) sowie durchschnittlich höhere Frauenanteile im Hochschulpersonal.
- Gleichwohl ist der Anteil von Frauen am Hochschulpersonal auch an den ostdeutschen Hochschulen insgesamt (und mit fächerabhängigen Abstufungen) niedrig und bei den Professuren noch einmal deutlich geringer. Der *Frauenanteil am wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonal* an ostdeutschen Hochschulen beträgt 2004 31,8 %. Der *Frauenanteil an der Professorenschaft* liegt bei 14,5%.

Nachwuchsförderung:

- Die Zahl der *Promotionen* an den ostdeutschen Hochschulen ist im Betrachtungszeitraum erheblich angestiegen. Ins Auge sticht zum einen der wachsende Frauenanteil an den Promotionen. Besonderes Strukturmerkmal des Ostens sind zum anderen die auch hier über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegenden Anteile der Ingenieurwissenschaften.
- Gleichwohl ist mit Blick auf das gesamtdeutsche Promotionsgeschehen der Anteil der ostdeutschen Hochschulen ausbaufähig: Die *Promotionsbetreuungslleistung* der ostdeutschen Professoren und Professorinnen ist im Betrachtungszeitraum zwar angestiegen, liegt jedoch nach wie vor mit ein Drittel unter dem westdeutschen Wert.
- Auch bei den *Habilitationen* ist die Zahl angestiegen, doch sind die ostdeutschen Hochschulen im gesamtdeutschen Vergleich unterrepräsentiert.
- *Habilitationsschwerpunkte* sind die Fächergruppen Medizin sowie Sprach- und Kulturwissenschaften/Sport; in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern und den Ingenieurwissenschaften ist gleichzeitig ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen.
- Der *Anteil der Frauen* an den Habilitationen hat zugenommen, jedoch liegt deren Beteiligungsniveau deutlich niedriger als bei den Promotionen. Er liegt auch niedriger als an den westdeutschen Hochschulen – ein Strukturmerkmal, dass sich über den gesamten Betrachtungszeitraum feststellen lässt (2004: Ost 21,4% / West 22,9%).

Ausstattung der hochschulischen und außerhochschulischen Forschungslandschaft:

- Die *Ausstattungen im öffentlich finanzierten Wissenschaftsbereich* können, gemessen am Bevölkerungsanteil der ostdeutschen Länder, als zufriedenstellend bis sehr gut bezeichnet werden: Sie sind fast proportional (Universitäten), proportional (Fachhochschulen) bzw. überproportional (gemeinschaftsfinanzierte außeruniversitäre Forschung). Der *Schwachpunkt* der ostdeutschen Forschungslandschaft ist die Ausstattung mit privat finanzierter *Industrieforschung*.
- Die institutionelle Struktur der ostdeutschen Forschungslandschaft weist regional *starke Konzentrationen* auf. Die höchste Verdichtung von Forschungseinrichtungen findet sich in Sachsen, das über nahezu die Hälfte der ostdeutschen Forschung verfügt. Wird jedoch die Verteilung der Institutionen in der Fläche ins Verhältnis zur Bevölkerungsdichte gesetzt, so findet sich praktisch keine Region mit relevanten Entwicklungspotenzialen, die über keine Forschungseinrichtungen verfügt.
- Auffällig ist die hohe Zahl der *Leibniz-Institute* (26 von den insgesamt 56 außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland) – nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass diese Institute im Rahmen der gemeinschaftsfinanzierten Forschung die ‚ungünstigsten‘ Institute sind, da das Sitzland 50% der Kosten finanzieren muss.

Forschungsleistungen:

- Die *Forschungsreputation* und die *forschungsbezogenen Leistungsdaten* sind, mit wenigen lokalen und fachbezogenen Ausnahmen, seit den 90er Jahren eher unterdurchschnittlich. Auch international werden die Ost-Universitäten nur ausnahmsweise wahrgenommen.
- Die in verschiedenen Rankings ermittelten Leistungsfähigkeiten in der *Forschung der einzelnen Bundesländer* sind unterschiedlich: Sachsen weist in allen Sektoren der öffentlich finanzierten Forschung – Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitäre Institute – Erfolge auf und hat diesbezüglich keine auffälligen Schwächen. Brandenburg verfügt über Stärken in der Forschung an Fachhochschulen und der außeruniversitären Forschung, während seine Universitätsforschung im Vergleich schwächer erscheint. Die Situation in Thüringen ist durchwachsen: Es gibt sowohl Platzierungen in der Rubrik „Stärken“ und im Mittelfeld als auch in der Rubrik „Schwächen“. Sachsen-Anhalt landet vereinzelt in der Spitzengruppe und im Mittelfeld, ansonsten aber vorrangig in den Schlussgruppen. Mecklenburg-Vorpommern

weist in den Länderrankings keine Platzierungen im oberen und mittleren Drittel auf.

- *Institutionell* gibt es mit der *TU Dresden* eine ostdeutsche Universität, die bei den verschiedenen Bewertungen überwiegend im oberen Drittel der deutschen Universitäten vertreten ist. Sie gehört damit als einzige ostdeutsche Hochschule zu den auch gesamtdeutsch forschungsstarken.
- Daneben gibt es einige ‚*stille Stars*‘ – etwa die im gesamtdeutschen Vergleich sehr forschungsstarken Fachhochschulen in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt – und einige ‚*tragische Fälle*‘ – gekennzeichnet durch einzelne Spitzenleistungen in einem unterkritischen Kontext.
- Die *Universität Halle-Wittenberg* und, etwas abgestuft, die *Universität Leipzig* kommen auf überwiegend gute Werte, wenn ihre Leistungsdaten absolut betrachtet werden. Sie fallen jedoch deutlich ab, sobald diese Daten in Relation zu Bezugsgrößen wie Hochschulgesamtausgaben oder Anzahl der Professoren gesetzt werden.
- Die *Bergakademie Freiberg* und, etwas abgestuft, die *TU Chemnitz* als kleinere Hochschulen stechen immer dann positiv heraus, wenn die Leistungsdaten nicht absolut, sondern in Relation zu Bezugsgrößen gesetzt werden. Sie erreichen also eine deutlich höhere Produktivität im Sinne des Verhältnisses von Input und Output als die großen Universitäten.
- Durch solide Mittelfeldplätze mit gelegentlichen Platzierungen im oberen Leistungsdrittel sind die *Universität Jena*, die *Universität Magdeburg* und, mit Abstufungen, die *Universität Potsdam* charakterisiert.
- Neun der 21 ostdeutschen FHs (43%) finden sich unter den bundesweit *forschungsstarken Fachhochschulen*. Damit ist der ostdeutsche Fachhochschulsektor – in Relation zu seiner Größe – insgesamt forschungsaktiver als der westdeutsche FH-Sektor.
- Von den 54 ostdeutschen *gemeinschaftsfinanzierten Forschungsinstituten* finden sich sechs Institute (=11%) – davon fünf aus Sachsen – im bundesweiten Vergleich auf Spitzenpositionen.
- Insgesamt ist die Leistung der *ostdeutschen Forschung* in den mit hoher Reputation belegten Sektoren (Universitäten und außeruniversitäre Forschung) weit überwiegend durchschnittlich bzw. unterdurchschnittlich, während sie in dem Sektor, der mit den geringsten Forschungsressourcen ausgestattet ist (FHs), überdurchschnittlich ist. Die erfolgreiche Entwicklung der ostdeutschen Forschungslandschaft ist

insofern noch kein Vorgang, der sich bereits auf zweifelsfrei gutem Wege befände, sondern eine facettenreiche Zukunftsherausforderung.

Profilierungen:

- Eine Betrachtung über die verschiedenen Sektoren der Forschungslandschaft und alle östlichen Bundesländer hinweg zeigt vier *Forschungsfelder mit hoher Forschungsdichte*: Lebens- und Biowissenschaften/Biotechnologie, Umwelt- und Agrarforschung, IuK-Forschung incl. Informatik und IuK-Technik, Material- und Werkstoffforschung.
- Es lassen sich einige *regionale Wissenschaftscluster* identifizieren: die Biowissenschaften incl. technischer Anwendungen und technologischer Verfahren in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen; die Geo-, Umwelt- und Agrarforschung incl. technischer Anwendungen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen; die Informations- und Kommunikationsforschung incl. Informatik und IuK-Technik in Thüringen; die Material- und Werkstoffforschung in Sachsen-Anhalt und Sachsen sowie der Maschinen- und Fahrzeugbau in Sachsen-Anhalt.

Regionenvergleich:

- *Sachsen* erweist sich unter den östlichen Bundesländern als mit Abstand führend bei den meisten wissenschaftsbezogenen Aufwands- und Leistungswerten.
- Innerhalb Sachsens ist es insbesondere *Dresden*, das zu dieser Position des Landes beiträgt. Nach Berlin-Potsdam ist Dresden die *zweitgrößte Wissenschaftsagglomeration in Ostdeutschland*.
- Neben den Regionen Berlin-Potsdam und Dresden-Freiberg-Chemnitz gibt es zwei weitere *Inseln herausgehobener Wissenschaftsaktivitäten und Leistungsfähigkeiten*: *Jena-Ilmenau* und *Leipzig-Halle*.
- Drei dieser Inseln – Dresden-Freiberg-Chemnitz, Leipzig-Halle und Jena-Ilmenau – verdichten sich zu einer sächsisch-sachsen-anhaltisch-thüringischen oder kurz: *mitteldeutschen Leistungssachse*.

Übersicht 12-1 fasst die in dieser Zusammenfassung enthaltenen quantitativen Angaben komprimierend zusammen und ergänzt sie um weitere zentrale Daten zu Hochschule und Forschung in den ostdeutschen Län-

dern, die in den Einzelstudien des vorliegenden Bandes detailliert dargestellt wurden.

Übersicht 12-1: Zentrale Daten zu Hochschule und Forschung in den ostdeutschen Ländern

Sozioökonomische Referenzdaten

ostdeutscher Anteil am Bundesgesamt	
– der Wohnbevölkerung	16,3 %
– der Erwerbsbevölkerung	17,5 %
– der Erwerbstätigen	14,5 %
– des Bruttoinlandsprodukts	11,6 %

Hochschulen

Anzahl der ostdeutschen	
– Universitäten	15
– künstlerischen Hochschulen	9
– öffentlichen Fachhochschulen	21
– Verwaltungsfachhochschulen	8
– kirchlichen Hochschulen	7
– privaten Hochschulen	8

Studienplätze:

– flächenbezogen (: westdeutsche Länder)	155.400 (: 1.069.600)
– je 1.000 Einwohner (: West : Bundesdurchschnitt)	11,6 (: 14 : 13)

Studierende:

– Anzahl	283.657
– je 1.000 Einwohner (: West)	21,2 (: 22,5)
– Studienanfänger/innen (jährlich, 2004)	54.953
– Anteil ausländischer Studierender (: West)	8,8 % (: 12,4 %)

laufende Ausgaben pro Studierendem in Relation zu den westdeutschen Flächenländern (= 100)	92 %
--	------

ostdeutsche Pro-Kopf-Ausgaben in Relation zum gesamtdeutschen Durchschnitt für

– Universitäten	96 € (Ost) : 110 €
– Hochschulmedizin	24 (Ost) : 32 €
– Fachhochschulen	27 (Ost) : 27 €

Wissenschaftler/innen:	
– Stellen für wissenschaftlich/künstlerisches Personal	20.252
– Stellenabbau 1997-2004	4,7 %
– wissenschaftlich/künstlerisch Beschäftigte	25.745
<hr/>	
Frauenanteil	
– am wissenschaftl./künstler. Hochschulpersonal	31,8 %
– an der Professorenschaft	14,5 %
<hr/>	
ostdeutscher Anteil am Bundesgesamt	
– des wissenschaftlich-künstlerischen Hochschulpersonals	15,6 %
– der Universitätsprofessorenschaft	15,4 %
– der hochschulmedizinischen Professuren	18,4 %
– der Fachhochschulprofessuren	16,4 %
– der Promotionen	10,7 %
– der Habilitationen	12,3 %
– der positiven Förderentscheidungen der Exzellenz-Initiative, 1. Runde	5,3 %

Wissenschaft & Forschung (hochschulisch und außerhochschulisch)

Anzahl der in Ostdeutschland angesiedelten	
– gemeinschaftsfinanzierten außeruniversitären Institute	56
– Akademien der Wissenschaften	3
– Ressortforschungseinrichtungen des Bundes	5
– Landesinstitute	62
<hr/>	
ostdeutscher Anteil an	
– der Finanzierungsleistung der Länder für Wissenschaft insgesamt	15,9 %
– der Finanzierungsleistung der Länder für öffent- lich unterhaltene außeruniversitäre Forschung	27,6 %
– gesamtdeutsch privat finanzierter Industrieforschung	4,3 %
– öffentlich und privat finanzierten Wissenschafts- einrichtungen und -unternehmen	7,8 %
<hr/>	
ostdeutsche Pro-Kopf-Ausgaben in Relation zum gesamtdeutschen Durchschnitt für	
– öffentlich finanzierte außeruniversitäre Forschung	49 (Ost) : 29 €
– öffentlich finanzierte Wissenschaft	196 (Ost) : 198 €
– privat finanzierte Industrieforschung	122 (Ost) : 461 €
– öffentlich und private finanzierte Wissenschaft	318 (Ost) : 659 €

ostdeutscher Anteil am Bundesgesamt	
– des öffentlich finanzierten Wissenschaftspersonals	16,4 %
– der gesamtdeutschen FuE-Beschäftigung (nach O-ECD-Methodik) im öffentlich finanzierten außer-universitären Forschungssektor	18,3 %
– des privat finanzierten FuE-Personals	6,1 %
– des gesamtdeutsch öffentlich und privat finanzierten Wissenschaftspersonals	10,7 %

Sämtliche Daten für Ostdeutschland ohne Berlin

12.2. Die ostdeutschen Hochschulen als Innovationsagenturen

12.2.1. Innovation: wirtschaftlich und gesellschaftlich

Innovation lässt sich begrifflich fassen als eine Änderung des bisherigen dominanten Schemas eines bestimmten Ablaufs, die den Akteuren Vorteile verschafft bspw. ihre Position innerhalb wettbewerblicher Strukturen verbessert. Zwei zentrale Elemente werden dabei miteinander verbunden: Zum einen stellt eine Innovation eine Neuheit oder (Er-)Neuerung dar, die sich zum anderen mit einem spürbaren Wechsel verbindet. Dabei sind Innovationsprozesse grundsätzlich potenziell dilemmatisch: Innovation setzt das voraus, „was sie permanent oder evolutionär, radikal oder inkrementell hinter sich lassen und zerstören muß. Innovation ist *das* Phänomen des so schwierigen ... Verhältnisses von *Struktur* und *Prozeß*, die sich wechselseitig voraussetzen, aber nie deckungsgleich werden“ (Bechtle 1999: 48f.). Ein sachangemessener Umgang mit diesen Spezifika von Innovationsprozessen erfordert daher insbesondere Risiko- und Fehlertoleranz sowie, hieraus folgend, die zwingende Notwendigkeit von Rückkopplungen und Überlappungen der einzelnen Prozessstufen.

Dieser Innovationsbegriff vermeidet eine Engführung auf Produktinnovation und integriert ausdrücklich eine Perspektive, die neben ökonomischen auch sonstige gesellschaftliche Prozesse einbezieht. Eine solche Perspektive benötigt der Osten Deutschlands.

Die ‚nachholende‘ Angleichung an die westdeutschen Gegebenheiten wurde bereits im Laufe der 90er Jahre durch Entwicklungen überformt, die in den westdeutschen Regionen bislang unbekannt waren. Die von dort importierten Handlungsrouninen konnten demgemäß dafür auch kei-

ne Problemlösungsoptionen bereitstellen. Abwanderung, Veralterung der Bevölkerung, schrumpfende Städte, unterkritische Größen erreichende Dörfer, Orientierungsprobleme, Fremdenfeindlichkeit, Popularitätsstärke rechtsextremer Parteien, generationsübergreifende Verfestigung prekärer Sozialmilieus, unausgeglichene Geschlechterbilanz infolge Abwanderung vor allem junger Frauen usw.: Hier zeigen sich Innovationsbedarfe, welche eine Verengung auf eine allein wirtschaftliche Innovationsorientierung an ihre Grenzen führen. Dies gilt dann auch für eine Hochschul- und Forschungspolitik, die vorrangig auf Disziplinen und Forschungsfelder mit hohen ökonomischen Verwertungspotenzialen setzt.

Ganz allgemein ist zu fragen, ob die ostdeutsche Teilgesellschaft und mit ihr die ostdeutschen Hochschulen auch für den westlichen Landesteil beispielhaft Prozesse vorwegnehmen. Dieser Aspekt dürfte über die alleinige Bewältigung der demografischen Entwicklungen – die ost-westlich zeitversetzt eintreten, aber dann vergleichbar ausfallen werden – hinaus von Interesse sein: In Ostdeutschland ist, so lässt sich mit guten Gründen annehmen (vgl. Land 2005), gleichsam ‚vor der Zeit‘ ein Wirtschafts- und Sozialmodell zu gestalten, das sich vom traditionellen fordistischen Wohlfahrtskapitalismus unterscheidet.

Dieses Modell wird gekennzeichnet sein durch das Ende der Dominanz industrieller Massenfertigung von Serien identischer Produkte und damit einhergehend durch das Ende der Dominanz „kolonnenhaft“ organisierter Erwerbsarbeit (Miegel 1997). Es wird sich stattdessen auszeichnen durch fragmentierte Entwicklungen (Prosperität neben absteigenden Regionen), durch neue Produktionsmodelle, die wiederum bestimmt werden von wirtschaftlichen Erfolgsfaktoren wie flexibler Spezialisierung und differenzierter Qualitätsproduktion (Behr/Schmidt 2005; IWH 2004), durch neue biografische Zeitdisponibilitäten und daraus folgend veränderte Lebensverlaufsregimes (Busch/Land 2006: 13-16). Die Zusammenhänge zu hochschul- und forschungspolitischen Entwicklungen liegen auf der Hand, die zur gesamtdeutschen Gesellschaftsentwicklung der Zukunft ebenso.

Überdies wird deutlich, dass die ostdeutschen Probleme sich nicht darin erschöpfen, wirtschaftliche Herausforderungen zu sein. Vielmehr sind in einem umfassenden Sinne gesellschaftliche Fragen zu beantworten. Hier signalisiert die vergleichsweise geringe Präsenz der Sozial- und Geisteswissenschaften, wie sie sich bei der Herausarbeitung der Forschungs-

schwerpunkte in den öBL ergab,⁷ ein Problem: Die oben genannten spezifischen Probleme der ostdeutschen Teilgesellschaft erzeugen Forschungsnotwendigkeiten, die nur ausnahmsweise von außerhalb des Gebietes, in dem die zu bearbeitenden Probleme auftreten, bedient werden können. Daher werden, erstens, auch im Bereich der ostdeutschen Sozial- und Geisteswissenschaften kritische Massen an Forschungskapazitäten benötigt – zumal diese noch weniger als in den wirtschaftsnahen Feldern durch privatwirtschaftlich organisierte Forschungseinheiten bereitgestellt werden können. Zweitens erscheinen Anreize vonnöten, um die Sozial- und Geisteswissenschaftler/innen an den ostdeutschen Hochschulen zu motivieren, sich verstärkt den sozialen Problemen ihrer Sitzregionen zu widmen.

Dies gilt etwa bei Themen wie Stadtumbau oder demografische Entwicklung – um zwei im Osten Deutschlands besonders akute zu nennen: Sie benötigen zu ihrer erfolgreichen Bearbeitung eine Bündelung wissenschaftlicher Kapazitäten, die zwingend die Sozial- und Geisteswissenschaften einschließen, ebenso aber auch Medizin, Natur- und Ingenieurwissenschaften integrieren muss.

Ein Beispiel: Den unbefangenen Beobachter kann es durchaus erstaunen, dass bislang keine einzige ostdeutsche Universität ein Kompetenzzentrum zum Thema „*Schrumpfende Städte*“ eingerichtet hat. Immerhin bieten allein Universitäten die Vielfalt und Konzentration an Fachperspektiven, die dafür nötig wären: Auf Architekten, Ingenieur- und Naturwissenschaftler warten bauliche, Verkehrs- und technische Infrastruktur- sowie materialwissenschaftliche Fragen; auf Mediziner, Gesundheits- und Pflegewissenschaftler die Probleme, die sich aus dem veränderten Altersaufbau der geschrumpften Bevölkerung ergeben; die Sozialwissenschaften werden benötigt, um angemessen auf sich ändernde Generationenbeziehungen, Suburbanisierung, Verwaltungsprobleme dünn bevölkerter Siedlungsgebiete oder Segregations- und soziale (Des)Integrationsprozesse reagieren zu können; Erziehungswissenschaftler und Bildungsforscher sind gefragt, wenn auf die Veränderungen der Relation von inner- und außerfamilialem Bildungs- und Kompetenzerwerb reagiert werden muss; Ökonomen und Agrarwissenschaftler werden von der Notwendigkeit regionalisierter Stoff- und Güterkreisläufe herausgefordert; für Landschaftsplaner stehen Fragen nach der Gestaltung des Verhältnisses besiedelter und entsiedelter Räume; Geisteswissenschaftler finden Herausforderungen in den einhergehenden Orientierungsproblemen und der Notwendigkeit, dass sich die ostdeutschen Städte gleichsam neu erfinden müssen.

Werden zur wissenschaftsgestützten Bewältigung solcher gesellschaftlichen Probleme nicht die wissenschaftlichen Potenziale der ostdeutschen

⁷ vgl. oben Kapitel 10. Forschungslandschaft Ostdeutschland. Struktur, Kapazitäten und Profile

Länder selbst mobilisiert, dann werden die Problembearbeitungsprozesse analytisch unterbelichtet bleiben – denn von außen wird diese Expertise nicht kommen (bzw. allenfalls sporadisch als Ausdruck eines Interesses an einem – einstweilen – mehr oder weniger skurrilen Fall). Insofern wäre es durchaus erwartbar, dass sich solche spezifischen Probleme der ostdeutschen Teilgesellschaft auch in forschungspolitischen Entscheidungen über Schwerpunktförderungen, die über allein technologie- und wirtschaftspolitisch motivierte Initiativen hinausgehen, niederschlagen.

Damit wird nicht verkannt, dass Innovationspolitik auch und wesentlich technologie- und wirtschaftspolitisch motiviert ist und orientiert sein muss. Innovationspolitik ist im Schnittstellenbereich von Wirtschaft und Wissenschaft, von Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik angesiedelt. Ebenso versteht sich damit, dass Innovationspolitik weder die gesamte Wissenschaftspolitik ist noch sein kann. Sie sollte einen Teil einer wissenschaftspolitischen Strategie bilden, ohne dass diese sich darin erschöpft. Worauf müsste diese Strategie zielen?

Innovation ist nicht planerisch zu erzeugen. Was statt dessen aktiv gestaltet werden kann, sind förderliche Rahmenbedingungen für Innovation – d.h. solche Bedingungen, von denen aufgrund vorhandener Erfahrungen angenommen werden kann, dass sie besonders intensiv dazu beitragen, ein innovationsfreundliches Klima zu erzeugen. Das wichtigste Element eines solchen ‚Klimas‘ sind seine Akteure als dessen soziale Träger. Dies wiederum heißt: Wissensbasierte Unternehmungen und innovative Regionen benötigen *innovationsgeneigte Milieus*.

Der Begriff knüpft an den der „innovativen Milieus“ an. Diese jedoch haben sich in der Realität – etwa im hierbei häufig zitierten kalifornischen Silicon Valley – als „kulturell, zeitlich und örtlich limitierte Ausnahmekonstellationen“ (Franz 1998: 15) erwiesen. Statt dessen sind Elemente in der Region zu stärken, die in einem – was der Normalfall ist – weithin innovationsneutralen Umfeld Innovationsneigungen stärken. Solche Elemente sind bspw. regional gut vernetzte Hochschulen. Sie können sowohl eine defizitäre Existenzgründungsrate teilweise ausgleichen, wie sie auch den innewohnenden Schließungstendenzen von innovativen Unternehmensnetzwerken, die dann in die Gefahr eines „entropic death“ geraten (Camagni 1991: 140), entgegen wirken können.

Milieubildung lässt sich gleichwohl nur beschränkt zielgerichtet organisieren, da Milieus stärker *sich* bilden als gebildet werden. Politische Entscheidungen und die Aktivitäten interessierter Akteure müssen die *Voraussetzungen* der Bildung innovationsgeneigter Milieus schaffen,

nicht aber diese selbst. Eine Erfolgsgarantie gibt es nicht – aber eine Misserfolgsgarantie kann jedenfalls für den Fall gegeben werden, dass nichts unternommen wird. Wo hingegen innovationsgeneigte Milieus hinreichend verdichtet sind, entstehen innovative Regionen, und deren Effekte können zweierlei sein: Innovative Regionen vermögen Ansiedlungs- und Gründungseffekte zu produzieren, und sie können eine Antwort auf die (umständehalber erzwungene) Abwanderungsneigung der nachwachsenden Generationen sein.

Die Rahmenbedingungen für die Bildung innovationsgeneigter Milieus müssen wesentlich durch den Hochschul- und Forschungssektor erhalten und ausgebaut werden. Dessen Ausstattung sollte daher nicht als Kostenfaktor – etwa als sog. Überausstattung – denunziert werden. Hierbei sind sowohl die harten als auch die weichen Faktoren zu entwickeln. Hochschulen, ebenso auch die außeruniversitären Forschungsinstitute, erzeugen dabei Wirkungen vor allem in Hinsicht auf Wissensvorlauf, Wissensverwertung, regionalökonomische Nachfrageeffekte, qualifiziertes Arbeitskräftepotenzial, Beschäftigungseffekte, insbesondere im Hochqualifikationsbereich, Steuereinnahmen, Kontaktanbahnung und -verstärkung etwa nach Osteuropa, die fortwährende Anziehung junger lebens- und bildungshungriger Leute sowie intellektuelle Lebendigkeit.

Innovationspolitik ist die Schnittmenge zwischen Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik. Als solche muss sie die notwendigerweise unterschiedlichen Funktionslogiken von Wirtschaft (marktförmiger Wettbewerb, Gewinnstreben) und Wissenschaft (leistungsorientierter Wettbewerb, Erkenntnis- und Problemlösungssuche) synchronisieren, ohne beide Funktionslogiken je für sich aufheben zu wollen.

Eine innovationspolitische Strategie als Voraussetzung eines Schnittstellenmanagements von Wissenschaft und Wirtschaft kann keine planwirtschaftliche Zentralsteuerung zum Inhalt haben. Sie hat vielmehr *exemplarische Impulse* zu geben und *Kontexte* zu gestalten. Dazu muss Innovationspolitik Aktivitäten in definierten strategischen Schwerpunktfeldern fördern, durch Prospektion die ggf. erforderliche Neudefinition der strategischen Schwerpunktfelder sicherstellen und dem innovierenden Zufall Raum geben.

Um exemplarische Impulse geben zu können, muss sich Innovationspolitik förderungstechnisch zwischen *kompakten und katalytischen Interventionen* entscheiden. Eine katalytische Forschungsförderung setzt punktuelle Anreize und vertraut im übrigen auf die inhärente Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsbetriebes (das ist der ‚typische‘ Weg, auf

dem Nobelpreisträger entstehen). Die kompakte Forschungsförderung betreibt Rundumförderung definierter Schwerpunkte und versucht, einen engen Steuerungszusammenhang zwischen Ressourceninput und Leistungoutput zu erzeugen.

Instrumente einer *kompakten Forschungsförderung* sind z.B. Forschungsplanung mit planabhängigem Ressourcenmanagement oder Forschungscontrolling, d.h. der permanente Abgleich von Ist und Soll und daraus folgende Nachsteuerungen, um den einmal festgelegten Kurs zu halten. Instrumente einer *katalytischen Forschungsförderung* sind z.B. Strukturverbesserungen in Gestalt von Infrastrukturmaßnahmen, welche angestrebte Profilbildung und Schwerpunktsetzungen befördern, oder die Bereitstellung von Zuschüssen für Bleibeverhandlungen, um Schlüsselpersonen im Land zu halten, die aus Hochschulmitteln allein nicht zu halten wären. Nicht zuletzt aus Gründen des Ressourcenumfangs, der zur Verfügung steht, liegt wohl eine Konzentration auf katalytische Förderungen nahe. Daneben vermögen solche Unterstützungen, bei intelligentem Förderdesign, in besonderer Weise mobilisierende Wirkungen auszulösen: Sie nötigen Institutionen, frühzeitig zu entscheiden, wie der Anschluss an die von vornherein zeitlich limitierte Förderung gestaltet werden soll.

Der Versuch, durch entsprechenden Ressourceneinsatz und Strukturbildung Innovation zu organisieren, ist im Hinblick auf den Erfolg mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Dem steht jedoch eine ziemlich sichere Gewissheit gegenüber: Ohne diesen Versuch werden Regionen wie die ostdeutschen Siedlungsgebiete dauerhaft frei von selbsttragenden Entwicklungen bleiben.

12.2.2. *Antinomische Figuren*

Sollen Entwicklungen der soeben geschilderten Art in Ostdeutschland ausgelöst werden, z.B. indem innovationsgeneigte Milieus entstehen, dann sind einige weitere Probleme, die in den öffentlichen Debatten als antinomische Figuren präsentiert werden, zu lösen. Es handelt sich um die Kontrastierung von Lehr- vs. Forschungsfunktion sowie Bildungs- vs. Ausbildungsfunktion der Hochschulen, Anwendungs- vs. Grundlagenforschung, Exzellenz vs. Breite, die Fragen nach regionaler vs. überregionaler Ausrichtung und Schwerpunkt- vs. Flächenförderung sowie die Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen.

Lehre vs. Forschung?

Im Zuge der Verhandlungen über den Hochschulpakt 2020 hatten sich die Debatten über die Rolle der Ost-Hochschulen ein wenig verengt: Sie wurden vor allem als Anbieter unzulänglich genutzter Studienkapazitäten betrachtet. Es kann zwar begrüßt werden, dass in diesem Zusammenhang Stärken der ostdeutschen Hochschulen in der Lehre besonders gewürdigt wurden.

Allerdings benötigt gute Hochschullehre solche akademischen Lehrer/innen, die selber forschen und die Forschungsfronten kennen, die Probleme überregional und international einordnen und dadurch zu Problemlösungen beitragen können, die nicht provinziell sind. Ein Hochschulstudium soll zu wissenschaftlicher Urteilsfähigkeit und einer explizit darauf gründende Handlungsfähigkeit führen – oder, mit anderen Worten: zu der wissenschaftlichen Kenntnissen gründenden, d.h. methodisch geleiteten, kritisch reflektierenden Fähigkeit, selbstständig Sachverhalte zu erkennen, einzuordnen und zu bewerten, um sie sodann handelnd beeinflussen zu können. Wissenschaftliche Urteils- und darauf gründende Handlungsfähigkeit benötigen Sozialarbeiter/innen ebenso wie Journalisten, polizeiliche Führungskräfte oder Vorstandsvorsitzende:

„Schaut man sich genauer an, welcher Art die Kernkompetenzen sind, die offenbar über die Beschäftigungsfähigkeit entscheiden (kritisches und analytisches Denkvermögen, Argumentationsfähigkeit, Fähigkeit zu selbstständigem Arbeiten und Lernen, Problemlösungs- und Entscheidungsfähigkeit, Planungs-, Koordinations- und Managementfähigkeit, kooperatives Arbeitsverhalten usw.), so wird deutlich, dass die althergebrachten Humboldtschen Tugenden der gegenseitigen Befruchtung von Forschung und Lehre auch aus heutiger Sicht erstaunlich aktuell sind. Es überrascht, dass sich die Liste der für die Beschäftigungsfähigkeit relevanten Kompetenzen auf weiten Strecken mit den Kompetenzen deckt, die die moderne Forschung verlangt. [...] Mit anderen Worten: Ausbildung durch Forschung kann für die Ausbildung in Fachgebieten auch außerhalb der Forschung wertvolle und nützliche Dienste leisten.“ (Bourgeois 2002: 41)

Dem Ziel, diese Fähigkeiten zu erlangen, dient die Forschungsbindung eines Hochschulstudiums. Voraussetzung dessen ist, dass die Hochschullehre von forschenden Lehrkräften geleistet wird, dass mithin die Hochschule ein Ort der Forschung ist und bleibt.

Neben diese grundsätzlichen Notwendigkeiten tritt im Falle der ostdeutschen Hochschulen noch ein spezifischer Umstand: Ihnen fällt eine Kompensationsfunktion innerhalb der regionalen Wissenssysteme zu, um die Minderausstattung des Ostens mit privat finanzierter Industrieforschung in Teilen auszugleichen. Auch dies spricht dafür, jede einseitige

Fokussierung der Hochschulen auf ihre Lehr- und Ausbildungsfunktion zu vermeiden und sie statt dessen als Ort lebendiger Forschung zu sichern.

Im übrigen gilt in Ostdeutschland wie andernorts: Das Trennen von Forschung und Lehre können andere Institutionen weitaus günstiger. Wo dies ein angestrebtes Ziel ist, dort müssen, um es zu erreichen, nicht teure Hochschulen unterhalten werden. Da bieten sich Fach- und Technikerschulen eher an, zumal an diesen Institutionen das Thema Forschung keine Rolle spielt und folglich auch nicht konfliktbehaftet ist. Hochschulen hingegen tragen zur Stabilisierung und Entwicklung ihrer Sitzregionen nur dann bei, wenn sie das gesamte Leistungsspektrum – Lehre, Forschung, Nachwuchsförderung, Wissenstransfer – abdecken. Andernfalls werden die Hochschulen ein Teil der Probleme Ostdeutschlands statt ein wesentliches Element der Problemlösung.

Bildung vs. Ausbildung?

Als wissenschaftliche Bildungseinrichtungen sind Hochschulen primär darauf ausgelegt, nicht für Routinetätigkeiten, sondern für solche beruflichen Handlungssituationen auszubilden, die grundsätzlich durch Ungewissheit und Deutungs Offenheit gekennzeichnet sind. Das Handeln in solchen Situationen verträgt keine rein instrumentelle Anwendung von Wissen. Die berufliche Praxis benötigt immer weniger bloße technische Experten, da das professionelle Handeln von Akademikern neben der standardisierbaren Komponente der Wissensanwendung grundsätzlich auch eine nichtstandardisierbare Komponente umfasst. Auf die Bewältigung nichtstandardisierbarer Situationen müssen Studierende vorbereitet werden. Dafür ist eine „Kontaktinfektion mit Wissenschaft“ erforderlich (Daxner 2001: 74), und zwar mit einer autonomen Wissenschaft: Diese bietet den Raum, um den methodisch geleiteten Umgang mit fortwährend unzulänglichem Wissen zu erlernen. Biografisch steht dafür die angemessene Zeit nur in der von unmittelbaren Handlungszwecken entlasteten Situation des Studiums zur Verfügung. Indem Studierende am wissenschaftlichen Prozess teilhaben, können sie die Souveränität gewinnen, mit Situationen der Ungewissheit und konkurrierender Deutungen umzugehen.

Das Absolventenbild, von dem Hochschulbildung gerade heute ausgehen muss, zeichnet einen Akteur, der in komplexen und riskanten Handlungssystemen, die von gleichfalls komplexen wie riskanten Umwelten umgeben sind, folgelastige Entscheidungen – also Entscheidungs-

gen, die nicht nur ihn selbst, sondern auch andere berühren – treffen muss, der deshalb Situationsanalysen und Komplexitätsreduktionen solcher Art vornehmen können muss, wie sie auf Grund allein fachlicher Kenntnisse nicht vornehmbar sind. Wer heute studiert, wird – in welchem beruflichen Feld auch immer – mit hoher Wahrscheinlichkeit morgen unter Zeitdruck und Ungewissheit komplizierte Sachverhalte entscheiden und in solchen Situationen sicher handeln müssen.

Dafür muss sie oder er zunächst rein technisch in der Lage sein, vorhandenes Wissen aktualisieren sowie effektiv neue Informationen aufnehmen und verarbeiten, Wesentliches von Unwesentlichem trennen, Ursache-Wirkungs-Bündel selektieren, Handlungsoptionen auswählen, Problemlösungsanordnungen organisieren und Prozesse steuern zu können. Dazu bedarf es eines souveränen Umgangs mit multikausalen Erklärungen und der Fähigkeit, Paradoxien, Dilemmata, Zielkonflikte, Alternativen sowie Optionalitäten denken und einbeziehen zu können. Der Einzelnen und die Einzelne soll mithin zu verantwortlichem Handeln in folgelastigen Entscheidungssituationen befähigt werden – und sich dazu selbst befähigen.

Hierfür genügt kein Studium, das lediglich instrumentelles Wissen vermittelt, für einen individualisierten Konkurrenzkampf stählt, aufs Funktionieren im Bekannten und Gegebenen hin ausbildet und ergänzend mit Techniken sozialer Minimalverträglichkeit – Konfliktmanagement, Kommunikationsfähigkeit – ausstattet. Benötigt wird bei den Hochschulabsolventen wissenschaftliche Urteilsfähigkeit, d.h. die Befähigung, komplexe Sachverhalte methodisch geleitet und kritisch zu analysieren und zu bewerten. Lebenskluge Beschäftigter verlangen auch genau das, denn: „Praktiker wissen, daß Praxis blind macht. Sie suchen nicht nach Leuten, die ihre Blindheit teilen“ (Baecker 1999: 64). Darin liegt der Kern des hochschulischen Bildungsauftrages, der mit dem Ausbildungsauftrag zu vermitteln ist.

Anwendungsforschung vs. Grundlagenforschung?

In der aktuellen Hochschulreformdebatte gibt es eine scharfe Kontrastierung. Vertritt eine Fraktion idealistische Zweckfreiheitsvorstellungen, so möchte die andere die Hochschulen für die Standortsicherung mobilisieren. Hält die eine die Frage nach dem Nutzen akademischer Bildung für den Tod der Universität, so sieht die andere Fraktion nur dann eine Zu-

kunft der Hochschulen, wenn diese gesellschaftliche Nützlichkeitsersparungen kompromisslos bedienen.

Als Hochschulen stehen die ostdeutschen Universitäten und FHs nicht nur aus historischen, sondern auch funktionalen Gründen stets im Spannungsverhältnis zu gesellschaftlichen Entwicklungen, wenn sie sich als *wissenschaftliche* Hochschulen verstehen. Sie können sich den jeweiligen gesellschaftlichen Gegebenheiten nicht einfach anverwandeln, weil ihre wissenschaftliche Mission sie darauf verpflichtet, Gegebenes zu reflektieren, Vorgefundenes zu problematisieren und alle akzeptierten ‚Wahrheiten‘ immer wieder neu zu prüfen. Hochschulen liefern durch Wissensgenerierung und -vermittlung die Chance, dass alltagstheoretisch erzeugte Problemhorizonte der sie umgebenden Gesellschaft überschritten werden. Eine rigorose Trennung von Grundlagen- und Anwendungsforschung ist dafür dysfunktional.

Grundlagenforschung muss sich notwendig an den Forschungsfronten ihrer Themen und damit an den Spitzenleistungen des jeweiligen Faches oder Forschungsfeldes orientieren. Anwendungsforschung ist gleichfalls um so innovativer, je intensiver sie sich an den Fronten des Forschungswissens bewegt, kann aber häufig auch dann nutzbringend sein, wenn sie sich in der Etappe bewegt. Jedenfalls benötigen konkrete Problemlösungen Vorlauforschung, um auf unerwartete Fragestellungen reagieren zu können. Wo dieser Anspruch aufgegeben wird, entstehen über kurz oder lang sowohl Personal- als auch Innovationsprobleme.

Insofern ist in der Forschung eine Regionalisierung der Ansprüche mit einseitiger Betonung des Anwendungsbezugs nur schwer vorstellbar, wenn zugleich nachhaltig eine (vor allem regional wirksam werdende) innovative Funktion der Hochschulen gesichert werden soll. Denn ebenso wie Forschungsimpulse häufig aus der Praxis kommen, geht anwendungsorientierter Forschung über kurz oder lang der innovative Atem aus, wenn sie nicht aus der Grundlagenforschung Impulse für neue Fragestellungen und neue Problemlösungen erhält und auf das dort erzeugte Vorratswissen zurückgreifen kann. Fortgesetzte Innovativität von Anwendungslösungen baut auf der Kenntnis langfristiger Trends, vergleichbarer Fälle, relevanter Kontexte, prognostischer Wahrscheinlichkeiten, nichtintendierter Handlungsfolgen, typischer Fehler und alternativer Optionen auf. Diese Kenntnis wird *außerhalb* der Arbeit an Anwendungslösungen erzeugt. Daher dürfen Grundlagen- und Anwendungsforschung nicht als Konkurrenten um die zur Verfügung stehenden Ressourcen verstanden werden, sondern als wechselseitige Anreger.

Exzellenz vs. Breite?

Die Exzellenz-Initiative von Bund und Ländern hat die Diskussion um die Funktionen, die den ostdeutschen Hochschulen zugewiesen werden sollten, nicht nur hinsichtlich einer Betonung ihrer Lehr- und Ausbildungsfunktion befeuert. Ebenso steht die Frage im Raum, wie ihr Verhältnis zur Spitzenforschung gestaltet werden kann. Drei Umstände spielen bei den Erwägungen eine herausgehobene Rolle. Zum ersten schneidet die ostdeutsche Wissenschaft hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit im gesamtdeutschen Vergleich überwiegend durchschnittlich und unterdurchschnittlich ab. Zweitens verschärfen sich absehbar die finanziellen Rahmenbedingungen der Wissenschaftsfinanzierung in den öBL. Drittens geben auch die makro- und sozioökonomischen Daten keinen Anlass zur Stimmungsaufhellung.

Vor diesem eher dramatisch erscheinenden Hintergrund gibt es die Neigung, die ostdeutsche Wissenschaft aus dem Rennen um Exzellenz herauszunehmen und sie statt dessen, als gleichwohl großen öffentlichen Kostenfaktor, in Dienst zu nehmen, um möglichst rasch möglichst unmittelbare Effekte aus ihrer Tätigkeit in Ostdeutschland zu ziehen. Ziehen wir vom Exzellenzbegriff heutiger Prägung den propagandistischen Anteil ab, dann bleibt übrig: Es geht um herausragende wissenschaftliche Güte, also um Qualität, und zwar um die Qualität des Leistungssegments, das die Forschungsfront, also die vorderste Linie markiert. Wäre es möglich und funktional, eine regional eingegrenzte Wissenschaftslandschaft aus dem Wettbewerb um die Beteiligung an diesem Wettbewerb herauszunehmen?

Zunächst ist festzuhalten: Eine alleinige Fokussierung darauf, wie die ostdeutschen Hochschulen bei der Exzellenz-Initiative abgeschnitten haben, kann zumindest in Teilbereichen zu Fehlschlüssen führen: Die Wettbewerbsmodalitäten der Exzellenz-Initiative setzten institutionelle Größen, Kapazitäts- und Leistungskonzentrationen an einzelnen Orten voraus, die in den öBL außer in Dresden (und Berlin) kaum gegeben sind. Kein Urteil gab der Wettbewerb über die Potenziale der Forschungseinrichtungen ab, ihrer Rolle als zentrale Pfeiler regionaler Innovationssysteme gerecht zu werden. Gleichwohl müssen drei zentrale Problemgruppen in der ostdeutschen Forschung notiert werden:

- *Ausstattungsprobleme*: die kritischen Massen – d.h. die Kapazitätsverdichtungen an einem Ort, die ohne weitere Energiezufuhr von außen interne Kettenreaktionen auslösen und aufrechterhalten – sind an den meisten ostdeutschen Hochschulstandorten nicht erreichbar;

- *Personalprobleme*: sie resultieren aus eingeschränkter Standortattraktivität bzw. (z.T. empirisch nicht mehr plausiblen) negativen Städteimages, geringeren Vergütungen bzw. Besoldungen, unzulänglichen Arbeitsmöglichkeiten für Lebenspartner/innen; geringeren Professorausstattungen sowie eingeschränkter akademischer Reputation;
- *Vernetzungsprobleme*: insbesondere ist die Internationalität geringer ausgeprägt, es gibt weniger internationale Gäste und verstetigte Verbindungen ins und Kooperationen mit dem Ausland; befestigt wird dies durch die nicht sonderlich fremdenfreundliche Atmosphäre in den ostdeutschen Städten; zudem wurden traditionelle Verbindungen der ostdeutschen Einrichtungen, etwa nach Indochina oder Osteuropa, infolge des weitgehenden Personalaustausches nach 1990 unzulänglich gepflegt.

Vor dem Hintergrund der heutigen Leistungsverteilung in der ostdeutschen Forschung ist eine realistische Selbstwahrnehmung am Platze. Aktuell geht es danach nicht *vorrangig* um grundlagenforscherische Exzellenz. Es geht vielmehr, in einem ersten Schritt, zunächst um die flächendeckende Erzeugung ausstattungsadäquater und leistungsbegründeter Sichtbarkeit der Forschung. Diese würde sich in proportional angemessener Vertretung der ostdeutschen Einrichtungen in den *Mittelgruppen* der bundesweiten Leistungsdokumentationen zeigen. Es ist mithin zunächst die Leistungsbreite zu erzeugen, auf der dann auch (mehr) Leistungsspitzen wachsen können.

Eine solche Zieldefinition sichert Realitätsnähe und formuliert vor dem Hintergrund der gegebenen Leistungs- und Reputationsdaten eine Herausforderung. Daneben aber schaffen Forschungsleistungen, die Sichtbarkeit in der Breite erzeugen, auch die Voraussetzungen dafür, die Wahrscheinlichkeit einzelner Exzellenzfälle zu erhöhen: Spitzenleistungen entstehen vorzugsweise auf soliden Fundamenten. Damit dies dann tatsächlich zu einem angemessenen Ost-Anteil in den Qualitätsspitzensegmenten führt, müssen zugleich die bereits vorhandenen wenigen Exzellenzfälle in der Lage bleiben, ihre Position zu halten.

Insofern geht es in der ostdeutschen Wissenschaft um zweierlei: die Herstellung flächendeckender Solidität zum einen sowie die Sicherung und Ermöglichung einzelner herausragender Leistungszentren zum anderen – oder anders gesagt: das Erreichen der Bergplateaus, von denen aus sodann die Gipfel gestürmt werden können.

Regional vs. überregional?

Nun haben die öffentlich unterhaltenen Wissenschaftseinrichtungen in den östlichen Bundesländern in der Tat sehr viel stärker als in Westdeutschland eine infrastrukturelle Bedeutung für ihre Sitzregionen. Hochschulen und Forschungsinstitute sind zum einen Dienstleister für vorhandene Unternehmen und Institutionen, indem sie Absolventen und Absolventinnen, Forschungsleistungen, Transferkapazitäten, Weiterbildung usw. bereitstellen. Zum anderen haben sie eine Katalysatorenfunktion für die Ansiedlung von Unternehmen und Institutionen – Stichworte sind hier Spin-offs, Outsourcing, Inanspruchnahme von Dienstleistungen, regionale Kaufkraftsteigerung, Steigerung der Standortattraktivität in sozialer und kultureller Hinsicht, Nukleus für weitere wissenschaftsnahe Einrichtungen etc. Sie müssen das nur unterkritische Vorhandensein privat finanzierter FuE in Ostdeutschland kompensieren, indem sie zu den zentralen Motoren regionaler Innovationssysteme werden – und dies unter vergleichsweise restriktiven Haushaltsbedingungen.

Grundsätzlich haben Hochschulen zwei Wirkungsreichweiten: Sie sollen einerseits übergreifend Beiträge zur Stabilität und Entwicklung der Gesellschaft zu leisten und andererseits regionale Funktionen wahrnehmen. Diese beiden Wirkungsreichweiten werden gekreuzt durch zwei zu unterscheidende Zweckfunktionen: Hochschulen bedienen sowohl unmittelbare wie mittelbare Zwecke. Die unmittelbaren betreffen die zielgerichtete Lieferung genau definierbarer und definierter Leistungen in Forschung, Lehre, Nachwuchsförderung, Weiterbildung und (universitärer) Krankenversorgung. Die mittelbaren Zwecke beziehen sich auf all das, was Hochschulen im Sinne einer gesellschaftlichen Vorratssicherung erbringen, ohne dass dafür bereits ein aktueller Bedarf formuliert wäre, sowie auf all das, was Hochschulen hinsichtlich weicher Wirkungsfaktoren leisten, etwa im Bereich der Bedienung gesellschaftlicher Orientierungsbedürfnisse oder der Bildung innovationsgeneigter sozialer Milieus.

Dabei weist das Hochschulsystem Schnittstellen zu anderen gesellschaftlichen Subsystemen auf, die ihm wiederum besondere adaptive Funktionen zuweisen. So bilden die Hochschulen den Adapter zwischen Bildungssystem und Forschungssystem. Das heißt zweierlei: Weder können die Hochschulen in der Lehre vollständig reparieren, was an den Schulen versäumt worden ist; noch können die Hochschulen in der Forschung Defizite der allgemeinen Forschungs- und Innovationsförderung vollständig ausgleichen. Umgekehrt heißt das aber auch: Zum einen ist Bildung jeglichen Levels und jeglicher Trägerschaft desto schwieriger zu

organisieren, um so (regional oder fachlich) lückenhafter die Zugriffsmöglichkeiten auf hochschulische Angebote sind. Zum anderen müssen Forschungs- und Innovationsanstrengungen, z.B. entsprechende Förderprogramme, in ihren Effekten suboptimal bleiben, wenn sie kein angemessenes Hochschulumfeld vorfinden.

Daneben ist das Hochschulsystem aber auch der Adapter zwischen Wirtschafts- und Beschäftigungssystem einerseits und Kultursystem andererseits. Das meint: An den Hochschulen wird sowohl wertschöpfungsrelevantes Wissen erzeugt und Beschäftigungsfähigkeit hergestellt, wie dort auch das jeweilige kulturelle Umfeld geprägt, Orientierungswissen erzeugt und diejenigen ausgebildet werden, die gesellschaftliche Orientierungsbedürfnisse bedienen sollen.

Wesentliche der Funktionen von Hochschulen werden nur ausnahmsweise überregional erfüllt, ihre entsprechenden Effekte nur ausnahmsweise regionsüberschreitend erzeugt – nämlich in den Metropolen und größeren Städten. Der typische Fall hingegen ist ein regionaler. Damit wird keinem Provinzialismus das Wort geredet, sondern lediglich eines verdeutlicht: Die Adapterfunktionen zwischen Bildungs- und Forschungssystem zum einen sowie Wirtschafts-/Beschäftigungs- und Kultursystem zum anderen nehmen Hochschulen innerhalb eines regionalen Bezugsrahmens wahr. Dass zahlreiche Hochschulen dabei zugleich ihre Sitzregion in überregionale Kontaktschleifen einbinden, ist nicht systemwidrig. Es ist vielmehr Ausdruck einer Erfolgsgeschichte. Hier zeigen sich positive Effekte des politischen Bestrebens, durch Hochschulneugründungen die Versorgung mit Hochschulangeboten in die Fläche hinein zu sichern.

Flächenförderung vs. Wachstumskernförderung?

Vor dem Hintergrund der Transferabhängigkeit der ostdeutschen Landeshauhalte und Wirtschaftsstrukturen wird immer wieder diskutiert, die finanziellen Mittel regional zu konzentrieren. So möchte auch der für den Aufbau Ost zuständige Bundesminister künftig stärker auf die Förderung von Wachstumskernen setzen und damit die Transfermittel konzentrierter einsetzen (Tiefensee 2006).

Dass es in jedem entwickelten Flächenstaat Ober-, Mittel- und Untertzentren gibt, dass sich wirtschaftliche Dynamik an einigen Orten stärker verdichtet als an anderen, und dass nicht jede Region gleichermaßen Leistungskraft entwickeln kann, ist weder überraschend, noch muss dies Anlass zu Beunruhigungen sein. Zu solchen Differenzierungen kommt es

sowohl mit als auch ohne Förderpolitik. Auch lassen sich Wachstumskerne definitionsgemäß nicht flächendeckend entwickeln. Wichtig ist allerdings, dass die Regionen ohne starke eigene Wachstumspotenziale an die Entwicklung der Wachstumskerne angekoppelt sind bzw. werden.

Die Fläche muss nicht in gleicher Weise wie Wachstumskerne gefördert werden, doch muss sie resonanzfähig sein für die Impulse, die von den Wachstumskernen ausgehen. Hierfür sind zwei Voraussetzungen nötig: einerseits die ‚Hardware‘ in Gestalt von materieller Infrastruktur (in den öBL inzwischen weitgehend vorhanden), andererseits ‚Software‘.

In Ostdeutschland ist ein ‚Software‘-Faktor flächendeckend vorhanden, dem in einer sich ausbildenden Wissensgesellschaft größte Bedeutung zukommt: öffentlich finanzierte Hochschulen und Forschungseinrichtungen, d.h. Hochqualifikations- und Forschungsangebote. Diesen Faktor als zentrales Element der Resonanzfähigkeit der Fläche zu sichern, erscheint notwendig, wenn das politische Ziel erreicht werden soll, dass die Entwicklung von Wachstumskernen nicht zum Abhängen der sonstigen Regionen führen soll. Nur dann, wenn die Gegenden außerhalb der Wachstumskerne resonanzfähig für Impulse bleiben, bleiben deren Chancen gewahrt, sich eigenständige Chancen zu erarbeiten. Die sog. Hidden Champions in Ostdeutschland – etwa Teltow, Wismar oder Bitterfeld-Wolfen mit ihren Kontakten zu umliegenden Hochschulen und Forschungsinstituten – sind Beispiele dafür, dass dies gelingen kann.

Kosten vs. Nutzen?

Generell stehen Hochschule und Forschung unter besonders starkem Legitimationsdruck: Hohe aktuell anfallende Kosten bei zwar nachhaltigen, aber nicht garantierten und zudem erst in unbestimmter Zukunft eintretenden Effekten sind politisch schwer vermittelbar. Hier erscheinen zwei Maßnahmen sinnvoll: die Neufassung des Innovationsbegriffs und regionale Leitbilder.

Um angemessene Finanzausstattungen der Hochschulen zu ermöglichen, sollte eine *Neufassung des Investitionsbegriffs* in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in die Wege geleitet werden. Investitionen lassen sich als solche Ausgaben fassen, aus denen nicht allein die gegenwärtigen, sondern ebenso die künftigen Generationen Gewinn ziehen. Eine solche Betrachtung muss auch – ökonomisch gesprochen – Humanka-

pitalinvestitionen einrechnen.⁸ Das heißt, ein Großteil der Wissenschaftsausgaben wäre auch haushalterisch als das zu deklarieren, was sie faktisch bereits seit langem sind: Zukunftsinvestitionen. Haushaltssystematisch ergäben sich damit Spielräume für die Gestaltung der Kreditobergrenze. Das wiederum könnte dazu beitragen, bei Nicht-Wissenschaftspolitikern den Blick für die Erfordernisse der Wissenschaft zu schärfen.

Eine Technik, die Vermittelbarkeit herzustellen, sind *regionale Leitbilder*. Dabei handelt es sich um die kompakte und pointierte Beschreibung der sog. Philosophie oder *mission* einer bestimmten Einheit, hier also etwa einer Gebietskörperschaft oder Region, anders gesagt: ihres jeweiligen Selbstverständnisses und ihrer längerfristigen Ziele. Hinzu tritt die Formulierung von Spielregeln des Umgangs miteinander und des Verhaltens nach außen. Indem strategische Ziele formuliert werden, wird zugleich der Soll-Zustand beschrieben. Differenzen zum Ist-Zustand denunzieren das Leitbild nicht, sondern weisen ihm überhaupt erst seine Funktion zu. Adressaten der Leitbilder sind in erster Linie diejenigen, die es umsetzen sollen: Diese müssen Sinn und Zweck der Gesamtorganisation verstehen, sich damit identifizieren und ihr Handeln an gemeinsam akzeptierten Spielregeln orientieren. Zugleich können Leitbilder auch als Instrument der Werbung nach außen dienen. (Vgl. Wewer 1998)

Leitbilder haben eine programmatische und eine kommunikative Funktion. Die in ihnen formulierte Programmatik benötigt als Voraussetzung eine präzise Definition der Problemlage. Auf Grundlage dieser lassen sich dann auch die formulierten Ziele kommunizieren. Die zur Zeit häufiger werdenden vollmundigen „mission statements“ von Städten und Regionen (übrigens auch von Hochschulen), die eher als Werbetexte und nicht als nüchterne Sachdiagnosen auftreten, sind dafür allerdings wenig nützlich. Für die meisten ostdeutschen Regionen sind die Möglichkeiten der massiv subventionierten Sicherung (extrem geschrumpfter) industriell-

⁸ So etwa auch der A-Länder-Koordinator unter den Kultusministern, Jürgen Zöllner (2003): „Realität ist doch, dass eine Vielzahl der EU-Mitglieder, auch Deutschland, große Schwierigkeiten hat oder derzeit nicht in der Lage ist, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Darüber hinaus können in Deutschland insbesondere die Bundesländer die schon jetzt größten Ausgabeposten Bildung, Wissenschaft und Forschung nicht mehr relevant erhöhen, da sonst die Verfassungsmäßigkeit der Haushalte gefährdet ist. Eine zusätzliche Investition in Friedhofsmauern ist möglich, da dies durch zusätzliche Kredite finanziert werden darf, eine Investition in Köpfe aber nicht. Wie sich auf diesem Hintergrund das Ziel erreichen lassen soll, bis 2010 deutlich mehr als bislang für Wissenschaft und Forschung auszugeben, ist mir ein Rätsel. [...] Eine Diskussion und Entscheidung darüber, dass das Relikt aus einem durch Großmaschinen geprägten Industriezeitalter fallen muss, ist notwendig: Die Privilegierung von Sach- gegenüber Bildungsinvestitionen ist antiquiert“.

ler Kerne ausgereizt, und industrielle Neuansiedlungen kommen allenfalls im Gefolge längerfristiger mittelständisch geprägter Entwicklungen an einem Standort zustande. Daher bleiben, nach Lage der Dinge, vor allem zwei regionale Leitbilder für die ostdeutschen Regionen: entweder mittelständisch geprägte Tourismus- und Agrarregion oder mittelständisch geprägte innovative Region, fallweise auch als Verbindung beider Leitbilder.

12.2.3. *Hochschulen und regionale Innovationssysteme*

Die ostdeutschen Entwicklungen weisen sowohl in Hochschule und Forschung als auch in deren Umfeld anhaltend gravierende Besonderheiten auf. Von diesen sind die meisten eher problematisch, statt besondere Potenziale zu bezeichnen. Insbesondere werden die finanziellen Rahmenbedingungen in den öBL ab 2008 nochmals kritisch zugespitzt; gleiches gilt für die demografischen Verhältnisse. Um dennoch den transferökonomischen Charakter der ostdeutschen Entwicklungen mittel- und langfristige in Richtung selbsttragender Entwicklungen verändern zu können, werden regionale Innovationssysteme benötigt. In der Definition der EU-Kommission:

„Ein regionales Innovationssystem umfasst eine Reihe von Akteuren und Ressourcen in effektiver Wechselbeziehung mit dem Ziel, Innovation in der Region zu stimulieren. Solch ein System sollte folgendes erleichtern:

- Identifizierung von verfügbaren Infrastrukturen und regionalen Quellen von Wissen und Sachkenntnis;
- Zugang zu Dienstleistungen in Bereich von Finanzierung, Erfahrungsaustausch, Nutzung von Wissen (Entwicklungsagenturen, Handelskammern, prospektive Akteure, Risikokapitalfonds usw.);
- effektiven Transfer von Kompetenz und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen regionalen Entwicklungsakteuren.

Um zu funktionieren, benötigt ein derartiges System ein gewisses Maß an Infrastruktur und Sachkenntnis, wobei die Regionalpolitik behilflich sein kann.“ (Europäische Kommission/Regionalpolitik 2006: 5)

Solche regionalen Innovationssysteme wiederum brauchen Promotoren und Inkubationszentren. Als Promotoren können Politik, Verwaltung und Wirtschaft wirksam werden. Die Inkubation erfordert einen geschützten Raum, in dem Optionen durchgespielt werden können. Diesen Raum bietet die autonome Wissenschaft. Sie beginnt dort, „wo sie nicht nur die Fragen und Probleme, also die Krisen untersucht und behandelt, die eine scheiternde Praxis an sie heranträgt, sondern darüber hinaus gerade auch

das in Frage stellt, also in den Modus der Krise rückt, wovon die Praxis problemlos überzeugt ist und was sie wie selbstverständlich für geltendes Erfahrungswissen hält“ (Oevermann 2005: 28).

Hochschulen und Forschungseinrichtungen erzeugen, speichern und vermitteln Vorratswissen, das es ihnen auch ermöglicht, die nicht simulierten, sondern bereits realen Probleme, die ihr von einer scheiternden Praxis angetragen werden, angemessen bearbeiten zu können. Angemessen heißt: Sie vermögen die Problemhorizonte der Praktiker zu erweitern bzw. zu überschreiten und voranalytische Urteile durch wissenschaftlich gestützte und reflektierte Urteile zu ersetzen. Die Wissenschaft reformuliert nicht einfach die Probleme der Praxis, indem sie diese in eine wissenschaftliche Sprache übersetzt. Vielmehr kann sie, auf der Grundlage des gespeicherten Vorratswissens, Problemlösungswege vor dem Hintergrund der Kenntnis langfristiger Trends, vergleichbarer Fälle, relevanter Kontexte, prognostischer Wahrscheinlichkeiten, typischer Fehler, nicht-intendierter Handlungsfolgen und alternativer Optionen aufzeigen. So wird die Wissenschaft ihrer Aufgabe, „geläufige Sicherheiten aufzubrechen, neue Differenzierungen einzuführen, die Komplexität des Problembewußtseins zu steigern“ (Huber 1999: 56), gerecht.

Insofern müssen die ostdeutschen Hochschulen zentrale Innovationsagenturen werden: um selbsttragende Regionalentwicklungen mitzueröglichen und zu fördern, aber auch um die eigene Unentbehrlichkeit nachzuweisen, obwohl die Studienberechtigtenzahlen in den Sitzregionen massiv zurückgehen. Es wird künftig nicht genügen, allein auf die direkten monetären Wirkungen von Hochschulen – die durch sie und ihre Angehörigen ausgelöste unmittelbare Nachfragegenerierung – zu verweisen. Wirklich durchschlagend werden die ostdeutschen Hochschulen erst dann ihre Existenz rechtfertigen können, wenn sie sich auf die Erzeugung indirekter Wirkungen konzentrieren, d.h. die sog. Umwegrentabilität, die mittel- und langfristigen Wirkungen regionaler Struktur- und Wirtschaftsentwicklung infolge des Vorhandenseins von Hochschulkapazitäten.

Die Vernetzung von Wissenschaftsfunktionen mit Umfeldanforderungen muss, soweit es um die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft geht, politisch unterstützt werden. In Ostdeutschland jedenfalls zeigt sich anschaulich, dass die Integration von Forschungsleistungen in regionale Wertschöpfungsketten nicht im Selbstlauf zu Stande kommt. Dafür sind Wissenschaft und Wirtschaft zu unterschiedlich getaktet. Regionalstrukturpolitik kann den Rahmen bereitstellen, in dem beide zu ihrem Recht und zugleich zusammen kommen.

Dabei sind grundsätzlich zwei Betrachtungsweisen von Hochschulen möglich: Sie können als *ergänzende Elemente* laufender regionaler Entwicklung oder als *Ausgangspunkte* künftiger regionaler Entwicklung gesehen werden. Ersteres liegt dort nahe, wo regionale Entwicklungen bereits selbsttragend sind. Wo das hingegen nicht gegeben ist, können Hochschulen schlechterdings nicht ‚ergänzend‘ wirken. Sie müssen dann, um angemessen in ihrer Existenz gerechtfertigt zu sein, zu Ausgangspunkten regionaler Entwicklung werden.

Dabei muss eine Politik, die, statt Illusionen zu stützen, redlich agiert, eines akzeptieren: Hochschulen, die Entwicklungen initiieren sollen, sind grundsätzlich teurer als solche, die eine ergänzendes Element innerhalb allgemeiner Prosperität sind. Zu rechtfertigen sind die (Mehr-)Kosten allein über die Langfristigkeit und Nachhaltigkeit der durch die konkreten Hochschulwirkungen angestoßenen Entwicklungen.

Voraussetzungen all des Genannten sind eine Politik des langen Atems und Risikotoleranz der Politik. Im Unterschied zu kurzfristig wirksamen und mittelfristig in ihren Wirkungen verpuffenden Sonderprogrammen sind Wissenschaftsinvestitionen kurzfristig nicht unmittelbar wirksam. Dafür aber verpuffen sie auch nicht mittelfristig – sondern wirken im Erfolgsfalle langfristig. Hierzu lassen sich die Hochschulen und Forschungsinstitute als Speicher betrachten: Sie speichern unabhängig von konjunkturellen Wellen – womit sowohl wirtschaftliche Entwicklungen als auch politische Schwerpunktsetzungen gemeint sind – intellektuelle Kapazitäten und Man-power.

Damit Hochschulen eine regionalstrukturell impulsgebende Funktion wahrnehmen können, benötigen sie dreierlei:

- Zum ersten muss ihr spezifischer Charakter gewährleistet bleiben, statt sie vorrangig auf unmittelbare Zwecke zu richten zu wollen – etwa mit dem Argument, die Autonomie der eigenen Zieldefinition sei etwas für bessere Zeiten.
- Zum zweiten müssen zusätzliche Anreize den Hochschulen Motivationen verschaffen, über ihr unabdingbares Kerngeschäft hinaus zusätzliche (z.B. Transfer-)Leistungen zu erbringen.
- Zum dritten sind in den einzelnen Regionen Hochschul- und Forschungspotenziale notwendig, die jeweils die komplette Forschungskette von Grundlagenforschung über anwendungsorientierte Vorlauforschung, Auftragsforschung bis hin zu Transfer, Beratung und FuE-Dienstleistungen abdecken, all dies ergänzt um die komplementären Lehrangebote von grundständigen Studienprogrammen über Aufbau-

und Weiterbildungsstudiengänge bis zu kompakten Fortbildungsangeboten.

Die ostdeutschen Hochschulen werden zu einer Selbstwahrnehmung als zentraler regionaler Entwicklungsfaktor gelangen müssen. Einerseits gehören sie selbst als zentrale Schaltstelle der Regionalentwicklung zu den wichtigen endogenen Potenzialen in Ostdeutschland. Andererseits sind die Hochschulen ebenso Orte, an denen weitere endogene Potenziale freigesetzt werden. Indem die ostdeutschen Hochschulen als Mobilisierungsagenturen endogener Potenziale in ihren Sitzregionen wirksam würden, könnten sie Inkubatoren regionaler Innovationssysteme werden. Drei Operationalisierungsvorschläge dazu werden nun abschließend entwickelt: zur Studienkapazitätsauslastung (nachfolgend Punkt 12.3.1.), zu einer Modellregion Nachwuchsförderung (12.3.2.) und zu Zukunftsstrategien der ostdeutschen Hochschulen als Motoren der regionalen Innovationssysteme (12.3.3.).

12.3. Handlungsoptionen: Endogene Potenzialmobilisierung durch die ostdeutschen Hochschulen, ergänzt um externe Akquisitionen

Drei in den kommenden Jahren besonders virulente Probleme sind die Studienkapazitätsauslastung der Ost-Hochschulen, die wissenschaftlichen wie wirtschaftlichen Nachwuchsprobleme in den öBL und die Rolle der ostdeutschen Hochschulen innerhalb regionaler Innovationssysteme. Die Probleme hängen miteinander zusammen: Die Studienkapazitätsauslastung wird eine wesentliche Voraussetzung sein, um die Nachwuchsprobleme an den Hochschulen und in der regionalen Wirtschaft zu lösen. Prägende Wirkungen innerhalb regionaler Innovationssysteme werden die Hochschulen nur entfalten, wenn sie sich so entwickeln, dass sie über Attraktivität für Studierende und wissenschaftlichen Nachwuchs verfügen sowie nach außen kommunikations- und handlungsfähig sind. Die dafür zu initierende Organisationsentwicklung wiederum muss Personalentwicklungskonzepte integrieren, die dazu beitragen, sehr guten akademischen Nachwuchs für die Hochschulen zu gewinnen bzw. ihn zu halten.

12.3.1. Studienkapazitätsauslastung

Der zwischen Bund und Ländern vereinbarte „Hochschulpakt 2020“ sieht für die ostdeutschen Länder eine Sonderregelung vor: Der dort absehbare Überschuss an Studienplatzkapazitäten soll genutzt werden, um die sich gesamtdeutsch abzeichnenden kapazitativen Probleme abzumildern. Deshalb haben Bund und Ländergemeinschaft den ostdeutschen Ländern für die Jahre 2007 bis 2010 eine Pauschale von insgesamt 15 % der Mittel zugesagt, die vom Bund jährlich zur Verfügung gestellt werden. Im Gegenzug verpflichteten sich die ostdeutschen Länder, die Studienanfängerzahlen auf der Basis des Jahres 2005 auch in den Folgejahren sicherzustellen (BMBF 2007).⁹ Das demnächst zu lösende Problem wird darin bestehen, die derart geförderten Studienplätze auch mit Studierenden zu füllen, sobald sich das demografisch bedingte Fehlen hinreichend vieler einheimischer Studieninteressenten bemerkbar macht.

Diesbezüglich gibt es derzeit in den ostdeutschen Hochschulen selbst noch ein Wahrnehmungsproblem. Aktuell fahren viele ostdeutschen Hochschulen tendenziell eher Über- als Unterlast; zudem sind in mehreren Bundesländern Doppeljahrgänge infolge Schulzeitverkürzungen zu bewältigen. Daher wird das in Kürze auftretende Problem mangelnder Studienbewerber/innen bislang nicht hinreichend antizipiert. Allerdings sind die Hochschulpakt-Zahlungen zunächst nur bis 2010 vereinbart. Sollte durch die ostdeutschen Hochschulen bis dahin noch keine spürbare Entlastung der westdeutschen Hochschulen eingetreten sein, und sollten in den öBL freie Kapazitäten einem Nachfragerüberhang in den wBL gegenüberstehen, dann wird eine Verlängerung der 15%-Regelung über das Jahr 2010 hinaus politisch kaum durchsetzbar sein. Folglich wären die

⁹ Eine genaue Betrachtung offenbart, dass dies weniger ein ‚Geschenk‘ denn eher ein Finanzierungsmechanismus zur Stärkung der Hochschulanliegen innerhalb der Ressortkonkurrenz ist: „Es stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß der Hochschulpakt den Rückgang der [einheimischen] Studienanfänger und damit die Ausbildung von westlichen Abiturienten abfedern würde: Die Förderung des Hochschulpaktes (15 % von 565 Millionen Euro), auf vier Jahre und fünf Bundesländer aufgeteilt, ergibt bei einer Gleichverteilung der Mittel auf die Jahre und die fünf Ost-Bundesländer pro Jahr und Bundesland rund 4,2 Millionen Euro. Bei angenommenen Studienplatzkosten pro Jahr von 5.500 Euro sind dies je Land rund 750 Studienplätze. Dies entspräche weniger als einem Sechstel des Wegfalls der studienbeginnenden Landeskinder. Diese rund 750 Studienplätze sollen aber nur vom Bund finanziert werden, wenn auch die 5.000 frei werdenden Studienplätze besetzt werden, so dass das Niveau von 2005 gehalten wird. Es findet damit eine Art Umkehrung eines Landeskinder-Rabatts statt: Die Ost-Bundesländer werden dafür unterstützt, dass sie Nicht-Landeskinder ausbilden, wobei vier Fünftel der Kosten vom [jeweiligen] Land selbst zu tragen sind.“ (Winter 2007: 4)

Hochschulen ab 2011 allein auf die Landeszuweisungen angewiesen. Aber auch diese reduzierte Ausstattungsaussicht spendete keine Sicherheit, denn im politischen Raum wird die Hochschulfinanzierung stets an der Anzahl der Studienplätze und der Studierenden festgemacht: „Angesichts der Probleme der öffentlichen Finanzen der Ost-Länder tut sich hier eher für die Haushaltspolitik eine Gelegenheitsfenster auf, Personalstellen zu kürzen“ (Winter 2007: 22). Wirkliche Probleme wird der demografisch bedingte Rückgang der Abiturienten aber erst ab 2010 dem Hochschulsystem bereiten. Deshalb werden Hochschulen, die erst dann eine angemessene Problemwahrnehmung und entsprechende Gegenmaßnahmen entwickeln, zu den eher gefährdeten gehören.

Das politische Kalkül des Hochschulpaktes 2020 ist, dass westdeutsche Studieninteressierte nicht sämtlich ihre überfüllten heimatlichen Hochschulen aufsuchen, sondern in relevanter Zahl zu den leerer werdenden Hochschulen im Osten der Republik ‚auswandern‘. Aus Sicht der empirischen Hochschulforschung wäre dies in zweierlei Hinsicht eine erstaunliche Trendumkehrung (ebd: 4):

- Zum einen bleiben die deutschen Studienanfänger – zumeist aus nicht das Studium betreffenden Gründen – in der Regel lieber in ihrer Heimatregion.
- Zum anderen gibt es auch heute schon Wanderungsbewegungen von Studienanfängern, doch weisen diese bislang genau in die andere als die politisch intendierte Richtung, nämlich von Ost nach West.

Als erste Idee zur Bearbeitung dieses Problems wird in diesem Zusammenhang immer wieder eine genannt, die zahlreichen Akteuren offenbar spontan plausibel erscheint: Hochschulmarketing. Meist wird darunter ‚Marktplatzierung‘, d.h. Öffentlichkeitsarbeit und Werbung verstanden. Im betriebswirtschaftlichen Verständnis beinhaltet Marketing freilich mehr, nämlich die Ausrichtung der Produktpalette an Zielgruppen zwecks Erfolgsmaximierung:

„Operatives Marketing, auch Marketing-Mix genannt, betrifft vier Ebenen: Produkt, Preis, Distribution und Kommunikation. Hinsichtlich des Produkte (hier: Studienplätze, Studiengänge) und auch der Preise sind die Hochschulen relativ festgelegt. Die Studienfächer sind angesichts vorhanden Lehrpersonals ... nur begrenzt variabel, eventuell ließen sich die Studiengänge etwas modifizieren. Langfristig wäre indes ein Umbau des Studienangebots im Zuge einer (Landes-)Hochschulstrukturplanung möglich. Inwieweit es klug ist, diese an festgestellten Studienwünschen anzupassen, scheint fraglich. Sind diese so stabil, dass ein Jahre währender Umbau auch noch in weiterer Zukunft die Nachfrage bedienen kann? Mittelfristig veränderbar ist allenfalls die Qualität

der ‚Produkte‘. Dies gilt sowohl für die Studiengänge als auch für die Studienorte. Die Preise, sprich die Studiengebühren, sind festgeschrieben. Daher kann es keine echte marktwirtschaftliche Lösung der Ungleichverteilung von Studienplätzen und Studieninteressierten in Deutschland geben. Angebot und Nachfrage können sich nicht über den Preis regeln. Noch gibt es hier Unterschiede zwischen den meisten West- Bundesländern, die Gebühren in fast einheitlicher Höhe verlangen, und den noch Ost-Ländern, die keine Studienbeiträge verlangen. Die Gebührenfreiheit ist sicherlich ein triftiges Argument in einer Stärken-Schwächen-Analyse, das durchaus die Motivlage von Studieninteressierten tangiert; von einer Marktlösung kann allerdings nicht gesprochen werden. Es gibt also kaum Flexibilität im Angebot und noch weniger Spielraum in der Preisgestaltung. Auch die Distribution (also der Vertrieb, die Verteilung des Produkts) ist kaum variabel. Die meisten Studiengänge sind Präsenzstudien, es mag ein paar Fernlehrgänge auf E-Learning-Basis geben ... Bleibt von den vier Aspekten eines operativen Marketing-Konzepts nur noch der Faktor Kommunikation“ (Winter 2007: 10f.).

Öffentlichkeitsarbeit und Werbung hingegen könnten unter vier Voraussetzungen tatsächlich Rekrutierungswirkungen haben: (a) wenn mangelnde Information über die Studienangebote zu den Hauptgründen zählt, sich nicht für ein Studium im Osten zu entscheiden; (b) wenn es zu bewerbende Studienangebote in der öBL gibt, die in ihrer Qualität die Qualität der Wertung nicht gravierend unterschreiten; (c) wenn es keine expliziten Gründe gibt, ostdeutsche Hochschulen oder ihre Standorte zu meiden; und (d) wenn mit der Werbung die Gründe der allgemeinen interregionalen Immobilität deutscher Studierender überkompensiert werden. Alle vier Voraussetzungen sind im hier betrachteten, dem ostdeutschen Fall nicht umstandslos gegeben:

- Die *Informationslage* ist zumindest für die einheimischen Studienberechtigten gut, da diese durch Schulen und Hochschulen auf die regionalen Studienangebote aufmerksam gemacht werden. Dennoch verlassen gerade die besonders bildungs- und aufstiegsorientierten potenziellen Studienbewerber/innen besonders zahlreich den Osten, um in einem der westdeutschen Länder zu studieren.
- Der deutliche Vorsprung, den die ostdeutschen Hochschulen bezüglich *Qualität der Lehre, Studierendenbetreuung und -zufriedenheit sowie Studiendauer* bis zum Anfang des Jahrzehnts vor den westdeutschen Hochschulen hatten, baut sich inzwischen spürbar ab.
- Das *Standortimage* scheint allein für drei ostdeutsche Städte kein Problem zu sein: Dresden und Leipzig sowie – wegen der Berlin-Nähe – Potsdam erzielen überdurchschnittliche Erfolge in der interregionalen Studienrekrutierung. Das liegt jedoch eher am Ruf der Städte, weniger an dem ihrer Hochschulen. Zugespitzt gesagt: Um diese Situati-

on aufrecht zu erhalten, genügt es, wenn das jeweilige Hochschulimage das Standortimage nicht so weit unterschreitet, dass die positive Wirkung der Ortsreputation durch eine negative Wirkung der Hochschulreputation neutralisiert wird. Alle anderen ostdeutschen Hochschulstandorte leiden – in abgestuftem Maße – unter der verbreiteten öBL-bezogenen Wahrnehmung, geringere Lebensqualität aufzuweisen, schlecht erreichbar zu sein und/oder seitens ihrer Einwohnerschaft über eine eher geringe Aufgeschlossenheit gegenüber Nichteinheimischen zu verfügen.¹⁰

- Die *allgemeine Immobilität* der Studierenden zeigt sich darin, dass bislang lediglich 13% der Studierenden einen Hochschulort wählen, der nicht in ihrem oder einem benachbarten Bundesland liegt. Insofern könne der Nutzen von freien Studienplätzen im Osten auch dem „leerstehender Plattenbauten in Magdeburg für Wohnungssuchende in München“ entsprechen (Scholle 2007: III).

Sollen nun gegen verfestigte Trends ostdeutsche Studienberechtigte in ihrer Heimatregion gehalten und westdeutsche Studienberechtigte angeworben werden, dann wird also mehr als Werbung nötig sein. Grundsätzlich sind zwei Lösungsoptionen gegeben:

- (a) *die bundesweite Bewirtschaftung der Studienplätze mit integrierter Lenkungswirkung in Richtung Ostdeutschland*: Aufgrund der an vielen Hochschulen eingeführten flächendeckenden Aufnahmebeschränkungen und Auswahlverfahren werden die Zulassungsprozesse für alle Beteiligten ineffektiv, kosten- und zeitaufwändig. Hinzu tritt die Problematik der Mehrfachbewerbungen. Angesichts dessen wird von der KMK der Umbau der „Zentralen Vergabestelle für Studienplätze“ zu einer „Serviceeinrichtung für Hochschulzulassung“ betrieben. Die-

¹⁰ Solche Images bilden sich typischerweise aus kumulierten Sekundärinformationen. Sie betreffen für die ostdeutschen Standorte vor allem Fragen der allgemeinen Lebensqualität, die im Vergleich zu westdeutschen Städten häufig als geringer wahrgenommen wird (was einer empirischen Überprüfung heute meist nicht mehr standhält); des Grades der Aufgeschlossenheit der einheimischen Bevölkerung gegenüber Zugewanderten, wobei nach wie vor die (beiderseitige) Wahrnehmung habitueller Unverträglichkeiten das Bild prägt; schließlich, als gravierendstes Imageproblem, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt. Eine Befragung von Unternehmen ergab, dass mit 40 % der ostdeutschen Betriebe doppelt so viele Unternehmen wie in Westdeutschland angeben, dass in Bewerbungsgesprächen Kriminalität, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt thematisiert werden, und dass siebenmal häufiger als in westdeutschen Betrieben in ostdeutschen Unternehmen diesbezügliche Ängste von Bewerbern hinter Stellenabsagen vermutet werden. „Die sich abzeichnende Problematik für die Neuen Länder verschärft sich, wenn man den Blick auf Unternehmen richtet, die einen Schwerpunkt im Bereich von Hochtechnologien, oftmals verbunden mit Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (F&E) haben.“ (Bussmann/Werle 2004: 96, 98)

se könnte zur kapazitätsgemäßen Belegung der ostdeutschen Studienplätze beitragen.

- (b) Eine dirigistische Lösung könnte allerdings leicht föderalismus-, hochschulautonomie- und/oder grundrechtswidrig sein bzw. werden. Daher dürfte eher eine möglichst wenig dirigistische, statt dessen eher *anreizgestützte Steuerung der Studienplatzausschöpfung* zu entwickeln sein. Diese kann durchaus auf der Annahme aufbauen, dass der Nachfragedruck auf die westdeutschen Hochschulen zu Ausweichbewegungen in Richtung Osten animiert.

Allerdings müsste die West-Ost-Wanderung eine sehr beträchtliche Größenordnung haben, um die ostdeutschen Kapazitäten tatsächlich auszulasten: Von den 47.000 Studienanfängern des Jahres 2006 kamen nur 5.000 aus den wBL und 6.000 aus dem Ausland, das waren insgesamt 23 %. „Um den Rückgang der ‚eigenen‘ Studienberechtigten ausgleichen zu können, müssten jedes Jahr wohl rund 25.000 Studienanfänger aus den alten Ländern oder dem Ausland kommen, d.h. die Zahl müsste sich mehr als verdoppeln“ (Dohmen 2007a: 6). Daher sind hier kluge Anreize zu setzen: Diese müssen sämtliche Trägheitsmomente, die im Rahmen von Bildungswegentscheidungen auftreten, neutralisieren. Übrigens haben solche auf Anreizwirkungen setzende Lösungen anspruchsvolle Voraussetzungen:

- Es sind die *Zielgruppen* der Ansprache präzise zu identifizieren, um zielgruppenspezifische Angebote unterbreiten zu können.
- Die ostdeutschen Hochschulen dürfen sich von der allenthalben zu vernehmenden „Wir wollen nur die Besten“-Rhetorik nicht in eine ‚*Exzellenz-Falle*‘ treiben lassen: Es ist keineswegs ehrenrührig, auch junge Menschen auszubilden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung ohne Bestnoten erworben haben. Kluge Gestaltungen von Lehr-Lern-Prozessen vermögen aus heterogenen Lerngruppen didaktische Funken zu schlagen, statt in ihnen lediglich Zusatzbelastungen wahrzunehmen.¹¹

¹¹ Vgl. hier aber den sächsischen Ministerpräsidenten auf einer Tagung zum Thema: „Milbradt verwahrte sich ... dagegen, nicht ausgelastete ostdeutsche Hochschulen zukünftig als Auffangbecken für die von den westdeutschen Hochschulen abgelehnten Bewerber anzusehen: Die ‚zweite Garnitur‘ der Studienanfänger sei an den Hochschulen der neuen Länder ebenso unerwünscht wie an denen des Westens. [...] Welche Instrumente dazu geeignet sein könnten, die erste Garnitur der Studienanfänger nach Mittweida und Cottbus zu locken, blieb in Milbradts Ausführungen aber offen.“ (Scholle 2007: III)

- Die Lösungen dürfen nicht auf Wunschideen oder spontan plausiblen Alltagstheorien aufbauen, sondern müssen bei den *Ursachen* ansetzen, die der als änderungsbedürftig erkannten Situation zugrunde liegen. Hier sind insbesondere drei Fragen zu beantworten:
 - Warum wandern besonders zahlreich bildungs- und aufstiegsorientierte Frauen unter den ostdeutschen Studieninteressierten an westdeutsche Hochschulen ab?
 - Warum ist die Studierendenquote in den relevanten Altersjahrgängen im Osten geringer als im Westen?
 - Warum ist die gesamtdeutsche studentische Mobilität so gering ausgeprägt?
- Da es keinen Königsweg gibt, um die ostdeutschen Studienplätze zu füllen, werden ganz verschiedene Wege zu beschreiten sein. Diese sollten, um sich nicht gegenseitig zu neutralisieren, miteinander *synchronisiert* sein.

Es geht mithin um ein *systematisches Konzept*. Elemente eines solchen Konzepts können sein:

(1) Zielgruppen definieren:

Winter (2007: 5f.) nennt sieben potenzielle Zielgruppen, welche die frei werdenden Studienplätze im Osten Deutschlands einnehmen könnten:

1. *Abiturienten aus den westlichen Bundesländern*: Dies ist der von der Politik favorisierte Weg, der weniger das ostdeutsche Auslastungsproblem bearbeiten als vielmehr das Kapazitätsproblem im Westen abmildern soll.
2. *Studierende aus Westdeutschland*, die im Rahmen ihres Erststudiums ihren Studienort gen Osten verlagern. Eine besondere Teilgruppe hiervon wären die Studierenden, die aus den öBL stammen, aber bereits im Westen studieren.¹² Denkbar wäre auch, dass Absolventen der Erststudiengänge an die Ost-Hochschulen wechseln, um dort ein Master-Studium zu beginnen.
3. Es kann eine *höhere Quote an Abiturienten* und eine *höhere Übergangsquote* vom Gymnasium an die Hochschule angestrebt werden,

¹² Zur ‚West-Ost-Rückkehrer-Problematik‘ gibt es einige Initiativen, die sich prinzipiell an alle Gruppen potenzieller Rückkehrer richten: vgl. <http://www.bmvbs.de/beauftragter/Gesellschaft-staerken/Demografie-,1861.948052/Abwanderung-stoppen-Rueckwande.htm>; <http://www.menschen-fuer-sachsen-anhalt.de/>; <http://www.mv4you.de/> (Zugriffe 11.6.2007); Dienel et al. (2005) und Beck (2005).

um mehr Studienanfänger aus den entsprechenden ostdeutschen Jahrgangshohorten zu rekrutieren. Zwar zeigen die zukünftigen Studienberechtigten aus den west- und ostdeutschen Ländern eine nahezu identische Studierbereitschaft. Jeweils 63% möchten sicher oder wahrscheinlich studieren. Weitere 12% bzw. 13% geben an, eventuell ein Studium aufnehmen zu wollen. Keinerlei Studienabsichten bekunden 15% der westdeutschen und 17% der ostdeutschen Schüler/innen in den Abschlussklassen (Heine et al. 2007: 22). Allerdings: „Hinter den identischen Quoten der Studierneigung für Ost- und Westdeutschland verbergen sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern (...). Die höchste Studierneigung weisen die Schüler/innen in Sachsen-Anhalt auf (69%–82%), dicht gefolgt von Bremen, Bayern, Niedersachsen und Hessen“ (ebd.).

4. *Ostdeutsche Studienanfänger/innen, die an einer westdeutschen Hochschule studieren möchten*, können bewogen werden, sich entgegen ihrer bisherigen Absichten an Ost-Hochschulen einschreiben.
5. Die *Verringerung der Studienabbruchquote* an ostdeutschen Hochschulen könnte die Studierendenzahl erhöhen.
6. Eine Erhöhung der Anzahl *ausländischer Studierender* bietet eine weitere Möglichkeit, das ‚Studentental‘ zu überbrücken.¹³
7. Schließlich stellt die Ausweitung der *wissenschaftlichen Weiterbildung* – auch im berufsbegleitenden Modus –, incl. zum Master führender Studiengänge, eine Chance dar, regional zusätzliches Studierendepotenzial zu erschließen.

Die einzelnen ostdeutschen Hochschulen werden Entscheidungen treffen müssen, welche Zielgruppen sie vorrangig ansprechen möchten. Auf dieser Grundlage kann dann definiert und umgesetzt werden, wie die Ansprache konkret gestaltet werden soll.

(2) Dämpfung der Abwanderungsneigung ostdeutscher Studienanfänger/innen:

Die Ursachen der Ost-West-Wanderung lassen sich so zusammenfassen:

- Mit einem Studium werden von den Studienanfänger/innen überwiegend extrinsische Motive verbunden, die auf die *berufliche Verwertbarkeit des Studiums* auf dem Arbeitsmarkt orientieren. Dies kollidiert

¹³ Vgl. dazu bereits laufende (nicht auf Ostdeutschland fokussierte) Initiativen: <http://www.gate-germany.de/>, <http://www.campus-germany.de> und <http://www.hi-potentials.de> (Zugriffe 11.6.2007). Vgl. auch HRK/DAAD (2002).

damit, dass die Zukunftsaussichten der ostdeutschen Regionen verbreitet geringer bewertet werden als die westdeutscher Regionen. Das wiederum wird individuell übersetzt in die Prognose schlechter Chancen bezüglich studienbegleitender Jobmöglichkeiten und Praktika sowie Berufsaussichten nach dem Studium.

- Das *Studienangebot* muss mit eigenen *fachlichen Interessen* korrespondieren. Daher erzeugt eine regional eingeschränkte Fächerbreite bei den Studienangeboten Abwanderungsverluste. Der Grund: Wenn es das Studieren des Wunschstudienfaches ohnehin erfordert, die Region zu verlassen, dann wird die erzwungene Mobilität in eine Region mit positiver Zukunftsprognose gelenkt – also typischerweise nach Westdeutschland.
- Die starke *Abwanderung bildungs- und aufstiegsorientierter junger Frauen* stellt ein besonderes Problem dar: „Drei Viertel der aus Ostdeutschland Abwandernden sind Frauen, fast 90 % der aus Westdeutschland Zuwandernden Männer“ (Dohmen/Himpele 2007: 300). Als Gründe werden der hohe Anteil ingenieur- und naturwissenschaftlicher Fächer und deren für Frauen wenig attraktive Studiengestaltung vermutet (ebd.).

Wenn diese Gründe für die starke Abwanderungsneigung ostdeutscher Studienanfänger und vor allem -anfängerinnen aktiv bearbeitet werden sollen, so liegen folgende Maßnahmen nahe:

- Der *Fachkräftemangel* in der regionalen Wirtschaft Ostdeutschland setzt heute bereits ein und verschärft sich zum Ende des Jahrzehnts. Vor diesem Hintergrund können ostdeutsche Hochschulen in vielen Fächern mit einer faktischen *Arbeitsplatzgarantie* nach Studienabschluss werben. Um dieses Versprechen dann auch tatsächlich einlösen zu können, müssen entsprechende Partnerschaften mit Kammern, regionalen Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und freien Trägern aufgebaut werden. Diese sollten dann auch bereits während der Studiums über Projektarbeiten, Praktika und Studienabschlussarbeiten wirksam werden.
- Es ist sicherzustellen, dass möglichst *breitgefächerte Fachangebote regional verfügbar* sind, um möglichst jedes individuelle Fachstudieninteresse in der Region bedienen zu können. Das bedeutet nicht, dass jede Hochschule über den kompletten Fächerkanon verfügen muss, aber doch jede Hochschulregion. Haushalterische Zwänge setzen hier sicher Grenzen. Innerhalb dieser kann aber immerhin dafür gesorgt werden, dass nicht ausgerechnet solche Studienangebote reduziert oder gar geschlossen werden, die regional nur einmal verfügbar sind. In Regionengrenznähe kann und sollte hierbei selbstverständlich das je-

weilige Hochschulangebot in der Nachbarregion in die Betrachtungen mit einbezogen werden.

- *Frauen sollten als spezielle Zielgruppe* ostdeutscher Hochschulen betrachtet und gezielt mit zielgruppengerechten Konzepten angesprochen werden: Hier schlagen Dohmen/Himpele (2007: 305, 307) zum ersten vor, einen erweiterten fachlichen Ansatz mit deutlich ausgebauten inter- und transdisziplinären Anteilen zu wählen, um Frauen jenseits der „spezifischen Frauenfächer“ anzusprechen. Zweitens sei eine bewusste Veränderung der in Deutschland nach wie vor ausgeprägten Rollenstereotype nötig, „die sich auch in Hochschulen bisweilen in Mobbing-ähnlichem Verhalten gegenüber Frauen in ‚typischen Männerdomänen‘ ausdrückt“. Zum dritten könnten Kinderbetreuungsplätze und flexible Studienmodelle für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Studium hilfreich sein.
- *Individuelle Studienwege* sollten zugelassen und darüber hinaus explizit begünstigt werden. Hierzu werden Brückenkurse für Quereinsteiger, duale Studienmöglichkeiten, größtmögliche Durchlässigkeiten zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung, zwischen den Hochschularten sowie zwischen Bachelor- und Master-Studiengängen benötigt. In diesem Zusammenhang kann auch die Trennung zwischen konsekutiven und nicht-konsekutiven Master-Studiengängen überdacht werden. (Dohmen/Himpele 2007: 307f.) Es sollte mithin keine formalen Gründe geben, die zur Abwanderung animieren.

(3) Erhöhung der Mobilitätsneigung westdeutscher Studienanfänger/innen:

Auch wer die Mobilitätsneigung von West nach Ost erhöhen möchte, muss sich zunächst Klarheit verschaffen über die Ursachen der zu bearbeitenden Probleme. Das sind die allgemeine Immobilitätsneigung deutscher Studieninteressierter sowie ein ostbezogenes Vermeidungsverhalten:

- Für die Aufklärung der (Im)Mobilitätsgründe ist die Kenntnis der *Hochschulwahlgründe* entscheidend. Hier werden in empirischen Befragungen von Studienanfängern mit westdeutscher Hochschulzugangsberechtigung als „wichtige Gründe“ besonders häufig genannt: Korrespondenz von Studienangebot und eigenen fachlichen Interessen sowie regionale und soziale Bindungen. Unter „entscheidende Gründe“ werden von ihnen genannt: hochschulinterne Bedingungen sowie regionale Bindungen. (Heine 2006)

- Die Studienangebote in Westdeutschland sind in allen Fächergruppen weitgehend flächig vorhanden. Das heißt: Hier bestünde eine Chance ostdeutscher Hochschulen, an das Hochschulwahlmotiv „Korrespondenz von Studienangebot und eigenen fachlichen Interessen“ anzuknüpfen, allein darin, *besonders interessante Studienangebote* zu unterbreiten – z.B. flexible Fächerverknüpfungsmöglichkeiten oder innovative didaktische Konzepte.
- Die *Studienbedingungen* sind im Osten typischerweise gut bis sehr gut. Wenn dies dennoch nicht zum Wandermotiv wird, dann handelt es sich also um ein *Informationsproblem*. Darauf wird unten zurückzukommen sein.
- Die *regionalen und sozialen Bindungen* werden sowohl unter „wichtige Gründe“ als auch unter „entscheidende Gründe“ genannt. Sie spielen offenkundig eine besondere Rolle. Es stellt sich die Frage, welche Ursachen dem wiederum zugrunde liegen. Bock (2001) gibt hier Hinweise: Studienanfänger/innen seien geprägt durch „Desorientierung mit starken Insuffizienzgefühlen“. „Die Desorientierung beinhaltet ... vor allem die persönlichen Verhaltensunsicherheiten und die psychosozialen Probleme, die natürlich sind und immer dann entstehen, wenn ein vertrauter sozialer Zusammenhang (z.B. die Schule, die Familie) verlassen und ein unbekanntes soziales Beziehungs- und Interaktionsfeld (die Hochschule) betreten wird.“ Hinzu treten der „lebensgeschichtliche Aspekt und die Bedeutung, die die Aufnahme eines Studiums für die Persönlichkeitsentwicklung des Studienanfängers ... als Adoleszenten im Zusammenhang mit seiner ... Identitätsentwicklung (z.B. durch Ablösung vom Elternhaus etc.)“ hat. (Ebd.: 2, 4)
- Zugleich kommt eine Erhebung des CHE zu dem Ergebnis, dass die oft zitierte Einschätzung, die Nähe zu ‚Mamas Waschmaschine‘ sei der ausschlaggebende Hochschulortswahlgrund, nicht bestätigt werden könne. Vor dem Kriterium „Nähe zum Heimatort“ rangierten bei den befragten Gymnasiasten die Motive „Atmosphäre am Hochschulort“, „(finanziell) günstige Lebensbedingungen“ und „Freizeitangebote am Hochschulort“. (Hachmeister/Harde/Langer 2007: 61) Dies erklärt allerdings noch nicht die Immobilität von 87 % der deutschen Studienanfänger.¹⁴

¹⁴ wobei in der Würdigung der zitierten Untersuchung etwaige Verzerrungen durch Repräsentativitätseinschränkungen in Rechnung zu stellen sind, da etwa die Hälfte der Befragten an einer Online-Befragung teilnahmen, die „insofern nicht für alle potenziellen Studierenden repräsentativ (ist), als die dort erfassten Befragten bereits ein hinsichtlich der Intensität der Entscheidungsprozesse deutlich von der Norm abweichendes Verhalten aufweisen“ (Hachmeister/Harde/Langer 2007: 91).

- Beide Ergebnisse lassen sich jedoch in folgender These zusammenführen (vgl. auch Heublein 2001: 106): Einerseits nutzen sehr viele Studienanfänger/innen die Chance, mit Studienbeginn die Loslösung vom Elternhaus einzuleiten und erstmals in ihrem Leben eine eigene Unterkunft zu suchen. Andererseits wählen sie dafür ganz überwiegend Hochschulorte im eigenen oder einem Nachbarbundesland – anders gesagt: etwa innerhalb eines Einstundenradius vom Herkunftsort. Vor dem Hintergrund der von Bock (2001) geschilderten Verhaltensunsicherheiten in der biografisch völlig neuen Situation an der Hochschule lässt sich formulieren: Studienanfänger begeben sich, indem sie ein Studium aufnehmen, in der Regel erstmals in ihrem Leben in eine weitgehend selbstverantwortete Situation. Diese Situation ist unbekannt, und daher geht dieser Schritt einher mit der grundsätzlichen Erwartung, dass individuelle Krisen jeglicher Art auftreten können – Studienversagen, soziale Ablehnung, Geldprobleme, Liebeskummer, Prüfungsangst usw. Für solche *potenziellen Krisenfälle* wird die Rückgriffsmöglichkeit auf die familialen und sonstigen heimatlichen Unterstützungsstrukturen als existenziell notwendig erachtet, und deshalb sollte die ggf. notwendige Heimfahrt nicht länger als eine Stunde in Anspruch nehmen.
- Das explizite Meiden ostdeutscher Hochschulen deshalb, weil sie in Ostdeutschland liegen, ist ein *Standortimage-Problem*. Dieses zu beheben, fällt in die Zuständigkeit der Regionalpolitik. Dabei kann es nur so weit um Imagekampagnen gehen, wie ein bestimmtes Standortimage der konkreten Standortsituation nicht entspricht. Wo beides jedoch zusammenfällt, wird allein die Erarbeitung positiver regionaler Zukunftsaussichten durchschlagende Änderungen bewirken können. Die Hochschulen sollten und müssen daran mitwirken, können jedoch nur ein Teil regionaler Entwicklungsnetze sein, zumal positiv veränderte Zukunftsaussichten hinsichtlich des Images *kurzfristig* nichts bewirken: Images ändern sich vom Negativen zum Positiven nur langsam (anders als in der umgekehrten Richtung). Jenseits dessen können Hochschulen aber auch solche Angebote entwickeln und bewerben, die dafür sorgen, dass ein Teil des negativen Standortimages durch ein um so positiveres Hochschulimage neutralisiert wird.

Sowohl um allgemeine West-Ost-Mobilitätsanreize zu setzen als auch negative Standortimages in Teilen zu neutralisieren, sind also besondere Angebote vonnöten. ‚Besonders‘ heißt in diesem Falle: in dieser Weise an westdeutschen Hochschulen nicht vorhanden, westdeutsche Hochschuldefizite vermeidend und statt dessen so attraktiv, dass der Mobilitätsanreiz stärker ist, als es die Immobilitätsgründe sein könnten. Dazu nun im wei-

teren unter den Stichworten „Rundum-Sorglos-Pakete“ und „Verbesserung der Lehr- und Betreuungsqualität“.

(4) Rundum-Sorglos-Pakete:

Der Begriff spitzt ein wenig zu. Selbstredend soll keine Unselbstständigkeit der Studierenden gefördert werden. Auch geht es nicht darum, den Studienanfängern ein Leben ohne Probleme in Aussicht zu stellen. Angeregt werden soll mit dem Begriff „Rundum-Sorglos-Pakete“ jedoch eines: sich auch in (Ost-)Deutschland einigen – in anderen Hochschulsystemen selbstverständlichen – Aufgaben der Studierendenbetreuung zu öffnen. Die spezifischen Probleme der ostdeutschen Hochschulen könnten eine Chance sein, zumindest in einem Teil der Bundesrepublik auf ein internationales Niveau der Studierendenbetreuung zu gelangen. Die anderen Landesteile könnten dann nachziehen, z.B. weil nach 2020 überall die Studierenden knapp werden.

Studierende kommen an eine Hochschule, um zu studieren, also sich Inhalte und Kompetenzen zu erarbeiten und diese zu vertiefen. Sie kommen nicht an eine Hochschule, um stundenlang wegen einer (zudem ungewissen) Seminareinschreibung anzustehen, so zeitintensive wie trickreiche Beziehungen zu suboptimal funktionierenden Verwaltungseinheiten aufzubauen oder die Schwächen ihrer Professoren im Zeitmanagement durch eigene Anstrengungen auszugleichen. Wo sich Studierende in rollenfremden Tätigkeiten aufreiben, die sie eigentlich gar nicht erlernen sollen und für die es häufig gesondertes Personal gibt, dort wird mit individueller Lebenszeit leichtfertig umgegangen – oder um es hochschulreformkompatibel zu sagen: Das ist weder effizient noch studienzeitverkürzend. Die allfällige Rede von der „Hochschule als Dienstleistungsunternehmen“ könnte sich zumindest an dieser Stelle als eindrucksvoll umsetzbare Handlungsmaxime erweisen.

In diesem Sinne sollten die ostdeutschen Hochschulen mit einer ersten Botschaft für sich werben – und sie einlösen: „Bei uns können Sie *studieren*. Um alles andere kümmern wir uns“. Eine zweite Botschaft sollte daran anknüpfen, dass insbesondere Studienanfänger/innen – adolescent, verhaltensunsicher und in potenzieller Krisenerwartung – besondere sozial-emotionale Sicherheitsbedürfnisse haben. Diese könnte daher lauten: „Bei uns sind Sie nur dann allein, wenn Sie es wirklich mal wollen. Vor allem aber sind Sie bei uns Mitglied einer Hochschul*community*“. Um diese beiden Kernbotschaften glaubwürdig zu vermitteln und einzulösen,

sollte ein ‚Rundum-Sorglos-Paket‘ insbesondere folgende Elemente enthalten:

- So elementare wie heute keineswegs selbstverständliche Voraussetzungen sind zunächst zweierlei: zum einen ein differenziertes und niedrigschwellig zugängliches *Studieninformationssystem* im Internet und zum anderen die sofortige und kompetente *Reaktion auf Vorab-Anfragen* von Studieninteressierten. Die Reaktion muss die Botschaft vermitteln: Bei uns sind Sie willkommen, wir freuen uns auf Sie! In diesen wichtigen Bereich des Erstkontakts müssen entsprechende Ressourcen fließen, und ein Qualitätsmanagement hat hier vor allem zwei Dinge zu klären und sicherzustellen: die Reaktionsgeschwindigkeit (nicht länger als 24 Stunden, andernfalls ist das potenzielle Interesse bereits mit einer negativen Emotion verknüpft) und die Reaktionsweise.
- Die *Unterkunft* am Hochschulort muss nicht zwingend ein Problem des oder der Studierenden sein, auch wenn das bislang so ist. Immerhin kennen sich die meisten Studienanfänger/innen typischerweise weniger am Ort aus als das langjährig mit der Stadt vertraute Personal der Hochschule. Unter Effizienzgesichtspunkten versteht es sich daher von selbst, wer die besseren Organisatoren von Unterkünften wären. Ostspezifisch tritt hinzu, dass nahezu alle Städte hohe Wohnraumleerstandsquoten aufweisen. Hier liegen daher, neben den Angeboten des Studentenwerks, Kooperationen mit den lokalen Wohnungsgesellschaften nahe, die auf diese Weise ihre Leerstandsprobleme lindern können.
- *Aktive Gestaltung einer Orientierungsphase*: Heute üblich sind vielerorts Einführungswochen, die häufig von den Fachschaften (mit)organisiert werden. Das ist verdienstvoll, aber nur eine Behelfsvariante, zumal es dabei üblicherweise lediglich um eine *Orientierungswoche* geht. Angemessenerweise sollten Orientierungsphasen ein halbes oder ganzes Jahr dauern.
- Die *erste Woche* sollte mit Einführungsveranstaltungen von Zentraler Studienberatung, Studienfachberatung, Hochschullehrern und Studierendenvertretung gefüllt sein – und natürlich mit praktischen Beispielen für die weniger ernsten Seiten des Studentenlebens. Stadtführung mit stadthistorischer Einführung und Begrüßung im Rathaus durch den Bürgermeister können die Bindung an den Ort vom ersten Tag an fördern.
- Unterstützung durch *studentische Tutoren* höherer Semester, z.B. durch die Möglichkeit für jeden Studienanfänger, „sich in der Woche vor Vorlesungsbeginn bis in die ersten Semesterwochen hinein einer

von Mentoren/Tutoren betreuten Erstsemester-Kleingruppe in seinem Fach/Studiengang anschließen zu können“:

„Hier hat jeder Studienanfänger Gelegenheit, andere Erstsemester aus seinem Fach kennenzulernen und mit ihnen gemeinsam seine Studienplanung und den Veranstaltungsplan für das erste Semester zu erarbeiten. Der Mentor (...) unterstützt den Orientierungsprozeß und moderiert die Arbeit der Erstsemester.“ (Bock 2001: 6)

- Ein vergleichbares *Mentoring* könnte sich auch durch das gesamte Studium ziehen – nicht als Zwangsgemeinschaft wie in den DDR-Seminargruppen, sondern als Angebot von Kleingruppen bis zum Bachelor-Abschluss. Für die Mentorenrolle läge es nahe, Master-Studierende zu gewinnen (denen dies zugleich als ein Schlüsselqualifikationsmodul angerechnet werden könnte).
- Dabei ist zu beachten, dass *Tutoren und Mentoren* nur dann zweifelnsfreien Nutzen stiften, wenn sie auf ihre Tätigkeit vorbereitet wurden und durch Wissenschaftler/innen begleitet werden.
- Tutoren- und Mentoren-Programme können nicht nur ein Argument für die Hochschule bei den Studierenden sein, sondern ebenso ein Argument für diejenigen, die sich für eine solche Tätigkeit interessieren: Die Aussicht auf in der Hochschule angesiedelte, mithin in irgendeiner Weise *studiennahe Jobmöglichkeiten* kann für Studierende, die auf studienbegleitende Nebentätigkeit finanziell angewiesen sind, ein starkes Argument für eine Hochschule sein.
- Homogene *Studieneingangsvoraussetzungen* bei allen Studienanfängern sind eine bildungspolitische Fiktion. Statt ihr anzuhängen, sollten die Hochschulen Umgangsweisen mit der Heterogenität entwickeln. Zum Beispiel können den Studienanfängern geeignete Tests oder Klausuren angeboten werden, die ausschließlich einem Ziel dienen: der Feststellung etwaiger Lücken in den fachlichen Grundkenntnissen und -voraussetzungen – gekoppelt mit einem Beratungsangebot zur Lückenaufarbeitung, wofür wiederum die Hochschule entsprechende Angebote unterbreitet: Brückenkurse, etwa durch studentische Tutoren oder denkbar auch als IT-gestützte Selbstlernprogramme (Bock 2001: 6).
- Das Ergebnis der Orientierungsphase kann durchaus auch eine *fachliche Neuorientierung* sein (so wie sie heute schon bei einem Fünftel der Studierenden stattfindet). Der sich anschließende Fachwechsel aber ließe sich auf dieser Grundlage, in einer orientierten Art und Weise, als ein produktiver Neubeginn – statt als individuelles Scheitern – wahrnehmen und vollziehen.

- Auch nach dem Orientierungsjahr sind *Angebote zu persönlicher Beratung* seitens Zentraler Studienberatung, Studienfachberatung, Hochschullehrern, Studierendenvertretung und Studentenwerk notwendig. Dabei geht es, neben der Bewältigung der Studieneingangsphase, vor allem um die Gewissheit, dass bei künftigen Schwierigkeiten professionelle Beratung zur Verfügung steht. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, um zu einem Studium in größerer Entfernung vom elterlichen Heimatort zu motivieren.
- Nicht jede Hochschule ist eine Campushochschule, doch nahezu jede verfügt über einen innerstädtisch zentral gelegenen Gebäudekomplex, der Campuseigenschaften aufweist. Insofern kann sich auch jede Hochschule als *Campushochschule* inszenieren. Dies zu tun, wäre durchaus ratsam, denn auf diese Weise können die studentischen Anschlussbedürfnisse auf einen klar identifizierbaren Ort gelenkt werden. So ließe sich dem Aufkommen von Fremdheitsgefühlen vom ersten Tage an begegnen. Bislang sind die Hochschulgebäude üblicherweise mit dem Ende der letzten Lehrveranstaltung des Tages verwaist, dunkel und abgeschlossen. An vielen künstlerischen Hochschulen hingegen lässt sich besichtigen, wie es anders aussehen kann. Ein Element des Konzepts könnte also sein, einen innerstädtischen Gebäudekomplex mit entsprechender räumlicher Eignung als Campus der Hochschule zu inszenieren. Das hieße: Dort sollten besonders viele soziale, kulturelle und Geselligkeitsaktivitäten, die an der Hochschule stattfinden, konzentriert werden. Dort sollte es Gastronomie geben. Dort sollten die Lichter nicht zu studententypischen Zeiten ausgehen, und, besonders wichtig in kleineren Hochschulstädten: auch wenn die Stadt schon schläft, sollte dort noch offen sein. Dort, so sollte jeder Student wissen, treffe ich auch um null Uhr noch jemanden, mit dem sich ein Bier trinken lässt. WirelessLan, soweit noch nicht vorhanden, wäre zumindest an diesem Ort als Grundausstattung einzurichten.
- Ein *Kulturpass* für alle Studierenden kann sowohl ein Gastlichkeits-signal der jeweiligen Stadt und ihrer Einrichtungen sein, wie er auch den Erstkontakt zu den städtischen bzw. regionalen Kultureinrichtungen erleichtern kann. Ein erster Besuch sollte grundsätzlich kostenfrei, weitere Besuche rabattiert sein.
- Ein ähnlicher Effekt ließe sich über einen *Gastronomiepass* erreichen, wenn sich hinreichend viele Restaurant- und Kneipenbesitzer finden lassen, die zu Rabatten für die ortsansässigen Studierenden bereit sind.
- In Orten, die über eine etwas leistungsfähigere regionale Wirtschaft verfügen, ließe sich auch über ein Sponsoringmodell nachdenken, um allen Studierenden ein *Laptop* oder/und ein *Fahrrad* anzubieten. Nicht

alle Studenten würden auf dieses Angebot zurückgreifen (was die Kosten begrenzte), aber es wäre sichergestellt, dass alle vergleichbar technisch ausgestattet sind. Denn ein Studium ohne Laptop und Fahrrad schränkt die kommunikative und räumliche Mobilität so sehr ein, dass manche studienbezogenen Gruppenaktivitäten deutlich limitiert wären.

Weiterführenden Ideen sind keine Grenzen gesetzt.

(4) Verbesserung der Lehr- und Betreuungsqualität und innovative Studienangebote:

Hier geht es zunächst darum, bis vor kurzem vorhandene bzw. teils noch bestehende Qualitätsvorsprünge der ost- gegenüber den westdeutschen Hochschulen wiederzuerlangen, zu halten und auszubauen. Um zu einer angemessenen Situationseinschätzung zu gelangen, können die diversen Studienrankings genutzt werden. Ihre Auswertung liefert Informationen über Binnen- und Außenwahrnehmung sowie Reputation. Deren Kenntnis ist die wesentliche Voraussetzung gezielter Schwächenbearbeitung.

Wie oben erwähnt, ist ein wesentliches Hochschulwahlmotiv die Korrespondenz von Studienangebot und eigenen fachlichen Interessen. Da die Studienangebote in Westdeutschland in allen Fächergruppen weitgehend flächig vorhanden sind, besteht eine Chance ostdeutscher Hochschulen, an dieses Hochschulwahlmotiv anzuknüpfen, allein darin, *besonders interessante Studienangebote* zu unterbreiten. Hier erscheint ein Nachdenken in folgenden (z.T. oben in anderen Zusammenhängen schon erwähnten) Richtungen denkbar:

- Angebot von Brückenkursen, um Kenntnislücken zu schließen;
- Tutoren-/Mentoren-System;
- Orientierungsjahr;
- flexible Fächerverknüpfungsmöglichkeiten;
- interdisziplinäre Studienanteile;
- Vermeidung strikter Fachbereichsgrenzen, statt dessen explizite Förderung der Begegnung von Studierenden unterschiedlicher Fächer und Fachkulturen im Studienalltag;
- Teilzeitstudienangebote;
- nichttraditionelle didaktische Konzepte (Lehrforschungsprojekte, begleitetes Selbststudium, Kleingruppenarbeit usw.);

- stärkere Berücksichtigung des Lehrengagements in der leistungsorientierten Besoldung;
- Berücksichtigung der spezifischen Qualifikationserfordernisse der ostdeutschen Unternehmen: „Dabei geht es nicht um kurzfristig verwertbares, arbeitsmarktnahes Wissen, sondern vor allem um Fähigkeiten und Kompetenzen... Insbesondere KMUs brauchen in vielen Bereichen eher vielseitig einsetzbare Mitarbeiter mit soliden Fachkenntnissen. Auch Spezialisten können sich dort nicht nur auf eine Sache konzentrieren“ (Dohmen/Himpele 2007: 302f.);
- Zusammenarbeit mit Unternehmen, freien Trägern und öffentlichen Einrichtungen der Region für Praktika, studienbegleitende Jobmöglichkeiten und Studienabschlussarbeiten.

Die allgemeine Studienreform- und Hochschuldidaktik-Literatur hält hier zahlreiche weitere Anregungen bereit.

(5) Steigerung des Anteils Studienberechtigter an den ostdeutschen Jahrgangskohorten und der Übergangquote Gymnasium – Hochschule:

Hierbei ist der zentrale Ansatzpunkt, die niedrige *Ausschöpfungsquote bei den weiblichen Studienberechtigten anzuheben*:

„Frauen stellen fast 60 % der ostdeutschen Studienberechtigten; der Frauenanteil an den ostdeutschen Hochschulen liegt im Durchschnitt bei 49 %. Während 87 % der studienberechtigten Männer ein Studium aufnehmen, sind es bei den Frauen nur 65 % ... Während der Unterschied zwischen Männern und Frauen im gesamten Bundesgebiet bei 11 Prozentpunkten liegt, sind es in den neuen Länder 23.“ (Dohmen/Himpele 2007: 300)

Die Bildungswegentscheidungen werden vor allem aufgrund der Prognose getroffen, welche beruflichen Chancen sich mit dem jeweiligen Abschluss eröffnen. Daher sind hier aktiv kommunizierte *Signale zu den Zukunftschancen* notwendig. Diese können wegen des Generationsübergangs in den ostdeutschen Betrieben und sonstigen Beschäftigungsstellen in den nächsten Jahren mit steigender Verbindlichkeit gegeben werden:

- Bereits heute gibt es ganze Berufsgruppen, in denen weit überdurchschnittlich viele Ältere arbeiten, besonders hervorstechend die Lehrer und Lehrerinnen in Brandenburg und Thüringen, gleiches gilt für Ingenieure, Chemiker und Physiker in allen öBL (Ebert/Kistler/Trischler 2007).

- Auch hier sind wiederum Verbindungen zwischen Hochschulen und künftigen beruflichen Einsatzorten, die bereits während des Studiums erfahrbar werden, hilfreich.
- Diese Verbindungen werden im übrigen auch von Seiten der Beschäftiger gesucht werden müssen: Nach Berechnungen des FiBS „wird ein Drittel des Ersatzbedarfs durch ausscheidende Akademiker nicht besetzt werden können. Geht man gar davon aus, dass nicht das Bachelor-, sondern erst das Master-Studium dem alten Qualifikationsniveau von Hochschulabsolventen entspricht, dann können wohl zwei Drittel der freiwerdenden Stellen nicht wieder besetzt werden. Der Wettbewerb um Fachkräfte wird gnadenlos werden“ (FiBS 2007).
- Angesichts dieses zu erwartenden Wettbewerbs kann es sich auch als nicht nur sinnvoll, sondern geradezu notwendig erweisen, dass ostdeutsche Beschäftiger spezielle, nur an einer (bestimmten) ostdeutschen Hochschule einzulösende Stipendien ausreichen. Eine besondere Adressatengruppe könnten hierbei wiederum Frauen in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen sein.

Schließlich sollte die *Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung* verbessert sowie die *zwischen Bachelor und Master* weit offen gehalten werden: Beides signalisiert, dass an den ostdeutschen Hochschulen Wert darauf gelegt wird, dass jeder seine individuellen Talente ausschöpfen kann und dabei keine künstlichen Barrieren im Wege stehen. Gefördert werden kann die Durchlässigkeit, indem die Hochschulen dynamischer als bisher Anerkennungs- und Anrechnungsverfahren entwickeln und dabei sowohl in der beruflichen Qualifikation als auch informell bzw. nonformal¹⁵ erworbene Kompetenzen einbeziehen. Auch hier gilt: Wer sich in Sachen Durchlässigkeit an die Spitze setzt, kann Innovationsgewinne einfahren. Wer darauf verzichtet, wird um die Sache selbst – etwas später – nicht herum kommen, dann allerdings keinen Wettbewerbsvorteil mehr daraus ziehen können.

(6) Werbung:

Sind schließlich die Zielgruppen definiert, Stärken und Schwächen identifiziert, letztere in Bearbeitung, Maßnahmen zur Erhöhung der einheimi-

¹⁵ Unterschieden werden vier Begriffe: formell – erworben in Bildungsinstitutionen, Bildungsprogrammen im Fernsehen u.ä.; informell – erworben außerhalb gezielter Programme (z.B. im Fernsehen); formal – anerkannt, bestätigt, zertifiziert (kann formell oder informell erworben worden sein); nonformal – nicht bestätigt (kann im Prinzip auch formell oder informell erworben worden sein).

schen Studierneigung ergriffen, Aktivitäten zur Gewinnung auswärtiger Studieninteressenten konzipiert und eingeleitet – dann können ergänzend auch Werbemaßnahmen ergriffen werden. Hier erscheint folgendes denkbar:¹⁶

- Anzeigen, Broschüren, Internetauftritte (z.B. Portallösungen) bereitstellen,
- Hochschulangebote auf Messen vorstellen und Schulbesuche durchführen,
- Info-Busse in die Zielregionen entsenden, um potenzielle ‚Wanderer‘ vor Ort anzusprechen,
- ‚Kurzstudienreisen‘ mit nur geringem individuellem Kostenbeitrag an die Ost-Hochschulen organisieren, ggf. auch als Klassenfahrt-Angebote,
- Durchführung von Befragungen der Studienberechtigten im Sinne der Aktionsforschung, um ihnen den Gedanken an ein Studium an einer ostdeutschen Hochschule nahe zu legen,
- Rundfunkaktionen: gemeinsame Sendungen mit Jugendsendern,
- Ansprechpartner der Studienorte zur Verfügung stellen (Telefon- und E-Mail-Adressen) und Garantie einer Antwort auf jede Anfrage innerhalb von zwölf Stunden (was dann natürlich auch eingelöst werden muss).

Keine kluge Werbemaßnahme hingegen wäre eine Kampagne unter dem Label „Ost“. Das allgemeine Image Ostdeutschlands ist affektiv nicht so besetzt, dass sich daran außerhalb des Siedlungsgebietes überwiegend positive Emotionen knüpfen würden. Stattdessen muss ein (negativer) Imagetransfer von Ostdeutschland auf die ostdeutschen Hochschulen vermieden werden. Deshalb sollten sich alle Werbemaßnahmen entweder auf konkrete Hochschulen oder auf spezifische Regionen beziehen. Der Slogan „Studieren in Nordostdeutschland“ z.B. würde die spontane Assoziation zur fremdenfeindlichen Prägung weiter Teile des ländlichen Milieus in Mecklenburg-Vorpommern vermeiden,¹⁷ und „Studieren an Elbe und Saale“ könnte die drei mitteldeutschen Länder zu einer symbolisch identifizierbaren Hochschulregion zusammenfassen.

¹⁶ unter Verwendung einiger Anregungen aus Winter (2007: 11f.)

¹⁷ die gleichwohl und selbstredend ein lösungsbedürftiges Problem darstellt, das nicht durch Imagekampagnen beseitigt werden kann. Allerdings stellt eine möglichst sichtbare Präsenz der Hochschulen – und das heißt vor allem: durch ihre Studierenden – einen zivilisierenden Faktor dar, der bei der aktiven Problembearbeitung unterstützend wirken kann.

12.3.2. Modellregion Nachwuchsförderung

In Ostdeutschland stehen ein wirtschaftliches und ein wissenschaftsspezifisches Nachwuchsproblem auf der Tagesordnung: zum einen der gefährdete Generationenübergang in den Unternehmen, zum anderen die mangelnde Bindungskraft der wissenschaftlichen Einrichtungen.

Der prognostizierte *betriebliche Fachkräftemangel* lässt sich als eine spezifisch ostdeutsche „demografische Falle“ (Lutz 2000) charakterisieren:

- Seit 1995 und bis etwa 2010 drängen wesentlich mehr Nachwuchsende in der Arbeitsmarkt als Austritte in Rente zu verzeichnen sind; die Folgen sind Arbeitslosigkeit bzw. Abwanderung. Mit dem Ende des laufenden Jahrzehnts jedoch wird sich das Verhältnis umkehren: Deutlich mehr Personen werden den Arbeitsmarkt verlassen als neu eintreten (ebd.: 210).¹⁸
- Auf den prognostizierten Fachkräftemangel kann in zweierlei Weise reagiert werden: (a) durch Anwerbung von Studieninteressierten mittels direkter Steuerung bzw. indirekt wirkender Maßnahmen wie Attraktions- und Qualitätssteigerungen – in der Erwartung, dass ein beträchtlicher Teil dieser Studierenden berufliche Chancen nutzt, die sich nach Studienende in Ostdeutschland bieten; (b) durch Produktivitätssteigerungen in den Unternehmen, die den Fachkräftemangel durch geringeren Fachkräftebedarf kompensieren – was aber nur für betriebliche Teilbereiche realistisch ist. Die zu erwartende Situation wird voraussichtlich so dramatisch, dass beide Wege beschritten werden müssen.

In den *Hochschulen* bezieht sich das Nachwuchsproblem vor allem auf die besonders leistungsfähigen jüngeren Wissenschaftler/innen. Die Problemursachen sind sowohl ostspezifischer als auch allgemeiner Art:

- Zum einen verfügen die ostdeutschen Städte, wie oben bereits ausgeführt, oft über eine negatives Standortimage, sind die Hochschulen bei der Vergütung an die Ost-Tarife gebunden bzw. mangelt es für außer-

¹⁸ Nach 1989 bildeten sich in einigen Wirtschaftsbereichen „ausgesprochene ‚Überlebensgemeinschaften‘ mit Fachkräften, die 1990 zwischen Mitte 30 und Anfang 50 waren und sich gemeinsam – oft mit hochwertigen, qualifikationsintensiven Produkten oder Leistungen – am Markt zu behaupten versuchten“. Diese Betriebe werden „in Bälde nennenswerte Teile ihrer heutigen Leistungsträger, Fach- und Führungskräfte, durch Übertritt in Rente verlieren, also genau in einer Zeit erstmals größere Quanten an Nachwuchskräften benötigen, in der der rapide Geburtenrückgang ab 1989/90 zu einer massiven Verknappung an Nachwuchskräften führt“ (Lutz 2005: 10f.).

tarifliche Bezahlungen an den finanziellen Spielräumen, und es fehlen häufig die Spitzenwissenschaftler/innen auf den Professuren, die besonders leistungsfähigen Nachwuchs anziehen.

- Zum anderen besteht im deutschen System akademischer Karrierepfade ein Mobilitätswang. Dieser führt organisationspolitisch zu einer Situation, die in einem Wirtschaftsunternehmen als absurd erscheinen würde: Hochschulen entwickeln mit beträchtlichem Aufwand ihren Nachwuchs mit dem Primärziel, möglichst gute Qualifizierungsergebnisse zu erreichen, und dem Sekundärziel, nach erfolgter Qualifizierung (und Vertragsablauf) dieses Personal an andere, häufig konkurrierende Institutionen abzugeben bzw. in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Organisationsinterne Karriereoptionen hingegen stehen praktisch nicht zur Verfügung. Da Ostdeutschland aber nur den weitaus kleineren Teil der Bundesrepublik bildet, findet schon aus Mengenrunden akademische Aufwärtsmobilität vorrangig in Ost-West-Richtung statt – entzieht also den ostdeutschen Hochschulen aus hochschulsystemimmanenten Gründen ihr eigenes mit einigem Aufwand herangebildete Nachwuchspotenzial.

Das Nachwuchsfördersystem in Deutschland weist daneben zahlreiche weitere Schwächen auf. Über neue Wege in diesem Bereich wird daher bundesweit diskutiert. Hemmnisse, die aus der akademischen Kultur resultieren, führen jedoch dazu, dass vergleichsweise kleine Veränderungen vergleichsweise viel Zeit und Kraft benötigen. Zugleich stehen die ostdeutschen Hochschulen unter dem Druck, dass ihre künftige Entwicklung wesentlich von ihren heutigen Anstrengungen zur Nachwuchssicherung abhängt. Daher erscheinen Initiativen denkbar, die notgedrungen geringere Widerständigkeit des akademischen Milieus in Ostdeutschland für Neuerungen zu nutzen, Ostdeutschland zu einer Modellregion für wissenschaftliche Nachwuchsförderung zu gestalten – gleichsam eine „Sondernachwuchszone Ost“. Diese sollte Nachwuchschancen schaffen, die in Westdeutschland (noch) nicht vorhanden sind, und damit den ostdeutschen Hochschulen Innovationsgewinne verschaffen.

Eine solche Modellregion könnte auf vier Säulen ruhen, die aus den jeweils folgenden Stichworten zu entwickeln wären: Zunächst sind gezielt finanzielle Anreize einzusetzen, die vor allem bestehende Nachteile zu den möglichen Alternativen – Arbeit in der freien Wirtschaft oder in westdeutschen bzw. ausländischen Hochschulen – ausgleichen müssten. Als zweite Säule muss die Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses sichtbar klar strukturiert und verbessert werden. Drittens ist die wissenschaftliche Arbeit als individuelle Lebensperspektive attraktiv – im

Sinne von Anerkennung und Verantwortung – sowie kalkulierbar zu gestalten. Zum vierten schließlich erscheinen einige Maßnahmen als sinnvoll, die auf organisatorischer bzw. politischer Ebene angesiedelt sind:¹⁹

(1) Finanzielle Ausstattung:

- Verbesserung der finanziellen Bedingungen in der Promotionsphase, z.B. durch Zweidrittel- oder volle statt halber Stellen;
- Stipendienprogramme für ausländische Promotionswillige, insbesondere aus Osteuropa;
- Schaffung von Leistungsanreizen mit der Möglichkeit, als Nachwuchswissenschaftler/in durch Spitzenleistungen Zugriff auf sächliche und personelle Ressourcen (z.B. studentische Hilfskräfte) zu erwerben.

(2) Betreuung:

- Offerte von Promotionsprogrammen (die zugleich den Fehler mancher bereits bestehender Programme vermeiden, durch zu viele Anforderungen außerhalb des Dissertationsprojekts das Promovieren in der vorgesehenen Zeit eher zu erschweren als zu erleichtern);
- in diesem Zusammenhang systematische Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Promotionsphase (mehr Betreuung, mehr Kommunikation und Kooperation mit anderen Promovierenden, mehr systematische Qualifizierung im fachlichen Bereich und insgesamt für die wissenschaftliche Berufstätigkeit, multiple Betreuung und Stärkung von Appellationsinstanzen usw.);
- Übernahme der Betreuungsverpflichtungen durch den Fachbereich als institutionelle Selbstverpflichtung, um das bislang allein individuell zu tragende Ausfallrisiko hinsichtlich des Promotionsbetreuers zu minimieren;
- Promotionszielvereinbarungen, die nicht allein Pflichten des/der Promovierenden, sondern auch der Betreuenden und des Fachbereichs fixieren;
- systematisches Monitoring des Promotionsgeschehens durch die Dekanate und die Hochschulleitung.

¹⁹ Nachfolgendes unter Verwendung einiger Anregungen aus Teichler (2007), König (2007) und Alexander von Humboldt-Stiftung (2007). Darüber hinaus hat *Karsten König*, HoF, zu einem ersten Entwurf der Liste wichtige Ergänzungen beigetragen.

(3) Lebensperspektive, Arbeitsbedingungen und Karriereplanung:

- im Rahmen der hochschulinternen Mittelverteilung zusätzliche Finanzzuweisungen an solche Fakultäten/Fachbereiche, die eine systematische und innovative Strategie zur Nachwuchsförderung entwickelt haben und umsetzen;
- frühzeitige Bindung von leistungsstarken Studierenden durch promovtionsvorbereitende Integration in Forschungsaktivitäten;
- explizite Ansprache von leistungsstarken Studentinnen hinsichtlich einer Promotion, möglichst untersetzt durch die Berücksichtigung entsprechender Erfolge bei der hochschulinternen Mittelverteilung;
- Promotionsmöglichkeiten mit einer Tenure-Track-Option offerieren, d.h. dem Angebot einer Übernahme in eine Beschäftigung nach der Promotion, sofern ein sehr guter Abschluss erzielt wurde;
- Einführung flacher Hierarchien, da hierarchische Strukturen von – insbesondere auslandserfahrenen – Nachwuchswissenschaftlern als besonders hinderlich und demotivierend empfunden werden;
- größere symbolische Anerkennung in einem früheren Stadium der Berufskarriere, z.B. durch großzügigere Schaffung von Junior-Professuren; denkbar wäre auch eine ‚Amerikanisierung‘ durch Einführung des Assistenzprofessorentitels für Postdocs auf der Grundlage einer sehr guten Promotion;
- Möglichkeiten zur frühzeitigen Übernahme eigenständiger Verantwortung durch Postdocs, etwa durch die Chance, Gruppenleitungen wahrzunehmen;
- darüber hinaus Schaffung hochschulinterner Aufstiegsmöglichkeiten im Sinne planbarer Karrieren, ggf. nach einer zeitweiligen Entsendung zu einem Arbeitsaufenthalt an einer in- oder ausländischen Hochschule, um auf die positiven Effekte akademischer Mobilität dennoch nicht verzichten zu müssen;
- um leistungsgefährdende ‚Nesthockereffekte‘ zu verhindern, sollten Tenure-Track-Stellen nicht automatisch zur Lebenszeitanstellung führen, sondern nur nach einer anspruchsvollen, extern begutachteten Tenure-Evaluation nach amerikanischem Vorbild;
- in diesem Zusammenhang Aufhebung des Hausberufungsverbots; W3-Professuren sind prinzipiell überregional auszuschreiben, aber interne Bewerbungen sind möglich;
- insgesamt Herstellung einer angemessenen Planungssicherheit für wissenschaftliche Karrieren, z.B. durch Eröffnung realistischer Chancen auf (leistungsgebundene) Dauerbeschäftigung ab etwa dem 40. Lebensjahr;

- Finanzierung der Transaktionskosten für Forschergruppen, die hochschulübergreifend vom Nachwuchs selbst organisiert werden;
- Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen für Eltern und eine insgesamt familienfreundliche Nachwuchspolitik, z.B. indem die Organisation der Kinderbetreuung (in einer Hochschul-, kommunalen oder Freien-Träger-Einrichtung) von der Hochschule übernommen wird;
- Angebot von Dual-Career-Optionen bzw. intelligenten Beratungen in Zusammenarbeit mit kommunalen und regionalen Akteuren, um qualifikationsangemessene Partner-Beschäftigungen in der Region zu ermöglichen;
- Karriereunterstützung durch Mentoring;
- Rückkehrerprogramme für frühere Absolventen der Hochschule;
- Nachwuchspatenschaften von Unternehmen, die wissenschaftlichen Nachwuchs in Bezug auf ihre langfristige Karriereplanung unterstützen und sich damit künftige Partner in der Hochschule und/oder eigenes Führungspersonal aufbauen;
- Anerkennung von in Unternehmen erworbenen Qualifikationen für eine wissenschaftliche Karriere;
- Gewinnung junger Nachwuchskräfte in Unternehmen als Honorar-Juniorprofessoren (statt als – da nicht nur finanziell, sondern auch symbolisch unattraktiv – Lehrbeauftragte);
- Übergangshilfen beim Ausscheiden aus der Wissenschaft als Beruf incl. anschließenden Kontakthaltens.

(4) organisatorische und politische Maßnahmen:

- Abbau der verbreiteten universitätsinternen Widerstände gegen kooperative Promotionen gemeinsam mit Fachhochschulen – wofür in den öBL durch die im gesamtdeutschen Vergleich deutlich höhere Forschungsaktivität der FH-Professorenschaft vergleichsweise gute Voraussetzungen bestehen;
- gemeinsame Berufungen von Nachwuchsgruppenleitern außeruniversitärer Institutionen auf Juniorprofessuren;
- Abbau der Nachteile für Personen des wissenschaftlichen Nachwuchses, die keine EU-Staatsangehörigkeit besitzen;
- Auslobung eines ostdeutschen Nachwuchspreises, z.B. in Verbindung mit einer mitfinanzierenden Stiftung und gekoppelt an die Offerte, an einer ostdeutschen Hochschule eine Nachwuchsgruppe aufbauen zu können;

- Beteiligung von Nachwuchswissenschaftlern an der Gestaltung von Programmen und Fördermaßnahmen;
- hochschulinterne oder -externe Evaluation der Nachwuchsförderung und ihrer Effekte.

Generell geht es darum, Attraktivität für Nachwuchswissenschaftler/innen sowohl aus Ostdeutschland selbst als auch von außen zu entwickeln. Mit dem absehbaren Ende einer wesentlich transferökonomisch induzierten Aufrechterhaltung der ostdeutschen Potenziale stellt sich fortschreitend dringlicher die Frage nach endogenen Entwicklungsressourcen der ostdeutschen Regionen. Hochschulen in strukturschwachen Gegenden tragen in besonderer Weise eine Verantwortung dafür, die regionalen Begabungsreserven möglichst umfassend zu erschließen und, wenn möglich, auch zu halten:

„Nach den Ergebnissen einer Studie in Sachsen-Anhalt knüpft etwa die Hälfte der Nachwuchswissenschaftler bei der Planung ihrer Promotionsvorhaben an Kontakte aus dem Studium oder Grundstudium an.²⁰ Nachwuchsförderung beginnt also schon im (Grund-)Studium. Das lässt sich zielgerichtet und vergleichsweise preiswert fördern über den Ausbau von Beschäftigungsmöglichkeiten über SHK-Stellen und Tutorenprogramme.“ (König 2007)

Auch haben die Hochschulen als große – häufig lokal größte – Beschäftiger einen Beitrag zu leisten, durch die Eröffnung von Perspektiven der beobachtbaren Massenabwanderung qualifizierter Frauen entgegenzuwirken bzw. die Zuwanderung von qualifizierten Frauen zu fördern.²¹

„Vor allem Wissenschaftlerinnen aus den westlichen Bundesländern sind gezielt nach Sachsen-Anhalt gekommen, weil sie dort ein ‚kinderfreundliches Klima‘ und entsprechende Infrastruktur erwartet (und vorgefunden) haben.²² Chancengleichheit kann daher als Standortfaktor noch stärker zur Anwerbung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit Familie genutzt werden. Hier dürften aber auch Anknüpfungspunkte bestehen, um die Rückkehrwilligkeit ehemaliger Landeskinder zu stärken.“ (König 2007)

²⁰ Schlegel/Burkhardt (2005: 50)

²¹ „Dreiviertel der aus Ostdeutschland Abwandernden sind Frauen, fast 90 % der aus Westdeutschland Zuwandernden Männer. Im Wintersemester 2004/05 betrug die Nettobilanz bei den Studierenden insgesamt 3.860 aus Westdeutschland zugewanderte Männer und 10.300 aus Ostdeutschland abgewanderte Frauen.“ (Dohmen/Himpele 2007: 300)

²² Schlegel/Burkhardt (2005: 51)

12.3.3. Zukunftsstrategien „Hochschule als Motor des regionalen Innovationssystems“

Die Wettbewerbsmodalitäten der Exzellenz-Initiative von Bund und Ländern setzten institutionelle Größen, Kapazitäts- und Leistungskonzentrationen an einzelnen Orten voraus, die im Osten außer in Berlin und Dresden kaum gegeben sind. Das dementsprechend unterdurchschnittliche Abschneiden der ostdeutschen Universitäten führte auch zu der Frage, ob nicht ein weiterer ergänzender Wettbewerb denkbar und nötig sei – ein Wettbewerb, der darauf zielt, nicht geringere Qualität, aber *andere* Qualitäten zu prämiieren.

Zunächst gab es die Idee, eine Exzellenz-Initiative für die Lehre ins Leben zu rufen, um insbesondere den ostdeutschen Hochschulen eine Chance zu geben, ihre spezifischen Stärken auszubauen. Dagegen ist vom Grundsatz her nichts einzuwenden, wenn damit Impulse für die Verbesserung der Lehre gegeben werden sollen. Problematisch aber wäre ein solcher Wettbewerb, wenn er vorrangig das Ziel verfolgte, den ostdeutschen Hochschulen Chancen auf die Beglaubigung von eingeschränkter Exzellenz zu verschaffen. Die Reduzierung der Ost-Hochschulen auf ihre (Aus-)Bildungsfunktion ließe sich als tendenziell diffamierend lesen.

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und die Heinz Nixdorf Stiftung beschriften einen anderen Weg. Sie schrieben einen Wettbewerb „Exzellenzstrategien für kleine und mittlere Hochschulen“ aus. Das Ziel des Wettbewerbs ist es, „innovative Modelle und Gesamtstrategien von Hochschulen zur individuellen Profilbildung“ zu identifizieren und zu fördern. Ausgezeichnet werden sollen „überzeugende Hochschulentwicklungs- und/oder -kooperationskonzepte“. In der Vorauswahl wurden auch zwei ostdeutsche Hochschulen (von insgesamt elf) für die Endauswahl nominiert.²³

Darüber hinaus stellt sich gleichwohl eine Frage: Gibt es eine spezifische Funktion der ostdeutschen Hochschulen, die durch die Suche nach überragender Qualität in der Grundlagenforschung, nach Lehrexzellenz oder nach innovativen Gesamtstrategien kleiner und mittlerer Hochschulen noch nicht (vollständig) abgedeckt ist? Diese gibt es in der Tat, wie oben²⁴ herausgearbeitet wurde: Den Hochschulen der öBL fällt infolge

²³ <http://www.stifterverband.de/site/php/foerderung.php?SID=&seite=Programm&programmnr=49&detailansprechnr=733> (Zugriff 14.9.2007). Die beiden ostdeutschen Hochschulen sind die FH Nordhausen und die Bauhaus-Universität Weimar.

²⁴ Punkt 12.2.9. Hochschulen und regionale Innovationssysteme

der Minderausstattung des Ostens mit privat finanzierter Industrieforschung eine *Kompensationsfunktion innerhalb der regionalen Wissenssysteme* zu.

Das ist eine zwar regional fokussierte, aber nicht regional begrenzte oder begrenzende Aufgabe: Um diese Kompensationsfunktion auszufüllen, müssen die Hochschulen regionale Wissensbedarfe bedienen, indem sie ihre jeweiligen Regionen an überregionale Kontaktschleifen der Wissensproduktion und -distribution anschließen. Gelingt dies, so vermögen die Hochschulen auch zu prägenden Akteuren in regionalen Innovationssystemen zu werden, und sie können dann auch mit dafür sorgen, dass Akteure des Wissenstransfers entstehen oder, soweit bereits vorhanden, befähigt werden, benötigtes Wissen in die Region zu holen.

Wenn das Ziel des Aufbau Ost selbsttragende Regionalentwicklungen sind, und wenn Hochlohngebiete (wie Ostdeutschland) eine vor allem wissensbasierte Wirtschaft benötigen, dafür aber im konkreten Falle eine wesentliche Voraussetzung fehlt, nämlich die angemessene Ausstattung mit privat finanzierter Forschung, dann liegt es nicht nur nahe, dass den Hochschulen hier eine besondere Funktion zuwächst. Vielmehr wird dies auch die *einzigste Chance* der ostdeutschen Hochschulen sein, die eigene Unentbehrlichkeit nachzuweisen, obwohl die Studienberechtigtenzahlen in den Sitzregionen stark zurückgehen. Jedenfalls wird eines kaum gelingen: die Aufrechterhaltung der heutigen Kapazitäten solcher Hochschulen, die Schwierigkeiten haben, ihre Studienplätze auszulasten, und dies nicht durch besondere regional wirksam werdende Anstrengungen auszugleichen vermögen. Dem stehen die an Schärfe gewinnenden Verteilungskonflikte zwischen den verschiedenen Politikfeldern bzw. Ressorts um die künftig verminderten Haushaltsmittel entgegen. Insofern ist für viele Hochschulen der Umstand, eine *Einrichtung mit regionaler Ausstrahlung* zu sein, keineswegs ein Makel, sondern *eine Chance und eine Herausforderung*.

Diejenigen Hochschulen jedenfalls, die sich heute auf den Weg machen, zentrale Pfeiler regionaler Innovationssysteme zu werden bzw. ihre bereits laufenden Aktivitäten auf diesem Weg zu intensivieren, werden vergleichsweise größere Chancen haben, ihre Kapazitäten bzw. Existenz dauerhaft zu sichern. Dabei ist nicht zu erwarten, dass punktuelle Initiativen hinreichen werden. Die Herausforderungen sind so komplex, dass auch hierfür *systematisierte Konzepte* nötig erscheinen. Immerhin geht es sowohl um Fragen der aktiven Akquisition von Studieninteressierten, der Nachwuchsgewinnung, -entwicklung und -sicherung, der Ausstattung

zentraler akademischer Positionen mit Spitzenpersonal, der möglichst weiträumigen Herstellung von Antragsfähigkeit in der allgemeinen Forschungsförderung bzw. gleichgewichtigen Vertretung der ostdeutschen Forschung darin, als auch der Kommunikationsfähigkeit mit regionalen Akteuren hinsichtlich deren spezifischer Bedürfnisse.

Hierzu sind ebenso interne Maßnahmen der hochschulischen Organisationsentwicklung vonnöten wie auch extern orientierte Aktivitäten. Zugleich geht es jeweils um Maßnahmen, die auf allgemeine Organisationsoptimierung zielen, und um solche, die unmittelbar auf inhaltliche Entwicklungen zielen. Was könnten mögliche Elemente solcher systematisierten Zukunftsstrategien sein? Nötig erscheinen etwa

- Strategische Partnerschaften zwischen Hochschulen und außerhochschulischen Einrichtungen, ggf. auch institutionalisiert in gemeinsamen Gründungen;
- Internationalisierungsstrategien, z.B. die Entwicklung neuartiger Finanzierungsmodelle für Austauschprogramme;
- Stufenpläne zur Herstellung der Antragsfähigkeit in der allgemeinen Forschungsförderung;
- der Aufbau von Kompetenzzentren für den Wissenstransfer;
- die Einrichtung von Forschungsfonds an Fachhochschulen, aus denen forschungsfördernde Aktivitäten (teil)finanziert werden, z.B. die Erstellung größerer Förderanträge oder Lehrdeputatsreduzierungen.

Drei mögliche Elemente von Zukunftsstrategien sollen im weiteren exemplarisch vorgestellt werden: OE-Konzepte, PE-Konzepte und Regionales Wissensmanagement. In einem letzten Unterpunkt werden Optionen für flankierende landespolitische Maßnahmen entwickelt.

Organisationsentwicklungskonzepte und Entbürokratisierungsinitiativen

Wenn die Finanzausstattung absehbar eher prekär (bleiben) wird, dann liegt es nahe, zunächst die Frage zu stellen, ob die verfügbaren Finanzmittel bereits optimal eingesetzt werden. Die Antwort auf diese Frage muss bei der Hochschulorganisation ansetzen: Soweit diese nur suboptimal funktioniert, werden in den organisatorischen Prozessen überflüssigerweise Mittel verausgabt, die dann selbstredend den Kernleistungsbereichen der Hochschule – Lehre, Forschung und Nachwuchsentwicklung – nicht zur Verfügung stehen. Umgekehrt sichert eine optimal funktionierende

Hochschulorganisation, dass möglichst große Anteile des Hochschulbudgets den Kernaufgaben zur Verfügung stehen.

Damit wird allerdings *nicht* zwingend für eine Ausgabenreduktion in der Hochschulverwaltung und den sonstigen wissenschaftsunterstützenden Bereichen plädiert. Es kann, im Gegenteil, auch sinnvoll sein, in diesen Funktionsbereichen ausdrücklich mehr Geld als bisher auszugeben – nämlich dann, wenn dadurch eine Entlastung der Kernleistungsbereiche von wissenschaftsfremden Tätigkeiten erfolgt. Ein solches Vorgehen führte dazu, dass das wissenschaftliche Personal größere Zeitbudgetanteile als bisher für seine eigentlichen Aufgaben aufwenden kann, indem es durch professionelle Dienstleistungen unterstützt wird.

Zugleich müssen Hochschulen wie die ostdeutschen, die weniger als andere mit besonders attraktiven Vergütungen bzw. Besoldungen und individuellen Ausstattungslösungen locken können, alternative Motivationsanreize erschließen, um besonders leistungsfähiges Personal zu binden. Ein solcher, an das intrinsische Interesse von Wissenschaftlern anknüpfender Anreiz könnte z.B. eine radikale Entlastung von bürokratischen Nebenfunktionen sein. Beides zusammen – Organisationsoptimierung und Erschließung intrinsischer Motivationsanreize – ließe sich in einer *Entbürokratisierungsinitiative* zusammenführen. Was hieße das konkret?

Angelehnt an New Public Management werden an deutschen Hochschulen seit etwa zehn Jahren neue Steuerungsmodelle eingeführt bzw. erprobt. Das geschieht in den einzelnen Ländern in unterschiedlicher Dynamik, Konsequenz und Modellausformung. Gemeinsam ist all diesen Bemühungen das Versprechen der Entbürokratisierung. Gleichzeitig ist die Neue Steuerung aber auch mit neuen Verfahrens- und insbesondere Dokumentationsanforderungen verbunden. Diese werden verbreitet als neue Bürokratisierung wahrgenommen.

Häufig finden sich wesentliche Teile der administrativen Anforderungen, die sich etwa aus Akkreditierungen, Evaluationen oder hochschulinternem Controlling ergeben, an das wissenschaftliche Personal weitergereicht. Drittmittelverwaltungen durch die Hochschuladministration, die mehr bürokratischen Aufwand beim Drittmittelwerb verursachen, als wenn dieser die Verwaltung selbst übernommen hätte; Reisekostenabrechnungen, deren Arbeitszeitaufwand beim abrechnenden Hochschulmitarbeiter den Rückerstattungsbetrag übersteigt – das und ähnliches sind Beispiele dafür, wie die Orientierung einer Hochschulverwaltung am bürokratischen Steuerungsmodus nicht nur Alltagsärgernisse erzeugt, sondern auch die Leistungsfähigkeit in Lehre und Forschung beeinträchtigt.

Hier muss nach Lösungen gesucht werden, liberale Handhabung vor Ort mit einer systematischen Kontrolle in der zentralen Verwaltung zu verbinden. Mit Drittmittelgebern könnten Modellprojekte der Abrechnung vereinbart werden. Qualitätssicherungssysteme ließen sich effektiv verbessern, wenn Liberalisierung als formative, interne Qualitätssicherung wahrgenommen wird.

Eine Hochschulzukunftsstrategie, die auf maximale Mobilisierung der endogenen Ressourcen setzt, könnte hier ansetzen: „*Bei uns können Wissenschaftler bürokratiefrei lehren und forschen!*“, müsste das Signal nach innen und außen sein. Dabei wäre es eine unzulängliche Reaktion auf diesen Vorschlag, allein mangelnde Deregulierungen auf der Ebene des Staat-Hochschule-Verhältnisses für hochschulinterne Bürokratisierungen verantwortlich zu machen. Nötig und möglich ist ebenso – und ggf. auch erst einmal unabhängig von gesetzlichen Deregulierungen – eine Entbürokratisierung auf der Arbeitsebene, d.h. der Ebene der wissenschaftlichen und administrativen Einheiten, Institute und Professuren.

Die Herausforderungen allein auf dieser Ebene sind an den meisten Hochschulen bereits so immens, dass sie problemlos die zur Verfügung stehenden Reformkapazitäten für geraume Zeit auslasten können: Professionalisierung der Administration, Aufgabenumschichtungen innerhalb Einrichtungen zugunsten der Verwaltung – vorzugsweise mit eingebauten Leistungskomponenten –, die Einrichtung einer hochschulinternen One-Stop-Agency für administrative Probleme, welche dann verwaltungsintern die Klärung des Vorgang auslöst und nach erfolgreicher Bearbeitung das Ergebnis übermittelt.

Die damit einher gehende Entlastung von rollenfremden Tätigkeiten ließe die vielbeschworene Entbürokratisierung bei den einzelnen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen ankommen. Die Motivationseffekte wären immens. Die Leistungsfähigkeiten in Lehre und Forschung würden nicht mehr durch sachfremde Beschäftigungen und Auseinandersetzungen torpediert. Ein zentraler De-Attraktionsfaktor wäre beseitigt.

Personalentwicklungskonzepte

Bestandteil eines avancierten Organisationsentwicklungskonzepts ist eine strategisch ausgerichtete Personalentwicklung. Diese muss sich an Hochschulen sowohl auf den wissenschaftlichen Nachwuchs beziehen als auch auf das sonstige wissenschaftliche und das wissenschaftsunterstützende Personal.

Die Elemente eines PE-Konzepts können der allgemeinen hochschulpolitischen Debatte entnommen werden und müssen ‚lediglich‘ miteinander und mit der allgemeinen Organisationsentwicklung synchronisiert werden: frühe Eigenständigkeit für Post-docs, Tenure Tracks für Juniorprofessoren, gemeinsame Berufungen mit außeruniversitären Einrichtungen, an Fachhochschulen auch mit gemeinnützigen oder kommerziellen FuE-Anbietern, aktive Steigerung des Frauenanteils an der Professorenschaft, Rückkehrangebote für frühere Absolventen der Hochschule, angemessene Planungssicherheit für wissenschaftliche Karrieren incl. organisationsinterner Karriereoptionen, Angebote der organisatorischen und finanziellen Unterstützung beim Umzug und Ortswechsel,²⁵ Dual-Career-Optionen bzw. intelligente Beratungen in Zusammenarbeit mit kommunalen und regionalen Akteuren, Kinderbetreuungsangebote, Übergangshilfen beim Ausscheiden aus Wissenschaft als Beruf incl. anschließenden Kontakthaltens usw. Zum wissenschaftlichen Nachwuchs gilt zudem das oben Gesagte.²⁶ Zu erstellen wäre ein modulares Konzept, auf dessen Elemente im je individuellen Fall routinisiert zugegriffen werden kann.

Allgemein muss ein hochschulisches PE-Konzept im Bereich des wissenschaftlichen Personals in zwei Richtungen zielen: Zum einen sollen Leistungsträger auf Professuren an der jeweiligen Einrichtung gehalten werden. Zum anderen soll vermieden werden, akademische Mobilität nach einer Qualifikationsstufe auch dann zu erzwingen, wenn es organisationszweckwidrig ist.

Daneben ist ebenso das wissenschaftsunterstützende Personal einzubeziehen, da auch dessen Professionalisierung aktive Personalentwicklung benötigt. Darüber hinaus geht es um die Entwicklung von Mechanismen, um Leistungsträger zu gewinnen und zu halten. Wichtig ist dabei, diese Ansätze konsequent mit einer Leistungsdifferenzierung innerhalb der einzelnen Statusgruppen zu verbinden. Diese muss nicht allein vertikal nach „gut“ und „weniger gut“, sondern kann auch horizontal nach lehr-, forschungs- und dienstleistungsorientiert erfolgen.

Regionales Wissensmanagement

Wenn die Hochschulen zu Schaltstellen für die Freisetzung regionaler Entwicklungsdynamiken werden sollen, dann stellt sich zunächst eine

²⁵ „wie sie bei der Berufung wissenschaftlichen Spitzenpersonals in anderen Ländern inzwischen üblich sind“ (Alexander von Humboldt-Stiftung 2007: 3)

²⁶ Punkt 12.3.2. Modellregion Nachwuchsförderung

Frage: Wo ist der Schalter, dessen Bedienung der spezifischen Leistungsfähigkeit von Hochschulen am ehesten entspräche?

In Ostdeutschland geht es vor allem um die Lösung sehr spezifischer sozialer Entwicklungsprobleme und um die Steigerung des Produktivitätsniveaus der regionalen Wirtschaft auf den bundesdeutschen Durchschnitt hin. Es geht also um soziale und wirtschaftliche Innovationen. Betrachten wir es exemplarisch für den Bereich der wirtschaftlichen Innovation.

Hierbei sind technologie- und innovationsorientierte von eher innovationsfernen Branchen zu unterscheiden – also etwa optoelektronische Industrie, Biolandwirtschaft oder Gesundheitswirtschaft auf der einen Seite und Backbetriebe oder das traditionelle Handwerk auf der anderen Seite. Beide Zweige sind unterschiedlich anzusprechen, aber beide haben grundsätzlich Innovationsbedarfe. Die differenzierte Ansprache ist deshalb nötig, weil die Innovationsbedürfnisse den Akteuren in unterschiedlichem Maße bewusst sind. So heißt es aus Sachsen-Anhalt:

„Zurzeit betreiben nur etwa 10 % der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) Sachsen-Anhalts Forschung und Entwicklung. Zu diesem technologieorientierten Unternehmen bestehen schon jetzt gute, aber ausbaufähige Kooperationsbeziehungen. Es gilt vor allem, die Unternehmen, welche sich nicht mit F&E beschäftigen (das sind ca. 90%), durch verschiedene neue, assistierende Formen des Wissens- und Technologietransfers an die Nutzung von neuen Technologien heranzuführen, um dadurch Innovationen in ihren Produkten zu generieren.“²⁷

Überdies sind die Größenordnungen in der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur zu berücksichtigen. Sie sind gekennzeichnet durch kleinteilige KMU-Strukturen mit geringer Kapitalausstattung. Die Nachfrage nach Wissens- und Technologietransfers oder Qualifizierung und Weiterbildung erfolgt daher selten aus eigener Initiative (vgl. KAT o.J.: 11).

Ein wichtiges Instrument, mit dem Hochschulen ihre regionalen Kontexte mit den ihnen eigenen Kompetenzen gestalten könnten, ist der Aufbau und die Unterhaltung eines regional vernetzten Wissensmanagements. Dieses hätte die Aufgaben, ungenutztes Wissen zu aktivieren, die Erzeugung noch nicht vorhandenen, aber benötigten Wissens anzuregen und gegebene Problemstellungen mit Problemlösungswissen zusammenzuführen. Dazu ist dreierlei sicherzustellen: Erstens ist der Zugang zu dem in der Region an verteilten Orten, in differenzierten Formaten und unterschiedlichem Besitz vorhandenen Wissen niedrigschwellig zu er-

²⁷ <http://hrzserv10.zki.hs-magdeburg.de:9673/dohnal/ausgs/> (Zugriff 17.9.2007)

möglichen – unmittelbar oder durch entsprechende Navigation. Zweitens wird derart eine solche Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Wissen erreicht, die potenziell jedes Problemlösungsbedürfnis mit den regional vorhandenen problemlösungsbezogenen Wissensressourcen verbindet. Drittens müssen Wissensbedarfe, die regional nicht zu befriedigen sind, überregional weitervermittelt werden.

Ausdrücklich ist darauf hinzuweisen, dass ein regionales Wissensmanagement mehr meint als die Einrichtung von Technologietransferstellen:

„Ein kleines Team mit wenigen Mitarbeitern muss strukturell an dem falschen Anspruch scheitern, die Forschungsergebnisse einer ganzen Universität erklären und vermarkten zu können. Erfolgreicher Technologietransfer kann nur durch Personen erfolgen, die detaillierte Kenntnisse über die jeweils zu transferierende Technologie besitzen (Professoren und Mitarbeiter). Der Fehler liegt also bereits in der falschen Namensgebung, die einen strukturell nicht erfüllbaren Anspruch erhebt. In der Realität handelt es sich [bei Technologietransferstellen] eher um Informationstransfer- und Hochschulmarketing-Einrichtungen“ (Rosner/Weimann 2003: 153).

Ebenso erschöpft sich regionales Wissensmanagement nicht in der Erstellung von (an vielen Orten bereits vorhandenen) Forschungsdatenbanken:

- Forschungsdatenbanken sind Voraussetzungen für Problemlösungen, aber noch nicht die Problemlösung selbst.
- Sie sind um weitere datenbankbasierte Wissenssysteme zu ergänzen: Transferatlanten, Experten-Pools (unter Einbeziehung auch außerhochschulischer Experten) sowie Verfügbarkeitskataloge zu Spezialgeräten und Laboren, die an Hochschulen existieren und auch von außerhochschulischen Partnern genutzt werden können, etwa für Rapid Prototyping.
- Ein regional vernetztes Wissensmanagement muss Wissensbedarfe bei der regionalen Wirtschaft auch aktiv identifizieren, statt allein passive Informationsangebote zu unterhalten. Insbesondere dann, wenn innovationsferne Branchen in Innovationsprozesse einbezogen werden sollen, ist ein solches Aktivwerden zwingende Voraussetzung.
- Die Navigation durch die öffentlich finanzierten Wissensangebote sollte nicht den unter Wettbewerbsdruck stehenden privat finanzierten Unternehmen überantwortet werden. Erfolgversprechender dürfte es sein, wenn es im Sinne einer One-Stop-Agency eine definierte Ansprechstelle gibt: Dort wird das Wissensproblem aufgenommen und ggf. gemeinsam eine Präzisierung des Anliegens vorgenommen. Sodann wird von dort aus dieses Problem bearbeitet, wobei für den jeweils Anfragenden Hochschul- oder sonstige Institutionengrenzen weitestgehend unsichtbar bleiben. Am Ende wird ein Problemlö-

sungspaket präsentiert, das, soweit im konkreten Falle sachlich geboten, sämtliche Instrumentarien mobilisiert, die zur Verfügung stehen: FuE, Weiterbildung, Absolventenvermittlung usw. (vgl. KAT o.J.: 12).

- Schließlich geht es um die gleichfalls aktive Verknüpfung der hochschulischen Lehraufgaben mit regionalen Wissensbedarfen: Weiterbildungsangebote zur innovationsorientierten Personalentwicklung in Unternehmen und zur Stärkung der betriebswirtschaftlichen Kompetenz in technologieorientierten KMU, Berücksichtigung von KMU-Bedürfnissen bei der Studienreform (d.h. konkret vorrangig die Ausbildung von Generalisten statt [Nur-]Spezialisten, da kleine und mittlere Unternehmen aufgrund ihrer vergleichsweise kleinen Belegschaften besonders auf flexibel einsetzbares Personal angewiesen sind [Dohmen/Himpele 2007: 302]), duale Studiengänge, Kooperation bei Praktika und Studienabschlussarbeiten, usw.

Ein solch komplexes Wissensmanagement wird sich ohne Beteiligung der ortsansässigen Hochschulen kaum umsetzen lassen. An Hochschulen sind typischerweise die meisten Fächergruppen (wenn auch nicht zwingend alle Fächer) vertreten. Dadurch verfügen sie als einziger regionaler Akteur über die intellektuellen Ressourcen und überregionalen Vernetzungen, um sowohl einen Teil der identifizierten Wissensprobleme im eigenen Hause lösen als auch für den anderen Teil die Lösung unter Einbeziehung überregionaler Partner organisieren zu können. Wenn sich die Hochschulen dadurch, dass sie ein solches Wissensmanagement (mit) aufbauen und unterhalten, zu Knotenpunkten der regionalen Innovationsentwicklung entwickeln, dann wird es ihnen leichter fallen, ihre Unentbehrlichkeit nicht nur zu behaupten, sondern auch zu plausibilisieren.

Flankierende Initiativen durch die Landespolitik

Wie bei der oben dargestellten „Modellregion Nachwuchsförderung“ – deren Elemente Bestandteil von Zukunftsstrategien „Hochschule als Motor regionaler Innovationssysteme“ sein müssten –, so gilt auch hier: Hochschulen innovieren vornehmlich dann, wenn dies durch zusätzliche und/oder zweckgebundene Mittelzuweisungen motiviert ist. Fehlen solche motivierenden Zuweisungen, haben Reformprojekte gute Chancen, den obstruktiven Energien der akademischen Kultur zum Opfer zu fallen. Diese Obstruktion ist grundsätzlich ambivalent: Einerseits kann sie als notwendig erkannte Reformen verhindern; andererseits rettet sie mitunter die Hochschulen vor zerstörerischem Eifer. Dies berücksichtigend, kann auf

unser Thema bezogen zusammenfassend folgende These formuliert werden:

Die Orientierung auf ein verstärktes regionales Wirksamwerden der ostdeutschen Hochschulen, das

- *regionale Wissensbedarfe in der Verbindung von Grundlagen- und Anwendungsforschung befriedigt,*
- *die ostdeutschen Regionen in die überregionalen Kontaktschleifen des Wissens einbindet,*
- *zu diesem Zwecke die Nachwuchsentwicklung aus seit längerem als hinderlich erkannten Traditionalitäten befreit sowie*
- *nach flächendeckender Solidität von Lehre und Forschung strebt,*
- *um punktuell auch Exzellenz zu erreichen*

– diese Orientierung beschädigt die Hochschulen nicht in ihrem akademischen Identitätskern, sondern ist vielmehr Voraussetzung, um die Existenz und Kapazitäten der ostdeutschen Hochschulen, und zwar ausdrücklich unter Mobilisierung ihres akademischen Kerns, zu sichern.

Soweit dies gilt, stellt sich die Frage nach der Umsetzung. Diese erfordert persönlichen Einsatz und Zeit. Da Hochschulmitarbeiter/innen sich in der Regel nicht unausgeschöpfter Zeitbudgets erfreuen, müssen Anreize zu veränderten Prioritäten gesetzt werden. Hier ist die Hochschulpolitik gefordert. Ihr stehen zwei Instrumente zur Anreizsetzung zur Verfügung: zum einen Zielvereinbarungen bzw. Hochschulverträge, die inzwischen auch in allen öBL zwischen dem jeweiligen Ministerium und den Hochschulen geschlossen werden; zum anderen temporäre Förderprogramme oder Wettbewerbe, in denen sich die Hochschulen mit entsprechenden Konzepten um mehraufwandsdeckende Mittel bewerben können.

Hierbei sollten Fordern und Fördern miteinander verbunden und inhaltlich nur Leitlinien vorgegeben, im übrigen aber die Produktion eigener Ideen der Hochschulen angeregt werden. Wir unterstellen dabei, dass ein Modus der Ideengenerierung in den Hochschulen selbst grundsätzlich einer administrativ-planerischen Festlegung überlegen ist. Vier allgemeine Grundsätze dürften dabei der Nachhaltigkeit und Qualität der Vorhaben dienlich sein:

- Um Wirkungen zu erzielen, die über den Zeitraum einer Anreizfinanzierung hinaus anhalten, wäre ein Mechanismus einzubauen, der die Aktivitäten von vornherein gleitend in die Normalfinanzierung der Hochschule überführt. Hierzu erscheint es sinnvoll, reine Subventio-

nierungen zu vermeiden, statt dessen mit Eigenbeteiligungen der Hochschulen einzusteigen und die externe Finanzierung von Beginn an und planbar degressiv zu gestalten.

- Gleichzeitig müssten die Anreize so attraktiv sein, dass die angestrebten Schwerpunktsetzungen und Profilbildungen hinreichende Anreize bieten, um die hochschulinternen Konflikte auszutragen, die damit typischerweise einhergehen.
- Bestandteil der Ausschreibung sollte es sein, dass Gratifikationen leistungsgebunden und hochschulintern leistungsdifferenziert vergeben werden.
- Um die regionale Zielrichtung der anzuregenden Aktivitäten vor einem Abdriften in Provinzialität zu sichern, sollten zudem internationalisierende Elemente verpflichtende Bestandteile der Vorhaben sein.

Denkbare Inhalte solcher zusätzlichen Förderungen bzw. gratifikationsbewehrter Vereinbarungen in Hochschulverträgen können sein:

- Organisations- und Personalentwicklungs-Konzepte als Voraussetzung der Förderung von Einzelmaßnahmen (Details dazu siehe oben);
- Plausibilisierung innerhalb dieser Konzepte, welche Aktivitäten die Universitäten zur Erweiterung der Forschungskette von Grundlagenforschung hin zum Transfer – und zur Rückkopplung von Transfer an Grundlagenforschung – anstreben bzw. bereits unternehmen;
- dabei Vermeidung, dass Innovationsorientierung ökonomistisch auf Produkt- und Verfahrensinnovationen verkürzt wird; statt dessen wären Förderungsmöglichkeiten ausdrücklich auch für Projekte zu offerieren, die soziale Innovationserfordernisse bearbeiten; in diesem Sinne sind auch die Sozial- und Geisteswissenschaften und deren Beiträge zur gesellschaftlichen Innovation in der jeweiligen Region einzu beziehen;
- konkrete Aktivitäten, mit denen sich Universitäten in die Lage versetzen, von der Grundlagenforschung den Schritt zum Transfer zu gehen (bzw. FHs den Schritt von der Vorlauforschung zum Transfer), beispielsweise
 - apparative Zusatz-Ausstattungen,
 - Stellen für Forschungskoordinatoren, Innovationsassistenten und Technologiescouts,
 - befristete Nachwuchsstellen zum Ausgleich der regionalen außerhochschulischen FuE-Schwäche,
 - Entwicklungs- und Anlaufkosten für duale Studiengänge;

- Aufbau regionaler Wissensmanagement-Systeme, ggf. die Entwicklung eines Prototyps unter Auswertung bereits regional vorhandener Systemkomponenten (Details dazu siehe oben);
- Aufbau von Kompetenzzentren für den Wissenstransfer;
- Strategische Partnerschaften zwischen Hochschulen und außerhochschulischen Einrichtungen, ggf. auch institutionalisiert in gemeinsamen Gründungen;
- Internationalisierungsstrategien, z.B. die Entwicklung neuartiger Finanzierungsmodelle für Austauschprogramme;
- Stufenpläne zur Herstellung der Antragsfähigkeit in der allgemeinen Forschungsförderung;
- Professuren-Vorziehprogramm für profilbildende Professuren, die absehbar durch Pensionierung frei werden, um durch zeitweilige Doppelbesetzung zu vermeiden, dass die Leistungserbringung unterbrochen wird;
- Finanzierung von Zuschlägen zur W3-Besoldung für abwanderungsgefährdete Leistungsträger/innen, welche die jeweilige Hochschule nicht aus eigener Kraft aufbringen kann;
- Finanzierung von Lehrdeputatsermäßigungen für forschungsaktive FH-Professoren und -Professorinnen;

Darüber hinaus könnten sich die Landespolitiker/innen dadurch Verdienste erwerben, dass sie über Experimentierklauseln Hemmnisse des Dienstrechts beseitigen – um z.B. dem Nachwuchs hochschulinterne Karriereoptionen zu eröffnen –, oder dass bei Landesprogrammen, analog zur DFG, der Einstieg in die Overhead-Förderung organisiert wird.

12.4. Fazit

Welche Beiträge leisten die ostdeutschen Hochschulen bzw. werden sie zu leisten haben, um zur Entwicklung von Regionen beizutragen, die durch demografischen Wandel, negative Wanderungsbilanz, klein- und mittelbetrieblich dominierte Wirtschaftsstruktur, Produktivitätsrückstände bei gleichzeitiger Entwicklung einiger Leistungsinselformen – mithin durch fragmentierte Entwicklung bei Überwiegen der Problemregionen – gekennzeichnet sind? Diese Frage leitete die im vorliegenden Band präsentierten Untersuchungen an.

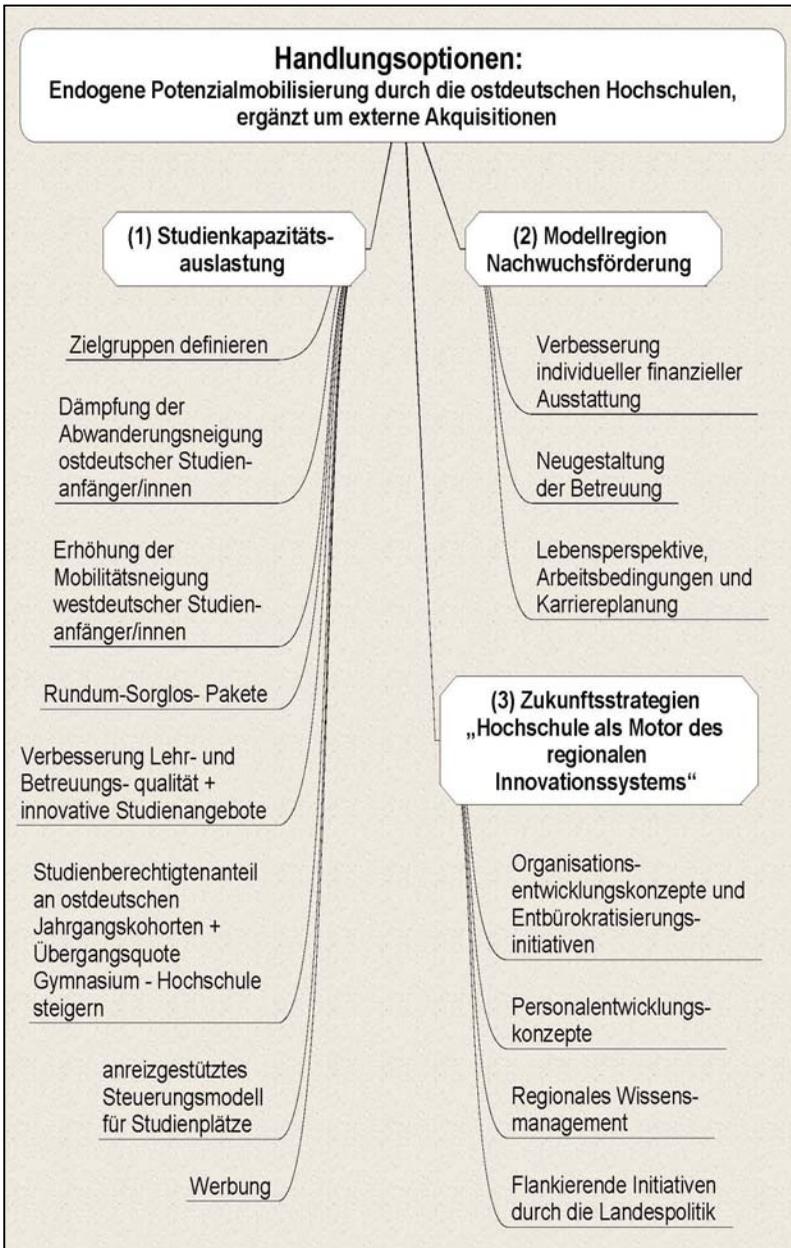
Die zentrale zukunftsbezogene Antwort lautet: Mit dem absehbaren Ende der hohen Finanztransfers für die öffentliche Wohlfahrt und die

Stützung großer Teile der privaten Wirtschaft in Ostdeutschland sind vornehmlich endogene Entwicklungspotenziale zu erschließen. Die Wohlstandsentwicklung in Ostdeutschland wird unmittelbar mit dem Grad an selbsttragender Entwicklung korrelieren, der unter Mobilisierung der endogenen Entwicklungspotenziale entweder aus diesen selbst heraus oder durch Verbindung mit externen Ressourcen oder Akteuren realisiert wird. Zu den endogenen Potenzialen in Ostdeutschland gehören als zentrale Schaltstelle der Regionalentwicklung die Hochschulen, und ebenso sind die Hochschulen Orte, an denen weitere endogene Potenziale erzeugt und freigesetzt werden. Nehmen die ostdeutschen Hochschulen diese Herausforderung an, haben sie die Chance, sich einen gesamtdeutschen Vorteil als Agenturen gesellschaftlicher Innovation zu verschaffen.

Ergänzend werden die ostdeutschen Regionen externe Potenziale gewinnen müssen: Fachpersonal, Investitionen und Netzwerkeinbindungen insbesondere. Als eines der wichtigsten Verödungshemmnisse müssen auch hierbei die in den Regionen angesiedelten Hochschulen wirksam werden.

Die mit Beginn des kommenden Jahrzehnts einbrechenden Studierendenberechtigten-Zahlen bei gleichzeitig sich verschärfenden Haushaltssituationen stellen akute Gefahren für die Existenz einiger Hochschulen und für die bisherige Ausstattung und Größe der anderen Hochschulen dar. Die Hochschulen und die Hochschulpolitik der ostdeutschen Länder haben weniger als ein halbes Jahrzehnt Zeit, sich auf diese Situation einzustellen. Es geht um erfolgversprechende Strategien der Studierendenengewinnung und um Nachweise der Wirksamkeit für regionale Entwicklungen. Nur dies wird Sicherungen gegen (allzu drastische) Ausstattungskürzungen der Hochschulen und eine Ausdünnung der Hochschullandschaft in Ostdeutschland darstellen. Organisationspolitisch angemessen agierende Hochschulen nehmen diese Herausforderungen von sich aus an, entwickeln entsprechende Krisenbewältigungskonzepte und setzen diese um. Kompensatorisch haben die Landesregierungen zwei Möglichkeiten: Sie können zum einen in Hochschulvertragsverhandlungen entsprechende, von den Hochschulen umzusetzende Ziele vereinbaren. Zum anderen können sie durch Anreizsetzungen, etwa spezielle Förderprogramme, dazu anregen, dass die Hochschulen Krisenbewältigungskonzepte entwickeln und umsetzen.

Zahlreiche der hier angeregten Maßnahmen verursachen Kosten. Ihre Umsetzung benötigt also klare Prioritätensetzungen. Das kann und darf in den Hochschulen nicht schamhaft verschwiegen werden. Sollen problem-



Übersicht 12-2: Handlungsoptionen in Stichworten

angemessene Maßnahmen zur Sicherung der ostdeutschen Hochschulen ergriffen werden, werden die dafür nötigen Mittel innerhalb der Hochschule aufgebracht werden müssen (und ggf. durch Landesprogramme gegenfinanziert werden). Das heißt in aller Deutlichkeit: Um die Zukunft der Fächer, Fachbereiche, Institute, Professuren, Mitarbeiterstellen und Studienplätze einer Hochschule zu sichern, wird man auf einzelne Fächer, Fachbereiche, Institute, Professuren, Mitarbeiterstellen und Studienplätze verzichten müssen.

Verzichtet man hingegen auf diesen Verzicht, dann werden womöglich zwei oder drei Professuren gerettet, aber zugleich die Existenz oder Ausstattung der gesamten Hochschule gefährdet. Denn jenseits all des oben Beschriebenen steht eines immer als Menetekel an der Wand: Reduzierung der Hochschul- und damit der regionalen Entwicklungspotenziale. Gelingt jedoch die Krisenbewältigung, so haben die ostdeutschen Regionen und Hochschulen aus ihrem – im Ost-West-Vergleich – zeitlichen Problemvorsprung einen Problemlösungsvorsprung generiert.